

Twitter: Wie viele Spinner verkrachtet die SVP?

Nummer 27 – 5. Juli 2012 – 80. Jahrgang
Fr. 6.50 (inkl. MwSt.) – Euro 4.90

DIE WELTWOCH



Die schönste Art, Ferien zu verbringen

Eine Hymne auf das Zelten.

Von Rico Bandle

Berner Beschaffungsfilz

Und noch eine Affäre im Finanzdepartement. *Von Philipp Gut*

Seitensprung: Wie weiter?

So retten Sie Ihre Beziehung nach dem Fremdgehen.

Von Julia Onken



Bis Patrick Magyar und Hansruedi Müller mit dem UBS Kids Cup die Schweizer Jugend für Sport begeistern können, wollen sie nicht ruhen.



Unterstützt Ihre Bank Sie ebenso *tatkräftig* wie Patrick Magyar und Hansruedi Müller die Schweizer Sportjugend?

Patrick Magyar, Direktor von Weltklasse Zürich, und Hansruedi Müller, Präsident von Swiss Athletics, setzen sich voll und ganz für die junge Generation ein.

Engagiert organisieren sie mit ihrem Team den UBS Kids Cup, der Kindern und Jugendlichen die Freude am Sport vermitteln will.

Wir sind der Meinung, dass es sich lohnt, in die Zukunft zu investieren, und unterstützen das Projekt darum aus vollster Überzeugung.

Es ist dieselbe tatkräftige Unterstützung, die auch Sie als Kunde von uns erwarten sollten, wenn es um Ihre finanzielle Zukunft geht.

Bis Sie Ihren Zielen ein Stück näher sind, dürfen Sie sich auf eines verlassen:

150
Jahre

Wir werden nicht ruhen



www.ubs.com/wirwerdennichtruhen

Intern

Schlafen im Zelt ist Anti-Wellness, frühmorgens aus dem Schlafsack zu steigen, ist eine Tortur. Weshalb tun sich das trotzdem Tausende von Menschen an Open Airs, auf Campingplätzen oder in der Wildnis an? Rico Bandle hat mit seinen zwei Töchtern das vergangene Wochenende auf dem wunderbaren Zeltplatz auf der Insel Lützelau im Zürichsee verbracht. Trotz Gewitter war der Camping-



Grosser Erfolg: Ferien im Zelt.

Ausflug einmal mehr ein grosser Erfolg – für den Vater und die Kinder. Den ganzen Tag an der frischen Luft zu verbringen und sich abends in den Schlafsack zu verkriechen, dieses wohlige Gefühl kann kein Hotel bieten. Der Faszination fürs Zelten erliegen aber nicht nur Naturfreunde, sondern auch Literaten und vor allem Horrorfilmer, die die Camping-idylle zu einem blutigen Albtraum werden lassen. **Seite 36**

Der Kurznachrichtendienst Twitter sorgt für Schlagzeilen – nicht nur im Fall des letzte Woche enttarnten Zürcher SVP-Politikers Alexander Müller, der über Twitter eine «Kristallnacht» gegen Muslime angedacht hatte. (mehr dazu, Seite 24). Regelmässig geraten auch Popstars wie Lady Gaga oder Rihanna mit ihren Tweets in die Schlagzeilen. Andreas Kunz hat zusammen mit dem Medienexperten Ronnie Grob die wichtigsten Fakten über Twitter gesammelt. Vom Werdegang des Gründers über die beliebtesten Twitterer bis hin zum ersten Tweet von Papst Benedikt XVI. haben sie elf Geschichten über den Kurznachrichtendienst zusammengetragen. Da in der Schweiz

die Zahl der Twitterer im Vergleich zum Ausland immer noch gering ist, fehlen auch die besten Tipps für Neueinsteiger nicht. **Seite 48**

Zu nett, zu sauber, zu viel gegenseitiger Respekt: Weder Wladimir Klitschko, Doktor der Sportwissenschaft und Box-Weltmeister verschiedener Verbände, noch sein Herausforderer, der Amerikaner Tony «The Tiger» Thompson eignen sich dazu, ihren kommenden WM-Fight im Bern als Kampf auf Leben und Tod zu verkaufen. Fast trotzig sagt Klitschko: «Dass wir ruhig nebeneinander sitzen, heisst noch lange nicht, dass der Kampf langweilig wird.» Die Vermarkterin Infront Ringier war womöglich anderer Meinung: Um das Stadion vollzukriegen, versorgt uns der Ringier-Konzern via *Blick*, *Sonntagsblick* und *Schweizer Illustrierte* seit Monaten mit den letzten News über Buezer-Rocker Gölä: Der Berner Mundartsänger soll an der Boxgala mit seinen neusten Songs das Partypublikum abholen. Gérald Kurth boxt lediglich in seiner Freizeit und schreibt in dieser Ausgabe über die Ödnis in der Königsklasse und die Vermarktungsmaschinerie hinter dem Mega-Event. **Seite 40**

Ein legendärer Autor kehrt zurück: Linus Reichlin, heute in Berlin lebend, Verfasser der «Moskito»-Kolumnen von 1998 bis 2002 in diesem Blatt, schreibt für die *Weltwoche* in loser Folge über «Grundbegriffe des Lebens» wie Ehre, Treue, Liebe etc. In der ersten Folge widmet er sich den unterschiedlichen Ehrbegriffen in muslimischen und christlichen Gesellschaften und ihren ökonomischen Folgen. Illustriert wird die Rubrik von Benjamin Güdel, einem der renommiertesten Illustratoren im deutschsprachigen Raum. **Seite 16**

Ihre Weltwoche

**Wann ist es Zeit,
sich ausgezeichnet
beraten zu lassen?**

LGT. Partner für Generationen.
LGT Bank (Schweiz) AG

www.lgt.ch



Private
Banking

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG,
Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: aboservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 225.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)
Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:
Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,
Urs Paul Engeler, Urs Gehriger,
Andreas Kunz, Christoph Landolt,
Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*),
Florian Schwab, Lucien Scherrer
Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Markus Gisler, Pierre Heumann,
Peter Holenstein, Hansrudolf Kame,
Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger,
Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,
Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,
Deborah Neufeld, Kurt Pelda,
Pia Reinacher, Peter Rüedi,
Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (*New York*),
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*),
Verena Tempelmann, Pearl Frisch (*Assistentin*)
Layout: Tobias Schär (*Leitung*),
Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger und
Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,
Oliver Schmuki, Dieter Zwicky
Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),
Inga-Maj Hojajj-Huber, Raymond Kaufmann

Geschäftsführer: Sandro Rügger
Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)
Anzeigenverkauf: Jean-Claude Plüss (*Leitung*),
Christine Lesnik (*Leitung Stil-Ausgaben*),
Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Internetverkauf: Stailamedia
Tarife und Buchungen: Tel. 044 500 13 50,
info@stailamedia.com
Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,
Rudolf-Dieselstrasse 22, 8404 Winterthur

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise
oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung
der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine
Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt
auf Recyclingpapier, das aus
100 % Altpapier hergestellt ist.
Es schont damit Ressourcen,
Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel
empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte
entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





Stockholms kulinarische Schätze

Kulinarikreise für Weltwoche-Leser: Geniessen Sie die skandinavische Küche in Stockholm – von klassisch bis innovativ: Donnerstag, 20. 9., bis Sonntag, 23. 9. 2012.

Stockholm bezaubert mit seinen prächtigen Fassaden, der einmaligen Atmosphäre und ausgezeichneten Kulinarik. Erleben Sie die Stadt, auf den Spuren lokaler Genüsse – von klassisch bis innovativ. Sie degustieren die frischesten Meeresfrüchte und einheimische Spezialitäten, modern interpretiert. Und bei einer privaten Bootstour zu den Schären können Sie sich in der nordischen Naturkulisse beim Fischen, Nichtstun oder bei skandinavischer Saunakultur entspannen.

Donnerstag, 20. 9. 2012

Gegen Mittag Ankunft in Stockholm und Check-In im Hotel. Kulinarische Tour durch die Altstadt mit Besichtigung der grössten Markthalle, wo Sie die lokalen Spezialitäten wie marinierten und geräucherten Lachs, Rogen, Shrimps etc. degustieren. Danach erkunden Sie die geschichtsträchtigen Gassen der Altstadt. Individuelles Abendprogramm.

Freitag, 21. 9. 2012

Individuelles Morgenprogramm, danach private Bootstour mit Bo Lundgren zu den Inseln der Schären wo Sie verschiedene exklusive Plätze besichtigen und sich beim Fischen und Relaxen vor dem Hintergrund der nordischen Naturkulisse entspannen können. Weiterfahrt zum denkmalgeschützten Haus von Bo auf einer kleinen Insel und Genuss von frischen Köstlichkeiten an einem Tisch direkt am Wasser, dann typisch schwedischer Saunagang.

Samstag, 22. 9. 2012

Nach dem Frühstück Stadtführung durch Södermalm, vorbei an jahrhundertalten Schweden-Häuschen und mit fantastischer Aussicht auf die Altstadt und den Hafen. Danach Besuch des Trendviertels SoFo mit seinen trendigen Boutiquen, Designerläden und Restaurants. Individuelles Nachmittagsprogramm. Am Abend geniessen Sie im Restaurant «Smak» eine kulinarisch innovative Entdeckungsreise, wo Sie Ihr harmonisches Menü aus verschiedenen Gerichten – jedes nach seinem vorherrschenden Geschmack benannt – ganz individuell zusammenstellen.

Sonntag, 23. 9. 2012

Individuelle Besichtigung des Nationalmuseums, der Insel Skeppsholmen und dem Moderna Museet. Danach Abschiedslunch im Garten des «Skeppsholmen»-Hotels mit seinen eleganten, ultramodernen und denkmalgeschützten Gebäuden. Transfer zum Flughafen und Abflug, mit Ankunft am frühen Abend in Zürich.

Spezielle Erlebnisse

- Kulinarische Tour durch die Altstadt
- Private Bootstour in den Schären
- Fischen, Relaxen und Saunagang
- Abendessen in der Natur der Schären
- Degustationsmenü im «Smak»
- Degustation lokaler Spezialitäten

Weltwoche-Spezialangebot

Kulinarikreise für Weltwoche-Leser «Stockholms kulinarische Schätze»

Donnerstag, 20. 9., bis
Sonntag, 23. 9. 2012

Reisearrangement/Preis

Für Abonnenten: Fr. 2470.–
Für Nichtabonnenten: Fr. 2670.–
Teilnehmerzahl: max. 16 Personen

Detailprogramm/Anmeldeformular

Detaillierte Informationen zum Reiseprogramm mit Anmeldeformular finden Sie unter
www.weltwoche.ch/platinclub

Anmeldung/Anmeldeschluss

Unter www.weltwoche.ch/platinclub oder direkt bei Seventh Heaven
Anmeldeschluss: bis 19. 7. 2012

Veranstalter

Reiseveranstalter ist die auf Kulinarikreisen spezialisierte Boutique-Reiseagentur Seventh Heaven Switzerland Ltd. in Zürich,
www.seventhheaven.ch
Telefon: 044 777 70 70
E-Mail: info@seventhheaven.ch

Abgründe

Die SVP muss den Stall ausmisten. Merkel bleibt Europas letzte Hoffnung.

Von Roger Köppel

Wie viele Spinner verkraftet die SVP? Der Zürcher Amok- und «Kristallnacht»-Twitterer A.M., Mitglied einer örtlichen Schulpflege, verbreitete über Wochen gewaltverherrlichende Zwitscher-Einträge, in denen er offenbar die Vergewaltigung von linken Basler Politikerinnen als augenöffnende Massnahme im Kampf gegen die Ausländerkriminalität anregte. Parteikollege B.M., SVP Solothurn, fantasierte derweil über Schiessbefehle gegen in die Schweiz kommende Asylbewerber.

Zwei Spinner ergeben noch kein Sittenbild, zwei schwarze Schafe machen keine Herde. Doch gerade die SVP muss aufpassen, dass sie als Partei, die erklärermassen gegen die politische Korrektheit antritt, nicht zum Sammelbecken amokgefährdeter Maulhelden und Querulanten wird. Sie steht ohnehin unter Verdacht und unter verschärfter Beobachtung, weil sie hart am Wind politisiert. Die Medien greifen und bauschen jede Entgleisung willig auf. Aber es bringt nichts, darüber zu jammern, dass die Zeitungen böse sind und dass es auch im linken Milieu Spinner und Verrückte gibt. Wer siegen will, liefert seinen Gegnern keine Munition.

Gewiss: Stillosigkeit kann auch ein Stilmittel sein. Ich habe nie etwas davon gehalten, wenn jugendbewegte Veteranen der Achtziger-Bewegung, die einst Schaufenster zertrümmerten und Polizisten bewarfen, beim Anblick von SVP-Plakaten in moralische Entrüstung verfielen. Plakate, wie aggressiv auch immer, sind im Vergleich mit brennenden Abfallcontainern, Molotowcocktails und herumschwirrenden Pflastersteinen ein zivilisatorischer Fortschritt. Die Klage über die angebliche Stillosigkeit des politischen Gegners ist meistens nichts anderes als das Eingeständnis eines eigenen Mangels an besseren Argumenten. Wer den andern als «gruusig» anschwärzt, braucht sich mit seinen Positionen nicht mehr zu befassen.

Als die SVP vor zwanzig Jahren die Schweizer Parteilandschaft aufrollte, hatte sie das Polit-Establishment und die Medien in offener Feindseligkeit gegen sich. Ihre Provokationen und Zuspitzungen waren ein legitimes Mittel, die Aufmerksamkeit auf verdrängte, aber reale Probleme zu lenken. «Sage ich Neger, bleibt die Kamera bei mir», erklärte lachend Parteichef Ueli Maurer, heute Bundesrat. Die SVP musste Radau machen, um gehört



Robin Hood der Schuldenstaaten.

zu werden. Sie piffte auf ihre Aussenwirkung und pflegte die Kunst des politischen Schockangriffs. Sie praktizierte eine Art Guerillakrieg, indem sie sich über die Anstandsregeln ihrer Gegner hinwegsetzte. Der Erfolg gab ihr recht.

Image ist nicht alles, aber Image ist auch nicht nichts. Die Situation hat sich verändert. Die Schweiz rutschte nach rechts, die Gegner sind schlauer geworden, die «linken Gutmenschen» sterben aus. Die Tabuthemen von früher werden heute, vor allem dank der SVP, breiter und offener diskutiert. Im Wettbewerb um Aufmerksamkeit gewinnen nicht unbedingt die Schyllen und Lauten, sondern die Intelligenten und die Freundlichen, oder sagen wir es so: Wo alle das Gleiche oder Ähnliches anbieten, spielt es eine Rolle, ob man sympathisch oder unsympathisch ankommt. Das Bad-Boy-Image der SVP schadete nicht oder nützte sogar, solange diese die Themen EU, Ausländerkriminalität und Staatsausgaben im Alleingang kritisch besetzte. Sie konnte bis zu einem gewissen Härtegrad übertreiben und überspitzen und sich, in den Augen ihrer Gegner, unmöglich benehmen, weil der Wähler keine inhaltlichen Alternativen hatte.

Nein, die beiden Amok-Twitterer verkörpern nicht den SVP-Mainstream. Sippenhaftung ist verfehlt. Aber die Parteikader müssen sich trotzdem fragen, ob sie als Vorbilder die richtigen Signale aussenden. Wenn Zürcher Parteigrössen mit Universitätsabschluss und Kantonsratsmandat alle Araber zwitschernd als «Kameltreiber» diffamieren, muss man sich nicht wundern, wenn es von unten noch primitiver zurückschallt. In jeder Organisation arbeitet die Basis der Führung entgegen, ahmt

sie nach, was die Spitze vorlebt. Wer oben die falschen Töne setzt, züchtet die «Kristallnacht»-Spinner.

Zum Glück hat Europa Angela Merkel. Meine Bewunderung und Faszination, zum Teil intuitiv, für die deutsche Kanzlerin wachsen. Letzten Donnerstag stand sie einen Verhandlungsmarathon gegen die vereinigten Süd- und Schuldenstaaten Europas am EU-Gipfel in Brüssel mit der Ausdauer einer Extrembergsteigerin durch. Die Auseinandersetzungen begannen nach dem Abendessen und dauerten bis in die frühen Morgenstunden. Merkel schlief neunzig Minuten, dann verhandelte sie munter weiter, ehe sie am Mittag den Flug nach Berlin nahm, in den Bundestag eilte, die aufgrund der Gipfelbeschlüsse erregten Fraktionen beruhigte und eine Regierungserklärung verlas. Die Müdigkeit war der Kanzlerin nicht anzumerken.

Die Frau ist ein Kraftwunder von enormer Geduld und einem erstaunlichen Mangel an persönlicher Eitelkeit. Dass Europa in diesen wirren Zeiten eine Restmenge an Verlässlichkeit bewahrt, ist ihr zu verdanken. Ja, Merkel gibt oft nach, sie bleibt wendig, anpassungsfähig, aber sie hat dafür gesorgt, dass die Richtung stimmt und die Dämme noch nicht eingerissen wurden. Ihre Kritiker bemäkeln sie als Opportunistin. Die Verfechter der reinen Lehre jaulen auf. Pardon: Das ist nicht nur weltfremd, sondern falsch. Merkel ist sich in den wesentlichen Punkten treu geblieben. Sie verfolgt drei Ziele. Erstens: Deutschland braucht den Euro, die Risiken eines Zusammenbruchs wären zu gross. Zweitens: Deutschland muss alles unternehmen, um die Euro-Zone zusammenzuhalten. Drittens: Deutschland will Gegenleistungen fürs Geld.

Merkel ist keine Europa-Idealistin wie ihr Vorgänger Helmut Kohl. Sie lässt sich von deutschen Interessen und realpolitischen Erwägungen leiten. Sie hat einen sechsten Sinn fürs Erreichbare und orientiert sich am gesunden Menschenverstand. In der EU wird ihre Position immer einsamer. Am letzten Gipfel fiel ihr Frankreich in den Rücken. Der neue Präsident François Hollande will, im Unterschied zu Sarkozy, als Robin Hood der Schuldenstaaten punkten, Deutschland schwächen und irgendwann seine eigenen leeren Staatskassen mit deutschem Geld «sanieren». Ohne Merkel hätte Europa längst die totale Vergemeinschaftung von Schulden, also unbeschränkte Haftung für den deutschen Steuerzahler, auf dessen Kosten sich der Süden finanzieren würde. Die so sture wie flexible Physikerin bleibt Europas letzte Hoffnung.

(Ganz anders freilich sieht es Rainer Hank, Wirtschaftschef der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, der auf Seite 32 dieser Ausgabe die Kanzlerin von liberaler Warte kritisiert.)



Was ist Ehre?: neue Serie. Seite 16



«Kristallnacht»: Twitterer Müller (r.). Seite 24



Gehen oder bleiben?: Seitensprung. Seite 42



Ewiger Ärger: Parkplätze. Seite 44

Kommentare & Analysen

5 Editorial

9 Kommentar Die Denk- und Verkehrsblockade muss weg

9 Im Auge Isabel Pantoja, Sängerin

10 Kommentar Gefährliches Präjudiz im Fluglärmstreit

11 Personenkontrolle Widmer-Schlumpf, Davaz, de Weck etc.

11 Nachruf Jitzhak Schamir, Ex-Premier

12 Die Deutschen Moralische Überlegenheit

12 Wirtschaft Inflation muss nicht sein

13 Ausland Ein undurchsichtiger Sieg Obamas

14 Mörgeli Tortenwurf zu Grosis Geburtstag

14 Bodenmann Öko-Postautos ohne «Dü-da-do»

15 Medien Das Schweigen nach dem Hildebrand-Dok-Film

15 Kostenkontrolle 1,21 Bundesmillionen für Parteipolitik

16 Ehre

Linus Reichlin über die Grundbegriffe des Lebens (Teil 1)

18 Leserbriefe/ Darf man das?

Hintergrund

20 Berner Beschaffungsfilz

Ein neuer Fall zeigt, wie Firmen bevorzugt werden

22 Frisch ist die Gotthard-Luft

Die Verkehrsprobleme betreffen vor allem das Mittelland

24 Brandstifter, Rassisten und Sadisten

Rechtsextreme Entgleisungen – die SVP steht am Pranger

25 Twitter-Affäre Der Anti-Rassismus-Artikel ist unnötig

26 Die Zehn-Millionen-Schweiz

Trotz düsteren Prognosen herrscht Gleichgültigkeit vor

29 Essay Einbürgerung durch die Justiz?

30 Noch mehr Millionen für die Manager

Die «Abzocker»-Initiative kann den Firmen schaden

32 Am Ende taumeln die Soliden

Kanzlerin Merkel und die Folgen des EU-Gipfels

34 Rohstoffhandel Die nächste Branche unter Beschuss

35 Replik Das Gewerbe lehnt Staatseingriffe ab

36 Die schönste Art, Ferien zu verbringen

Hymne auf das Zelten in freier Natur

38 Reiseführer Die zehn schönsten Campingplätze

40 Der Böse spielt Gitarre und singt dazu

Büezer-Rocker Gölä und das grosse Box-Duell in Bern

42 Seitensprung: Wie weiter?

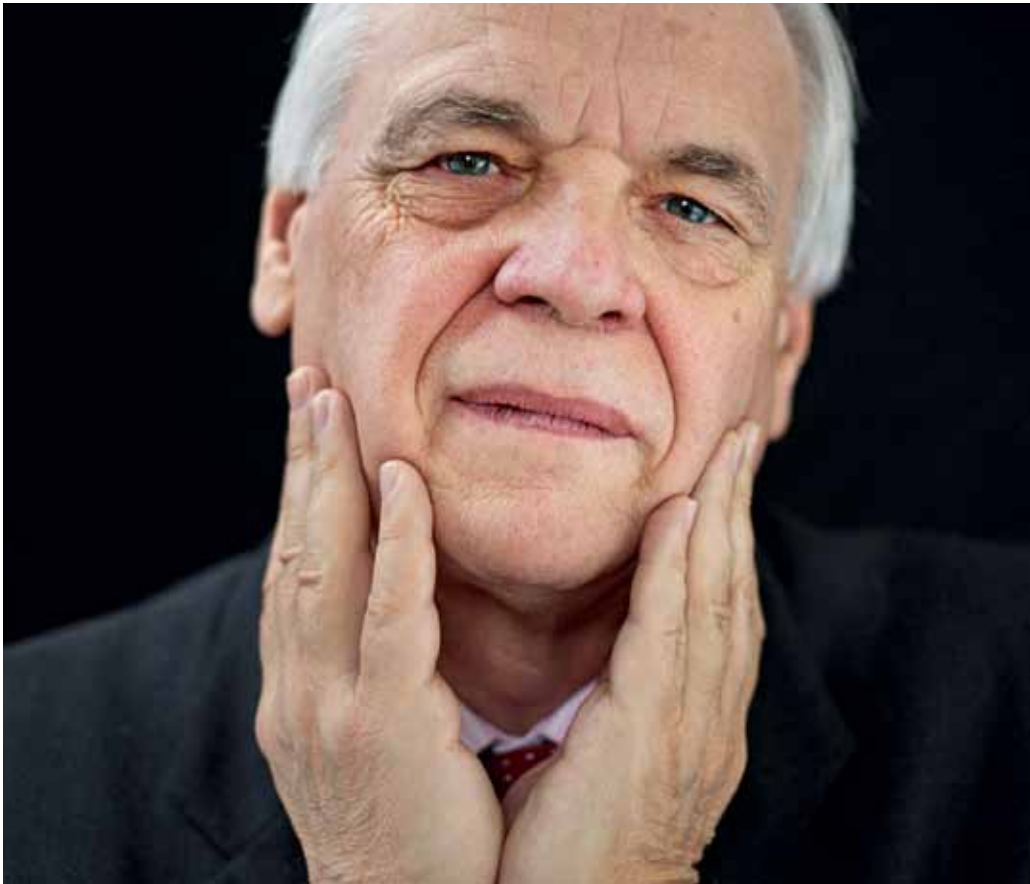
Julia Onken über den Neuanfang nach dem Betrug

44 Verdrängt, versteckt, vergraben

Die Kulturgeschichte des Parkierens

48 Lasst uns zwitschern

Der Kurznachrichtendienst Twitter erobert die Online-Welt



«Ich bin dem europäischen Subventionssystem dankbar»: Opernhaus-Direktor Pereira. Seite 50

Interview

50 «Die Emotionen kommen am Schluss»

Nach 21 Jahren verlässt Alexander Pereira das Opernhaus Zürich. Ein Gespräch über das Schweizer Publikum, die Zukunft der Oper und seine junge Freundin

Stil & Kultur

54 Stil & Kultur Monica Bellucci, Schauspielerin

56 «Verrat ist eine Frage des Datums»

Der französische Meisterdiplomate Talleyrand war ein kaltblütiger Stratege

58 Top 10

58 Kino «Cosmopolis»

59 Jazz Arturo Sandoval

60 Namen Zürich hat jetzt auch ein Food-Festival

61 MvH Meine Moral

61 Gesellschaft Krude Fantasien

62 Die Besten Erste Hilfe für die Küche

63 Thiel Auf der Folterbank

63 Wein Châteauneuf-du-Pape 2009

64 Zu Tisch Duell der Spitzenköche Tanja Grandits und Heiko Nieder

65 Auto Audi Q5 Hybrid Quattro

66 Hochzeit Janine Schmidt und Jörg Palmersheim

Autoren in dieser Ausgabe

Rainer Hank



Rainer Hank, 1953 in Stuttgart geboren, ist einer der renommiertesten Wirtschaftsjournalisten Deutschlands und Buchautor. Heute

leitet er die Wirtschaftsredaktion der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*. Für die *Weltwoche* zieht er ein Fazit des Brüsseler EU-Gipfels. Seite 32

Julia Onken



Für die bekannte Schweizer Psychologin, Buchautorin und Gründerin des Frauenseminars Bodensee muss ein Seitensprung – anders

als kürzlich beim Showpaar Francine Jordi und Florian Ast – nicht zwingend das Ende einer Beziehung bedeuten. Seite 42

Abonnenten profitieren.



Wöchentlich ausgewählte Angebote aus den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Reisen.

www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH

Anders, als Sie denken.

Mehr Durchblick
 Mehr Recherche
 Mehr Vielfalt

Der Chorsänger: Urs Paul Engler über den designierten FDP-Chef

DIE WELTWOCH

Warum Optimisten recht haben
 Noch nie ging es so vielen Menschen objektiv so gut wie heute. Von Peter Keller

Die Roma-Debatte
 Mit Klagen und Denkverboten ist den Minderheiten nicht beizukommen. Von Philipp Gut und Gari Kuhn

Verfolgung auf der «Titanic»
 Was ist das Schicksal der Bankverleiher auf dem Unglücksdampfer einem Arbeiter Pleiteur hinterherzöge. Von Ruo Rendle

Ego-Mamas: Wenn Frauen alles wollen

DIE WELTWOCH

Hurra, wir geben auf
 Wird die Schweiz zur Druckmaler-Nation? Von Philipp Gut

«Schicken Sie jetzt die Kavallerie?»
 Unteregg mit Peer Steinbäck. Von Andrea Kacz

Treibjagden im Netz
 Die Web-Tramontane und ihre Opfer. Von Christoph Lindler

Erfolgsmädchens: Viktor Giacobbo, Jacqueline Badran, Juan Carlos

DIE WELTWOCH

Doris Leuthard: Ausstieg ins Nichts
 Porträt einer Bundesrätin, die sich energiegeliebt veranlagt hat. Von Alex Buchmann

Kampf um den Finanzplatz
 BVP gegen alle: Heftiger Widerstand gegen die neuen Abkommen mit Deutschland. Von Roger Köppel

Reliquien: Deutsche, Ernesto Bertarelli, Charles Taylor

DIE WELTWOCH

Wer verteidigt die Schweiz?
 Druck im alten Fronten: So kann das Selbstverständnis gestärkt werden. Von Konrad Vögel, Adis Thurner, Ueli Maurer, Hans Rudolf Merz, Philipp Müller, Andrea Groll, Peter Bänker, Rudolf Strain, Oswald Grisel und Helen Andree

Widmer-Schlumpfs Plan
 Geheimpapier: Der Finanzminister will das Bankgeschäft aus dem Inland kippen. Von Urs Paul Engler

Geld, Sex und Liebe
 Eine gefährliche Beziehung. Von Ruo Rendle

Buchhalter Niklaus Lettler Aki: Jörg Rampack über Walter Roderer

DIE WELTWOCH

Deutsche schlagen Schweizer
 Feilschen, beissen, zwinkeln: Viel Lob für die Gastgeber aus dem Norden. Von Florian Schwab

Widmer-Schlumpfs Tricks
 Geheimoperation Bankgehörnisse: Wie die Bundesrat die wahren Absichten verschleiern. Von Urs Paul Engler

Marseille und die Muslime
 Die muslimische Hauptstadt des Islam. Ein Besuch. Von Urs Göttinger

Kunst: Schlichter Geschmack ist ein gutes Geschäft

DIE WELTWOCH

Demokratie, nein danke!
 Staatsverträge ohne Volks: Der Machtkampf um die Schweizer Aussenpolitik. Von Urs Paul Engler und Philipp Gut

Unsere Jugoslawen
 Wie sie die Schweiz verstanden haben. Von Lucian Schärer

Teenager am Rande des Nervenzusammenbruchs
 Immer vertickter, immer extremer: Gründe, Gegenmittel. Von Andrea Kacz

Legenden: Ein Abarbidungsan am Kurt Felix (1941-2012)

DIE WELTWOCH

Konrad Hummlers einsamer Kampf
 Der aufsteigende Privatbankier wehrt sich. Neuerdings auch gegen die Schweiz. Von Philipp Gut

Gottloses Europa
 Ist das christliche Abendland am Ende? Von Urs Göttinger und Konrad Kurt Bieri

Intelligenzblatt «Playboy»: Die hohe Kultur des Männermagazins

DIE WELTWOCH

Die besten Gymnasien der Schweiz
 Angewandte der Mittelschulen im grossen Ton. Von René Löhninger

Matto regiert
 Der Machtkampf in der Schweiz: Psychologie. Von Urs Paul Engler

«Das kann doch nicht sein»
 Magdalena Martullo-Blocher über die Workstation bei der ENS-Chemie und die Mähdien der Justice. Von Konrad Kurt Bieri und Florian Schwab

Grosser Test: Die besten Internets der Schweiz

DIE WELTWOCH

Die gute Ehefrau
 Wege zum Bestehungsstück. Von Renée Schläpfer

Wie rette ich mein Geld?
 Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Euro-Krise. Von Florian Schwab

Der erpressbare Bundesanwalt
 Unheimliche neue Erkenntnisse im Fall Rannow. Von Philipp Gut

Eisener Schmetzerting: Aring Sun Sun Kyi auf Besuch in Genf

DIE WELTWOCH

Rousseau und die Schweiz
 Der Kampf des grossen Philosophen für die direkte Demokratie. Von Pamela Müller

Nationalbank: Licht aus
 Der Schimmer von Transparenz ist weg. Von Urs Paul Engler

Superstars: Cristiano Ronaldo, Pamela Anderson, Mötley

DIE WELTWOCH

Warum es uns gibt
 Evolution: Wie der Hund dem Homo sapiens zum Sieg verhalf. Von Urs Göttinger

Breivik und der freie Wille
 Ist das norwegische Massenmörder krank oder kriminell? Von Alex Reinhold

Fall Hildebrand: Das Ende der Legenden
 Ein Deb Film des Schweizer Fernsehens räumt mit dem Opfermythos um den ehemaligen Nationalbankpräsidenten auf. Von Philipp Gut

Residenzen: Die weibliche Last an der Unterverwerfung

DIE WELTWOCH

Filz in Bundesbern: Fragwürdige Aufräumer
 Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf und die Generaldirektorin Gasser sind selber in einem Beschäftigungskandidat verwickelt. Von Philipp Gut

Zensur in der Schweiz
 Wie die Mündigkeitstest eingestrichelt wird. Von Ruo Rendle

¡Ibiza, mi amor!
 Eine Liebeserklärung an die «weisse Insel». Von Mark von Hattinger

Bestellen Sie jetzt ein Probe-Abonnement à 10 Ausgaben für nur Fr. 40.–.
 Telefon: 043 444 57 01, E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch,
 oder unter www.weltwoche.ch/abo.

Reform statt Stau

Urs Paul Engeler — Der alte Alpenschutzartikel kann nie umgesetzt werden, dennoch oder darum rufen ihn alle an. Die Denk- und Verkehrsblockade muss weg.



«Von Grenze zu Grenze»: Verkehrsbehinderung auf der Gotthard-Route.

Ernst nehmen darf man Alain Griffel, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Zürich, zwar nicht mehr. Der linksgrün unterrichtende Dozent hatte öffentlich zum Schlechten gegeben, dass er die Verfassung nur selektiv respektiere. Nach dem Ja von Volk und Ständen zur Anti-Minarett-Initiative brüstete er sich Anfang 2010 an einer Veranstaltung des unseligen Vereins «Unser Recht» in Bern mit der Ankündigung, er denke nicht daran, in seinem Unterricht diese gültige neue Verfassungsnorm zum Schweizer Gesetz zu beachten: «Diesen Artikel nehme ich gar nicht erst in die Sammlung der Verfassungsbestimmungen auf.» Das gleichgesinnte Publikum unterstützte mit Schmunzeln diesen staatspolitischen Hohn.

Seit der bis dato kaum bekannte Griffel sich geoutet hat, den Volkswillen und die Verfassung in Lehre, Forschung und Erklärungen zu missachten, wird er von den Medien eifrig befragt: zum Volkswillen, versteht sich, sowie zur Verfassung. Und weil er seine juristischen Verzerrungen zu den besten Fernsehzeiten präsentieren darf, unwidersprochen bleibt, demnach für die ganze Branche der Staatsjuristen spricht und womöglich wieder Zunicke findet, muss ihm doch entgegnet werden.

Kurz nach dem Entscheid des Bundesrates, den völlig veralteten, engen und gefährlichen

Strassentunnel durch den Gotthard zu sanieren und mit einem Überlauf sicherer zu machen, meldete Griffel sich mit der Behauptung, eine zweite Röhre sei «mit dem Alpenschutzartikel in der Verfassung nicht vereinbar». Seine Begründung: Der Alpenschutzartikel, der 1994 vom Volk mit der Alpeninitiative angenommen und in der Verfassung verankert wurde, verbiete es, die Transitstrassen-Kapazität im Alpengebiet auszubauen.

Wenig erstaunlich ist, dass der Professor genau diesen isolierten Stau- und Anti-Strassen-Passus in seine Sammlung des helvetischen Grundrechts aufgenommen hat. Viel wichtiger für die Beurteilung des Sachverhalts sind jedoch die Sätze im gleichen Alpenschutz-artikel, die er bewusst verschweigt. Der Kern der von lokalen egoistischen Kreisen lancierten Alpeninitiative ist der damalige Artikel 36^{quater} Absatz 2; und dieser lautet seit 1994 unverändert: «Der alpenquerende Gütertransitverkehr von Grenze zu Grenze erfolgt auf der Schiene. Der Bundesrat trifft die notwendigen Massnahmen.»

Alle Lastwagen anhalten

Die vier Wörter «von Grenze zu Grenze» – die wohl antieuropäischste Bestimmung im ganzen Schweizer Recht – sind ebenso eindeutig wie peinlich für die links-grünen Jasager. Die

»» Fortsetzung auf Seite 10

Die Witwe Spaniens



Isabel Pantoja, Sängerin.

Als letzte Gewissheit bleibt Spanien die Fussballmacht. Der Ruf des Schürzen- und Elefantenjägers Juan Carlos liegt im Staub. Und Isabel Pantoja, 55, die Königin der Herzensblätter, spaltet das Land. Sie wandte dem Publikum bei ihren letzten Auftritten in Málaga den Rücken zu, denn die Flamenco-Sängerin, die in den Beliebtheitsumfragen jahrzehntelang zuoberst thronte, sitzt vor Gericht. Sie soll ihrem Ex-Partner Julián Muñoz, dem früheren Bürgermeister von Marbella, bei der Geldwäsche von 3,5 Millionen Euro behilflich gewesen sein. Sie behauptet, lediglich Haushaltsgeld bekommen zu haben. Ganz Spanien verfolgte den Prozessauftritt als Kontrastprogramm zu den Siegen der Fussballhelden. Mit fussballnahen Einschaltquoten lief passend ein Mehrteiler über die Schmerzensmutter des Klagegesanges und ihr schicksalhaftes Unglück mit den Männern ihres Lebens.

Der Torero Francisco Rivera Pérez, genannt «Paquirri», wurde am 24. September 1984 in der Provinz-Arena von Pozoblanco, die wegen eines Subventionsbetrugs über kein Spital verfügte, schwer verletzt und verblutete in der Ambulanz. Er machte Isabel mit 28 zur «Witwe Spaniens». In Marbella, wo der berühmte Bürgermeister Jesús Gil y Gil sich seine persönliche Bananenrepublik eingerichtet hatte, lernte Isabel den aufstrebenden Lokalpolitiker Julián Muñoz kennen und lieben. Als das illegale Paradies im Jahr 2006 aufflog, wanderte Muñoz als Gils Nachfolger hinter Gitter und riss die tragische Stimme in den Strudel des grössten Korruptionsprozesses Spaniens. Der Staatsanwalt fordert für Isabel dreieinhalb Jahre Gefängnis und 3,5 Millionen Euro Busse. Ihr Verteidiger präsentiert dem Gericht eine vollständige Auflistung all ihrer Gagen in der fraglichen Zeit, 19 Millionen Euro, und die Finanzierungsunterlagen ihrer Immobilien in Marbella: Ranch, Hotel, Disco, Luxuswohnung und das Liebesnest «Mi Gitana». Sie betrachtet sich als Opfer ihres Verflorenen, dem sie im Justizpalast hinter der Sonnenbrille höflich zulächelte. Er hat sich für insolvent erklärt.

Peter Hartmann

Abstimmungskampagne vor achtzehn Jahren pries den Alpenschutzartikel als griffiges Instrument gegen die ausländischen Brummis an. Genau zu diesem Zweck, wie die Reaktionen zeigten, wurde er auch gutgeheissen. Sämtliche Juristen und Politiker, die den verfassungsmässigen Alpenschutz anrufen, müssten also dafür sorgen, dass die Lastwagenkolonnen an der Süd-, Nord-, Ost- oder Westgrenze, die Richtung Alpen unterwegs sind, angehalten und auf den Schienenweg verwiesen werden.

Noch präziser gesagt: Sie hätten dies müssen. Denn Volk und Stände hatten mit ihrem Ja auch eine zweite zwingende Bestimmung gegen den internationalen Fernverkehr gutgeheissen: «Die Verlagerung des Gütertransitverkehrs auf die Schiene muss zehn Jahre nach Annahme von Artikel 36^{quater} Absatz 2 abgeschlossen sein.» Seit Februar 2004 besteht der Alpenschutz aus toten Buchstaben.

Er dient allein als Vorwand, den Schwerverkehr auf der Strasse flächendeckend mit einer regelmässig angehobenen LSWA zu verteuern. So wird im Namen des Alpenschutzes jeder Strassentransport im Schweizer Mittelland künstlich besteuert, während die EU-Laster weiterhin ungehindert «von Grenze zu Grenze» und darüber hinausfahren dürfen. Jedes Verfassungsgericht – dies ins Merkheft der Anhänger einer solchen Institution – hätte dieses «Verlagerungsgesetz» als Perversion des Volkswillens für ungültig erklärt.

Was aber ist nach dem offensichtlichen Scheitern der alpinen Schutznorm zu tun? Es bieten sich zwei Wege an: ein verlogener und ein demokratisch sauberer. Den ersten hat der Bundesrat beschritten mit dem geplanten Ausbau des Nadelöhrs. So wie das zentrale Anliegen der Initiative – der Stopp des «Transitverkehrs» – nie realisiert wurde und auch nie realisiert werden kann, so relativiert die Regierung sukzessive auch die anderen Elemente der Bundesverfassung. Das ist zwar effektiv, doch sie kopiert damit Griffels verwerfliche Methoden.

Politisch korrekt ist einzig das Projekt, Volk und Stände zu einem neuen Entscheid an die Urnen zu rufen und die Streichung des ganzen Artikels zu beantragen. Achtzehn Jahre nach dem gutgemeinten Hurra-Entscheid (gegen einen ungeschickt agierenden Verkehrsminister Adolf Ogi) ist zur Genüge bewiesen, dass diese Sondernorm für das Urnerland und die obere Leventina schlicht nicht umsetzbar ist und das Land insgesamt nur ökonomisch schwächt. Nach achtzehn Jahren Ernüchterung ist es ein Gebot der Ehrlichkeit, diese Denk- und Verkehrssperre demokratisch sauber aus dem Weg zu räumen und die gestaute Schweiz wieder etwas beweglicher zu machen.

Mehr zum Thema: Seite 22

Kommentar

Alles für Deutschland

Von Alex Baur — Der Fluglärmstreit mit den Deutschen zeigt: Unter Völkern gibt es keine Freundschaft, nur Interessen. Die Schweiz hat dies sträflich verkannt und zahlt dafür einen hohen Preis.

Ginge es um gutnachbarliche Beziehungen, Vernunft und Gerechtigkeit, wäre die Lösung simpel: 16 Prozent der Passagiere des Zürcher Flughafens sind Deutsche, also haben die Deutschen 16 Prozent des Fluglärms zu tragen. Würde so gerechnet, gäbe es kein Problem. Gemäss den 2009 von beiden Ländern gemeinsam erhobenen offiziellen Messungen sind tagsüber im Durchschnitt 490 547 Schweizer und gerade mal 24 292 Deutsche von mehr als 45 Dezibel Anflug- und Abfluglärm betroffen. Die Deutschen tragen also nicht einmal 5 Prozent des Lärms. Setzt man die Marke auf 54 Dezibel, gibt es in der Schweiz 86 066 Betroffene und in Deutschland keinen einzigen.

Imaginärer Fluglärm

Seit seiner Inbetriebnahme im Jahr 1948 wird der Flughafen Zürich Kloten in der Regel von Norden und bei starkem Westwind von Osten her angeflogen; die Starts erfolgen vorwiegend gegen Süden und Westen. Die Gründe sind vor allem topografischer und meteorologischer Natur. Da Airliner im Endanflug – der anspruchsvollsten und gefährlichsten Phase des Fluges – tief hereinkommen, wählt man vorzugsweise die Route, die über möglichst flaches Gelände führt. Das ist in Zürich Kloten zweifellos der Norden. Dank dem grösseren Abstand zum Terrain und der relativ dünnen

Besiedlung ist im Norden zudem die Lärmbelastung für die Anwohner am geringsten. Von den ungleich lautereren Starts sind die Deutschen ohnehin kaum betroffen, sie erfolgen fast ausschliesslich über Schweizer Boden.

Bis vor wenigen Jahren noch gingen die Schweizer davon aus, dass gemäss internationalem Luftfahrtrecht (Chicagoer Abkommen) kein Land die Durchquerung seines Luftraumes für zivile Zwecke verbieten darf. Die Schweizer nahmen deshalb den Protest, der sich in den 1980er Jahren im süddeutschen Raum formierte, lange gelassen hin. Sie vertrauten auf das internationale Recht und auf eine vernünftige Regelung im gutnachbarschaftlichen Einvernehmen. Eine kapitale Fehleinschätzung. Die Deutschen stellen sich auf den Standpunkt, sie würden die Nutzung ihres Luftraums nicht verhindern, sondern bloss regeln. Und sie setzten sich mit dieser Rechtsauslegung bislang durch, zumindest vor den eigenen Gerichten.

Die deutsche Rechtsauffassung ist weltweit ein Novum. Macht sie Schule, könnte dies, gerade für die Schweiz, fatale Konsequenzen zeitigen. Von Genf über Basel bis Lugano und Altenrhein führt der Anflug auf alle wichtigen Flughäfen im Land über fremdes Territorium. Es ist unverzeihlich, dass die Schweiz diesen Aspekt nicht bereits in den 1990er Jahren in die Verhandlungen um die bilateralen Verträge einbrachte. Es wurde auch nie versucht, dieses Versäumnis nachträglich zu korrigieren.

Gerade der Streit um den vermeintlichen Fluglärm zeigt, dass es auch in Europa zwischen Nationen keine Freundschaft gibt, sondern nur Interessen, um die gefeilscht wird. Und dass auf völkerrechtliche Vereinbarungen nur bedingt Verlass ist. Ginge es den Deutschen wirklich um den Lärm, würden sie eine Begrenzung des Lärms verlangen. Stattdessen beharren sie auf maximal 80 000 Flugbewegungen pro Jahr. Man kann das durchaus als (weiteren) Angriff auf den Wirtschaftsstandort Schweiz verstehen. Der nun vorliegende Staatsvertrag sieht zwar keine Obergrenze mehr vor. Hingegen wird der deutsche Luftraum vor Zürich an den wichtigen Abendstunden sowie an Sonn- und Feiertagen so gesperrt, dass es aufs Gleiche hinausläuft.

Kurzum: Die Deutschen haben alles erhalten, was sie wollten, für die Schweiz kommt der Vertrag einer Kapitulation nahe. Im naiven Glauben an die gutnachbarschaftliche Freundschaft hatte die Landesregierung ihre Trümpfe entweder längst verschleudert oder gar nicht erst ins Spiel gebracht.



Trümpfe verschleudert: Nordanflug auf Zürich.

Personenkontrolle

Widmer-Schlumpf, Davaz, de Weck, Brunner, Cassis, Tschümperlin, Landolt, Carrel, Dahinden, Meyer, Jordan, Mader, Strik, Näf

Hinter den Kulissen der Magistraten-Schulreise in den Heimatkanton von Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) spielten sich önologische Dramen ab, deren Ausmass und Abgründe sich Landsleute, die weder Bündner noch BDP-, noch SVP-Mitglieder sind, nur schwer vorstellen können. Aus Bern kam die Weisung, bei den Empfängen einheimischen Bündner Wein auszuschenken, dieser dürfe aber keinesfalls von **Andrea Davaz** aus Fläsch stammen. Was den Tropfen auf den Index brachte? Sein Hersteller sitzt für die SVP



Ausweitung der Kampfzone: SP-Frau Mader.

im Kantonsrat. Ob die Organisatoren einen BDP-konformen Ersatz gefunden haben, war bis Redaktionsschluss nicht zu erfahren. (*gut*)

Eine Einseif-Aktion der besonderen Art liess sich die für die SRG arbeitende Agentur Furrer, Hugi & Partner am Dienstag für die «Freunde des Hauses» einfallen. Sie lud einen buntscheckigen Herrenklub um SRG-Generaldirektor **Roger de Weck** ans Konzert der kalifornischen Rockband Red Hot Chili Peppers ein. Auf der Gästelisten waren der als SRG-Kritiker bekannte SVP-Präsident **Toni Brunner**, weiter **Ignazio Cassis** (FDP), **Andy Tschümperlin** (SP), **Martin Landolt** (BDP), die Topshots **Thierry Carrel** (der Herzchirurg ist mit TV-Frau **Sabine Dahinden** verheiratet) sowie **Andreas Meyer** (SBB) und **Thomas Jordan** (SNB) und schliesslich, nicht zu vergessen, zwei natürlich völlig unabhängige Journalisten aus den Häusern Tamedia und NZZ. (*gut*)

Der Kampf zwischen **Regula Mader** (SP), der rabiatischen administrativen Chefin der universitären psychiatrischen Klinik Waldau bei Bern, und dem Direktor Psychiatrie, **Werner Strik**, weitet sich in die Breite und in die Tiefe aus. Strik hat nach einer Entscheidung des Regierungsrates seine Arbeit als Forscher und Do-



Bunter Herrenabend: SRG-Chef de Weck.

zent wieder aufgenommen, doch er darf auf Weisung Maders offenbar bestimmte Räume nicht benutzen und muss die Kontakte mit seinen Mitarbeitern auf ein Minimum beschränken. Mittelfristig will ihn Mader vom Gelände verbannen. Im Internetlexikon Wikipedia ist zum Stichwort «Werner Konrad Strik» ein Kampf um Sätze und Wörter ausgebrochen. Fast täglich werden neue Versionen publiziert. An der juristischen Front kann Mader einen ersten Erfolg verzeichnen. Gemäss Angaben ihrer Pressestelle hat die Berner Staatsanwaltschaft die Anzeige eines Patienten gar nicht an die Hand genommen, der die «Verletzung des Schriftgeheimnisses» (StGB Art. 179) beklagt hatte. Mader hatte einen an die *Berner Zeitung* adressierten Brief abgefangen, gelesen und sogar fotokopiert, bevor sie ihn weiterleitete. Für die Berner Justiz war damit der Straftatbestand erstaunlicherweise nicht erfüllt. (*upe*)

Fälschlicherweise stand vor Wochenfrist an dieser Stelle, dass **Andreas Näf** (SVP), Sohn der zur GLP übergelaufenen alt SVP-Kantonsrätin **Marlies Näf-Hofmann**, von seiner Partei als Kandidat für das Amt eines lokalen Stimmenzählers zurückgezogen worden sei. Tatsache ist, dass die SVP – trotz Interventionen des damaligen Stadtpräsidenten **Martin Klöti** und der Stadtschreiberin **Andrea Schnyder** – Näf nicht zurückgezogen hat. Somit ist der 46-jährige seit Januar 2012 Arboner Stimmenzähler. Dafür verliert Näf ein anderes Ämtchen: Zusammen mit seiner 85-jährigen Mutter sass er bislang in der Thurgauer Abordnung für die nationalen SVP-Versammlungen. Nach dem Parteiaustritt von Marlies Näf wird die Partei nun andere Delegierte bestimmen. (*upe*)



Neu in der GLP: Kantonsrätin Näf-Hofmann.

Nachruf



Notorisches Nein: Ex-Premier Schamir.

Jitzhak Schamir (1915–2012) — Sein Misstrauen gegenüber den Nachbarn war abgrundtief. «Araber werden immer dieselben Araber bleiben», brachte der ehemalige Premierminister seine Überzeugung auf den Punkt, wonach an Frieden im Nahen Osten nicht zu denken sei. In seinem letzten Auftritt vor der Knesset, dem israelischen Parlament, warnte Schamir seine Landsleute nochmals eindringlich davor, Konzessionen zu machen.

Stur hielt sich der Mann, der vor der Staatsgründung Israels in einer Terrororganisation gegen die britische Kolonialmacht gekämpft hatte, sein ganzes Leben lang an dieses Credo. Der ehemalige Mossad-Agent sagte auch nein, als Israel nach dem Golfkrieg von den USA unter Druck gesetzt wurde, sich gegenüber den Palästinensern flexibel zu zeigen. Schamir reiste zwar nach Madrid zur Friedenskonferenz. Er war der erste Premierminister, der sich mit Vertretern des PLO-Chefs Jassir Arafat an einen Tisch setzte. Aber er profilierte sich mit seinem notorisches Nein als sturen Nationalisten, als es darum ging, die Gründung eines palästinensischen Staates anzugehen.

Damit setzte er die guten Beziehungen zu den USA aufs Spiel. Das Weisse Haus drängte auf eine Lösung der Palästinafrage, nachdem die Araber die USA beim Krieg gegen Saddam Hussein unterstützt hatten. Das Klima zwischen Jerusalem und Washington kühlte sich so dramatisch ab, dass es viele Israeli mit der Angst zu tun bekamen. Sie wählten Schamir 1992 ab, weil sie den Schutz durch die Vereinigten Staaten nicht aufs Spiel setzen wollten. Er starb letzte Woche nach langer Krankheit. *Pierre Heumann*

Volk und Vorhaut

Von Henryk M. Broder — Wieder einmal beweisen die Deutschen ihre moralische Überlegenheit.



Die libidinöse Entgrenzung der Deutschen schreitet voran. Fast alles, was sich früher hinter verschlossenen Türen und zugezogenen Gardinen abspielte, findet

heute öffentlich statt. Partnertausch und Analverkehr sind längst keine No-go's und auch keine gruppenspezifischen Verhaltensweisen mehr, es sind Themen für jeden Anlass und jede Tageszeit. Letzte Woche wurde ein weiteres Tabu geknackt. Ein Kölner Landgericht erklärte die Beschneidung von Knaben zu einer strafbaren Handlung, einen ernsthaften, nicht entschuldbaren und irreversiblen Eingriff in die körperliche Integrität eines Kindes.

Obwohl der Richterspruch nur fünf Prozent der Bevölkerung betrifft – etwa vier Millionen Muslime und 100 000 Juden –, begrüßten laut einer Umfrage 56 Prozent der Deutschen das Urteil. Liest man die einschlägigen Artikel und Leserbriefe, gewinnt man den Eindruck, als habe das Gericht die nichtmuslimischen und die nichtjüdischen Deutschen davor bewahrt, Opfer eines «archaischen und barbarischen Rituals» zu werden, so eine in diesem Zusammenhang immer wieder benutzte Formel. Hier drei Kostproben des rasenden Volkszorns:

«Wenn wir unser Grundgesetz für religiöse Steinzeitriten verändern, ist man keinen Deut besser als die Nazi-Schergen, die das Recht für ihre abscheulichen Taten gebeugt haben.»

«Es ist doch bemerkenswert, dass besonders die <Kulturen> der Beschneidung eine so hohe Bedeutung beimessen, die überwiegend zur Gewalt neigen. Und das sind nun mal der Islam und letztlich auch das Judentum, Jahrzehnte praktiziert in Israel.»

«Auch unsere geschichtliche Verantwortung, resultierend aus dem Umgang mit Andersgläubigen, sollte uns wahrlich dazu bringen, eher das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit zu stützen, als unsinnige, das Kindesrecht einschränkende steinzeitliche Rituale zu bewahren helfen.»

Die Deutschen würden eher auf Kilometerpauschale und Weihnachtsgeld verzichten als eine Gelegenheit verpassen, ihre kulturelle und moralische Überlegenheit zu demonstrieren – immer vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte. Die EM haben sie vergeigt, aber die völkische Vorhaut lassen sie sich nicht nehmen.

Inflation muss nicht sein

Von Kurt Schiltknecht — Die Geldmengen-Ausweitungen der Notenbanken schüren Ängste vor Inflation. Wenn die Währungshüter rechtzeitig eingreifen, lässt sich diese vermeiden.

Seit dem Ausbruch der Banken-, Schulden- und Euro-Krise überschwemmen die Notenbanken der westlichen Industrieländer die Banken mit Liquidität. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) macht keine Ausnahme. Mit einer früher für undenkbar gehaltenen Erhöhung der Liquidität stabilisierte die Nationalbank das angeschlagene Bankensystem.

Daneben versucht sie, durch Interventionen auf dem Devisenmarkt einer unkontrollierten Aufwertung des Schweizer Frankens Einhalt zu gebieten und die im letzten Herbst festgesetzte Untergrenze des Wechselkurses zu verteidigen. Dafür musste die SNB bis heute Devisenkäufe von über 200 Milliarden Franken tätigen. Entsprechend nahm die Liquidität der Banken zu. Inzwischen verfügen die Geldinstitute auf ihren Girokonten bei der Nationalbank über liquide Bestände von rund 230 Milliarden Franken – unter normalen Verhältnissen genügen 5 bis 7 Milliarden Franken Giro Guthaben zur Abwicklung ihrer Geschäfte. Bei einem Anhalten der Euro-Krise ist der Höchststand indes vermutlich noch nicht erreicht.

Im Gleichschritt mit der Liquidität der Banken nahm auch die Notenbankgeldmenge zu. Heute ist diese mehr als fünf Mal höher als vor dem Krisenausbruch. Dies weckt bei einigen Beobachtern der Finanzpolitik Inflationsängste. Bereits wird das Bild einer Hyperinflation an die Wand gemalt.

Solch medienträchtigen Unkenrufen muss man mit Vorsicht begegnen. In der Geschichte gibt es einige Beispiele, die zeigen, dass nicht jede starke Erhöhung der Notenbankgeldmenge zu hohen Inflationsraten führen muss. Unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen würde eine so übermäßige Ausweitung der Notenbankgeldmenge wie in den vergangenen zwei Jahren mit einer Verzögerung von rund zwei bis drei Jahren zu sehr hohen Inflationsraten führen. Doch heute ist die Lage auf den Finanzmärkten und in der Wirtschaft alles andere als normal. Die Furcht vor Bankzusammenbrüchen und Staatsbankrotten ist weit verbreitet. Die vielen Krisengipfel ohne überzeugende Beschlüsse schüren die Ängste zusätzlich. Niemand weiss, wie die anstehenden Probleme gelöst werden sollen.

Mit dem Halten von zusätzlicher Liquidität versuchen die Wirtschaftsakteure, sich gegen unerwartete Ereignisse in der Wirtschaft und

auf den Finanzmärkten zu schützen. Statt die von den Notenbanken zusätzlich geschaffenen liquiden Mittel zu investieren, zur Gewährung von Krediten zu verwenden oder in Wertpapieren anzulegen, werden sie zur Seite gelegt.

Zuversicht ist erlaubt

Wenn die Notenbanken dieser zusätzlichen, krisenbedingten Nachfrage nicht durch eine Erhöhung der Liquidität entgegengekommen wären, hätte sich die Wirtschaft diese durch eine Kündigung von Krediten, durch den Verkauf von Obligationen, Aktien und anderen Aktiven zu beschaffen versucht. Dies hätte die Krise zusätzlich verschärft.

Ein weiterer Grund, weshalb in Krisen eine grosse Geldmengenerhöhung nicht zwangsläufig in höhere Inflationsraten mündet, liegt darin, dass die Wirtschaftsakteure die Ausweitung der Geldmenge als temporär und nicht als

permanent betrachten. Eine solche Interpretation ist vor allem in den Ländern verbreitet, in denen die Notenbanken in der Vergangenheit bewiesen haben, dass sie bei einer Beruhigung der Wirtschaftslage die «überschüssige» Liquidität sofort wieder abbauen und keine inflationäre Entwicklung zulassen. Als temporär betrachtete Geldmengenerhöhungen haben kaum Einfluss auf die Inflation.

Die Preisentwicklungen in Finnland und Schweden in den 1990er Jahren zeigen, dass eine zur Bekämpfung von Banken Krisen vorgenommene Verdoppelung der Notenbankgeldmenge nicht inflationär ist. Aufgrund solcher Erfahrungen besteht die berechtigte Hoffnung, dass auch die in zahlreichen Ländern, beispielsweise in den USA, Grossbritannien, Schweden und in der Schweiz, im Zusammenhang mit der Krise vorgenommene Vervielfachung der Notenbankgeldmengen die Inflation nicht anheizen wird.

Voraussetzung ist allerdings, dass die Notenbanken die Aufgabe meistern, die zusätzlich geschaffene Liquidität bei einer Stabilisierung der Finanzmärkte wieder abzubauen. Da Preisstabilität nach wie vor das Hauptziel der Schweizerischen Nationalbank ist, kann man zuversichtlich sein, dass diese zu gegebenem Zeitpunkt die Liquidität wieder auf das langfristig mit Preisstabilität kompatible Niveau zurückführen wird.



Ein undurchsichtiger Sieg Obamas

Von Hansrudolf Kamer — Der Oberste Gerichtshof in Washington stützt Barack Obamas Gesundheitsreform. Das Urteil reflektiert die Ratlosigkeit der Politik.



Die Amerikaner sind verfassungsgläubig. Die Treue zum 1787 verabschiedeten und später ergänzten Schriftstück ist die Ersatzreligion in einem Gemeinwesen, das die strikte Trennung von Kirche

und Staat nicht nur verordnet, sondern auch praktiziert. Die Wächter über die Verfassung sind die neun Richter des Obersten Gerichtshofs in Washington.

Sie sind zwar Juristen, aber ihr Herz schlägt politisch. Wenn es politisch eng wird, hart auf hart geht, werden sie angerufen, das Schiedsurteil zu fällen. Das Mittel ist die Verfassungsgerichtsbarkeit, «judicial review». 1803 hat sich der Supreme Court die Befugnis erstritten, Gesetze auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassung zu prüfen. Das ist eine eminent politische, keine juristische Aufgabe, wie die Geschichte zur Genüge zeigt.

Nun haben die Richter mit einem knappen Mehrheitsentscheid, fünf gegen vier Stimmen, die Klage wegen Verfassungswidrigkeit des zentralen Elements der Gesundheitsreform Präsident Barack Obamas abgewiesen. Kernstück des höchst komplexen und unpopulären Gesetzes ist das Obligatorium, das (fast) jeden Amerikaner zwingen soll, eine Krankenversicherung abzuschliessen.

Tut er es nicht, muss er eine Busse bezahlen, die bis zu 2,5 Prozent seines Einkommens betragen kann. Allerdings ist diese Busse in den meisten Fällen geringer als die steigenden Versicherungsprämien. Man kann die Busse wählen, um sich nicht versichern zu müssen.

Das Obligatorium ist für «Obamacare» wichtig, weil es die Versicherungsgesellschaften verpflichtet, einen Kunden zu versichern – unabhängig von dessen Gesundheitszustand. Der schlaue Amerikaner würde in diesem Fall erst dann eine Versicherung abschliessen, wenn er krank wird.

Es sei nicht die Aufgabe des Gerichts, begründete Chief Justice John Roberts das Urteil, das Volk vor den Konsequenzen seiner politischen Wahl zu beschützen. Obama war zwar 2008 unter anderem mit dem Versprechen einer Gesundheitsreform gewählt worden. Im Wahlkampf war Obama indes erklärter Gegner des Obligatoriums. Die Amerikaner wähl-

ten einen Präsidenten, von dem sie glaubten, er werde kein Obligatorium verordnen. Die Wandlung vom Saulus zum Paulus kam erst sechs Monate nach der Amtseinstellung. Falsche Warendecklaration hat bei Obama System.

Der Unwillen des Supreme Court, sich auf eine Auseinandersetzung mit den beiden andern Gewalten – Exekutive und Legislative – einzulassen, hat Tradition. Roberts wagte es nicht, das von Obama als seine grösste innenpolitische Leistung angepriesene Vorhaben bachab zu schicken. Es ging ihm um die Reputation des Supreme Court, der normalerweise von links attackiert und als Bastion der Konservativen geschmäht wird.

Die Busse ist eine Steuer

Damit hätte alles sein Bewenden haben können. Doch Roberts war es offensichtlich nicht ganz wohl bei der Sache. Er soll seine Meinung relativ spät geändert haben. Er schrieb die ersten Abschnitte der Begründung der konservativen Minderheit, bevor er sich der linksliberalen Gruppe der Richter anschloss. Seine Entscheidung gab den Ausschlag.

Der konservative Roberts glaubte aber, seine Grundprinzipien bekräftigen und den Konservativen die Niederlage versüssen zu müssen. Der Trostpreis besteht aus zwei Elementen: Die Ausweitung des Bezückerkreises von

Medicaid, dem Fürsorgeprogramm für Personen mit geringem Einkommen, wurde kassiert. Die Einzelstaaten erhalten das Recht zum *opt-out*.

Der zweite Teil ist politische Semantik. Der Chief Justice hielt fest, der Kongress habe nicht das Recht, den Bürger wegen Nichtabschlusses einer Krankenversicherung zu bestrafen. Der Kongress habe aber das Recht, Steuern zu erheben. Roberts schrieb deshalb in seiner Begründung, die Busse sei keine Busse, sondern eine Steuer. Auf dieser Basis sei das Gesetz verfassungskonform. Im Gesetzgebungsverfahren war aber nie von einer Steuer die Rede gewesen – aus guten politischen Gründen.

Weder Obama noch sein Rivale Mitt Romney haben ein Interesse daran, die Gesundheitsreform zum zentralen Wahlkampfthema zu machen. Obama, weil er sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, er habe die Steuern erhöht – er betont weiterhin, die Busse sei eine Busse und keine Steuer. Romney, weil die Gesundheitsreform, die er als Gouverneur im Staat Massachusetts durchgesetzt hatte, das Vorbild für Obama war – «Obamacare» gleich «Romneycare».

Das Gesetz und das Urteil bestechen nicht durch Klarheit. Die Wähler werden sich durch die eskalierende Masse der Deutungsversuche aber kaum beeindruckt lassen. Die Skeptiker – das sind die meisten Republikaner, Unabhängige, konservative Demokraten, Wechselwähler – sind der Ansicht, die Reform koste zu viel, die Folgen seien unabsehbar. In der Tat: Sie belastet die Wirtschaft, die Wachstumsimpulse benötigt, und verschlimmert die desolante Lage der Bundesfinanzen. Die Entscheidung liegt wie vor vier Jahren bei den Wählern.



Trostpreis für die Konservativen: Präsident Obama.

Tortenvwurf zu Grosis Geburtstag

Von Christoph Mörgeli

Am 25. Juni feierte die UBS ihren 150. Geburtstag. Dieses Jubiläum der Schweizer Grossbank würdigte die «Tagesschau» unseres Fernsehens mit einem Beitrag. Wie leider nicht anders zu erwarten, bot der staatliche Monopolsender eine wenig würdige Würdigung. Die Sprecherin leitete ein mit Worten wie «Misstrauen», «Dramen» und «drohender Untergang». Dann durfte der UBS-Sprecher sagen, die Geburtstagsbroschüre zeige «die Auflistung der Geschichte Wort für Wort». Worauf die «Tagesschau» ironisierte: «2004 verkündet der damalige Verwaltungsratspräsident Ospel Wort für Wort, aus der UBS innert vier Jahren die grösste Investmentbank der Welt machen zu wollen.»

Und atemlos geht's weiter: «Vier Jahre später ist die UBS der grösste Betriebsunfall der Schweizer Bankengeschichte und muss von Nationalbank und Bund gerettet werden. Kostenpunkt: 50 Milliarden Franken.» Angesichts dieses «Fast-Totalschadens» vom Jahr 2008 «könnte man heute auch den vierten Geburtstag der UBS feiern». Fürs Staatsfernsehen ist klar: Die wahre Geburt begann vor vier Jahren dank Vater Staat. Die vorherigen 146 Jahre unter Mutter Markt waren bloss eine Missgeburt.

Man hätte auch sagen können: Nationalbank und Bund haben durch ihre UBS-Intervention unter dem Strich Milliarden Gewinne eingesackt. Die UBS beschäftigt 65 000 Mitarbeiter. Sie war zeitweise die grösste Vermögensverwalterin der Welt. Sie zahlte viele Milliarden an Steuern, womit wir unseren umfassenden Sozialstaat finanzierten. Die Bank unterstützte Konzerte, Opern, Theater, Ausstellungen und Sportanlässe. Die UBS ermöglichte Unternehmen, Arbeitsplätze, Vermögensbildung, Wohneigentum, Wohlstand. Sie bildet jährlich Hunderte von Lehrlingen aus. Sie nahm sofort nach Einführung des Frauenstimmrechts eine Frau in den Verwaltungsrat.

Stattdessen missbrauchte das Monopolfernsehen den 150. Geburtstag der UBS dazu, die UBS in mieser Art zu verdreckeln. Das ist ungefähr so anständig, wie wenn wir unserer Grossmutter zum Geburtstag nur die Verfehlungen und Sünden unter die Nase halten. Und ihr eine Geburtstagsorte präsentieren mit den Worten: «Heute, an deinem Geburtstag, ist die Zeit gekommen, um endlich einmal mit dir abzurechnen und deine Vergangenheit zu bewältigen.» Um anschliessend dem verdatterten Grosi die Torte ins Gesicht zu werfen.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Öko-Postautos ohne «Dü-da-do»

Von Peter Bodenmann — Der China-Bus in Pinneberg verbraucht statt 40 Liter Diesel nur 110 kWh Strom pro hundert Kilometer.



Tarife senken und Geld verdienen: Elektrobus im deutschen Pinneberg.

Die Preise in der Schweiz sinken. Langsam zwar, aber immerhin. Und dies, obwohl Konsumentenschutz, Preisüberwacher und Wettbewerbskommission – von den werbeabhängigen Medien ungestört – bereits wieder eingeschlafen sind.

Mit ein Grund: Im April dieses Jahres hat nicht weniger als die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer im nahen Ausland Waren oder Dienstleistungen eingekauft. Der Druck auf Hersteller, Importeure und Verteiler nimmt zu.

Viele Preise in der Schweiz hängen allerdings von parastaatlichen Betrieben ab. Die Post und die SBB können – nein: müssen – ihre Aufträge international ausschreiben. So werden die neuen für den Gotthard vorgesehenen Zugskompositionen mindestens hundert Millionen Franken weniger kosten.

Trotzdem wollen Post und SBB ihre Tarife ständig weiter erhöhen. Und sind dabei bisher mehr als erfolgreich. Weil die Linken den Service public distanzlos lieben. Und die Rechten diesen über Preiserhöhungen unattraktiv machen wollen.

Ein Beispiel von vielen: Durchschnittlich sitzen nur 9 Personen in einem Postauto. Unsere gelben Postbusse saufen pro 100 Kilometer 40 Liter Diesel. Macht pro Person und 100 Kilometer somit hohe 4 Liter aus. Gesamte Treibstoffkosten der Post pro Jahr – bei einem

absehbaren Diesel-Preis von 2 Franken –: rund 80 Millionen Franken.

Im deutschen Pinneberg werden neu chinesische Elektrobusse mit einer Reichweite von 350 Kilometern eingesetzt. Weiter kommen unsere Postautos pro Tag auch nicht. Stromverbrauch pro 100 Kilometer: nur 110 Kilowattstunden. Das macht – auf die Postauto-Flotte umgerechnet – anstelle von 80 Millionen Franken Diesel-Kosten nur 15 Millionen Franken Stromkosten aus.

Ein China-Elektrobus kostet – dem zu harten Franken sei für einmal Dank – nur mehr 450 000 Franken. Er verzinst und amortisiert sich somit – dank tieferen Treibstoffkosten – innerhalb von acht Jahren über die Energieersparnis von selbst. Postauto Schweiz könnte die Tarife senken und Geld verdienen.

Der Preisüberwacher hätte längst im deutschen Pinneberg vorbeischaun müssen. Um danach der Post die Hölle heisszumachen. Stattdessen droht sich Stefan Meierhans wundzuliegen.

Detail für Helvetier: Die neuen Diesel-Postautos werden künftig aus Spargründen nicht einmal mehr «Dü-da-do» hornen. Eine Hupe würden die Chinesen aber sicher als Rabatt mit einbauen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Das Prinzip Selbstgerechtigkeit

Von Kurt W. Zimmermann — Warum SRG-Chef Roger de Weck und die Journalisten diesmal keine einzige Zeile schrieben.

Ich habe gut zwei Wochen gewartet, weil ich dachte, es kommt noch was. Doch es kam nichts.

Vor gut zwei Wochen lief Hansjürg Zumsteins Dokumentarfilm «Der erzwungene Rücktritt» am Schweizer TV. Er rollte den Sturz von Nationalbank-Präsident Philipp Hildebrand auf. In nüchternem Stil beschrieb der Film, wie Hildebrand die Kontrollbehörden, die Politik und die Medien trickreich belog und wie seine dickste Verbündete, die Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, mit ihm gemeinsame Sache machte.

Ich habe gut zwei Wochen gewartet, weil ich dachte, es kommt doch noch eine Anerkennung dieses schönen Journalistenstücks. Vielleicht, dachte ich, löst es sogar ein paar zusätzliche Recherchen aus. Irrtum, es kam gar nichts.

Keine einzige Zeitungsredaktion widmete dem Film auch nur eine einzige Zeile. Zumstein wurde völlig tabuisiert. Lediglich im *Blick am Abend* und im *Sonntag* erschienen zwei kurze Kommentare, beide von externen Kolumnisten. Das war nicht zu verhindern. Sonst aber – totales Schweigen.

Auch die Reaktion von SRG-Chef Roger de Weck war typisch. Doch darauf kommen wir später.

Zuerst einmal müssen wir die Rolle des Fernsehens für die gedruckten Medien kurz beleuchten. TV ist, noch vor dem Bundesrat, der wichtigste Inhalt unserer Presse. Weit über 30 000 Zeitungsartikel pro Jahr beschäftigen sich mit dem Thema. «10 vor 10» wie «Tageschau» sind für die Journaille ebenso lebensnotwendig wie Bernard Thurnheer und Christine Maier.

Warum also ist in diesem Umfeld ein gutgemachter Dokumentarfilm am Schweizer TV nicht eine einzige Zeile wert?

Damit wären wir bei Roger de Weck. Als TV-Journalist Hansjürg Zumstein sein vorletztes Video zum Thema Datendiebstahl ausstrahlte, geriet der oberste SRG-Verwalter in Verzückung. Er schickte dem Autor nach der Sendung einen handgeschriebenen Brief. Von seinen Recherchen, schrieb er ihm, sei er «schlicht begeistert».

Zu Zumsteins neuem Video über Nationalbanker Hildebrand schickte de Weck keinen Brief mehr an den Filmmacher. Der SRG-Chef goutierte die kritischen Recherchen über einen Publikumsliebbling der Linken nicht. Er schrieb darum, wie auch alle Journalisten im Land, keine Zeile.



Schönes Journalistenstück: Filmer Zumstein.

Damit wären wir der Erklärung nahe. Eine der wesentlichen Treibkräfte im Medienbetrieb ist die Selbstgerechtigkeit. Medienleute haben grosse Mühe damit, einmal bezogene Positionen aufgrund neuer Erkenntnisse zu korrigieren. Medienleute sind selten lernbereit. Sie bleiben meist felsenfest bei ihrer Erstmeinung, auch wenn die Faktenlage sich dramatisch verändert.

Das war nicht nur im Fall Hildebrand anschaulich zu beobachten, wo das Klischee des verfolgten Finanz-Messias allen Fakten bis heute widerstand. Auch rund um die EU blieben unsere Journalisten treu auf der europäischen Spur, obwohl ihnen die milliardenschweren Fakten nur so um die Ohren flogen. Beim Atomausstieg wiederum jubelten sie anfangs erneut wie die Kinder und verdrängten dann bis heute die nicht finanzierbaren Fakten dieser Idee. Man könnte weitere Beispiele problemlos anfügen.

TV-Filmer Zumstein überlegt sich derzeit, was er als nächstes Thema wählt. Eine Idee ist die Bank Wegelin und ihr geschäftsführender Teilhaber Konrad Hummler. Wegelin und Hummler, wie wir bisher stets lesen durften, sind bekanntlich Schurken im Schurkenstaat. Die Meinung der Journaille steht, vermutlich für immer.

Es ist also nicht schwierig, vorauszu sehen, was passieren würde. Wenn Zumstein die Privatbank und den Privatbanker entlastet, bekommt er in der Presse erneut keine einzige Zeile. Und keinen Brief vom Chef.

1,21 Bundesmillionen für Parteipolitik

Von Urs Paul Engeler

Seit 39 Jahren werden die Mitbürger, die im Ausland wohnen, mit der *Schweizer Revue* beliefert. Der Gruss aus der Heimat ist gratis. 395 000 Exemplare werden gedruckt und versandt.



Vor einigen Jahren überwies der Bund der Trägerschaft des Heftchens, der Auslandschweizer-Organisation (ASO), zur Herstellung und Verbreitung ihrer *Revue* noch rund 2,5 Millionen Franken. Nach verschiedenen parlamentarischen Demarchen und Kritiken an der politischen Schlagseite des Produkts kürzte der Bundesrat das Budget auf die Hälfte; seither erscheinen pro Jahr noch vier oder fünf Ausgaben statt der vertraglich fixierten acht. Etliche der rund 700 000 Auslandschweizer betrachten die Kürzung auf 1,21 Millionen Franken allerdings eher als Fortschritt.

Denn gemäss dem zwischen der ASO und dem Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ausgehandelten «Statut für die *Schweizer Revue*» hätte das Heft die Aufgabe, ein «möglichst vielfältiges, differenziertes, repräsentatives» Bild der Schweiz zu vermitteln. Die Redaktoren (unter denen sich auch ein *Tages-Anzeiger*- sowie ein *Bund*-Mann befinden) wären explizit auf «Objektivität und Ausgewogenheit verpflichtet» und hätten «in ihrer Arbeit die besondere Stellung der *Revue* als einzige Zeitschrift für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer» zu berücksichtigen.

In der lesbaren Realität heisst dies jedoch: Fifa-Bashing («Hort von Bestechlichkeit und Korruption, ausser Kontrolle»), Hildebrand-Verherrlichung («eine Ausnahme-Erscheinung»), Schweizer-Banken-Bashing («grösstes Offshore-Zentrum der Welt»), Didier-Burkhalter-Lob (schriftlich eingeholte Selbstdarstellung des Aussenministers) und als roter Faden durch fast alle Nummern: SVP-Bashing, Blocher-Bashing («Verlierer», «Lügner», «Komplott») und so fort. Diese schiefe Parteipolitik der *Revue* wird von einer offiziellen Kommission (mit EDA-Vertretung) getragen, welche die publizistische Arbeit überwacht und offenbar vor allem dafür entschädigt wird, dass sie laufend eintreffende Reklamationen abschmettert.

Neben dem journalistisch doktrinär aufgeheizten Hauptteil betreut das EDA in Eigenregie die sachlichen zwei Seiten «Aus dem Bundeshaus». Der amtliche Teil erfüllt als einziger die redaktionellen Vorgaben.



Ehre

Ein Mann, der sich dauernd darum kümmern muss, ob alle Frauen seiner Familie sich stets so verhalten, dass seine und die Ehre aller Männer der Familie gewahrt bleibt, hat kaum noch Zeit für ökonomisch sinnvolle Tätigkeiten. *Von Linus Reichlin und Benjamin Güdel (Illustration)*

Haben Frauen Ehre? Im Paschtunwali, dem Stammeskodex der Paschtunen, wird diese Frage beantwortet: Die Ehre der Frau ist identisch mit der Ehre der Familie, und die Familie wird von den Männern repräsentiert. Die Ehre der Frau ist also ein Bestandteil der Ehre ihres Mannes. Das Paschtunwali nennt es *Namus*. Macht der Nachbar eines Mannes dessen Frau schöne Augen, verletzt er damit nicht die Ehre der Frau, sondern die ihres Mannes, der nun – so will es *Namus* – den Nachbarn schlimmstenfalls töten muss.

Oft entscheidet er sich aber dazu, seine Frau zu töten oder zu verstossen, denn schliesslich war sie es, die seinen Ehrverlust herbeigeführt hat. Die blossе Existenz seiner Frau ist eine latente Gefahr für die Ehre eines Mannes, das macht paschtunische Ehen so problematisch. Um drohendem Ehrverlust vorzubeugen, werden die Frauen verhüllt und hinter den Mauern des Gehöfts vor der Aussenwelt versteckt; das ist eine kluge Massnahme, mit der die Blutrache auf ein erträgliches Mass reduziert wird.

Ehsanullah, ein in Berlin lebender Afghane, erzählte mir einmal, kurz vor seiner Ausreise nach Deutschland sei er in der Provinz Helmand Zeuge einer gefährlichen Situation geworden. Eine verheiratete Frau unter der Burka sei in Begleitung ihres Bruders an einem Teehaus vorbeigegangen. Dabei habe sich ein Zipfel ihrer Burka an irgendeinem Teil eines schrottreifen, vorbeifahrenden Motorrads verheddert. Ihr sei die Burka vom Leib gerissen worden, und nun sei sie in der Trainerhose, die sie unter der Burka getragen habe, und in einem T-Shirt dagestanden, für paschtunische Verhältnisse also nackt. Die Männer, die draussen vor dem Teehaus gesessen seien, hätten sofort ihre Blicke von ihr abgewendet, um die Ehre des Bruders nicht zu verletzen. Der Motorradfahrer sei mit der Burka im Schlepptau wie ein Irrer durch den Basar davongerast, zu Recht fürchtete er nun um sein Leben. Für den Bruder sei klar gewesen, dass der Motorradfahrer seiner Schwägerin die Burka absichtlich weggerissen habe.

«Vor aller Augen», sagte Ehsanullah, «schlug er auf seine Schwägerin ein. Er war überzeugt, dass der Motorradfahrer sich an ihr gerächt hatte, weil sie nicht mit ihm schlafen wollte.» – «Wie kommt er denn darauf», sagte ich, «es ist doch sehr viel wahrscheinlicher, dass es nur ein Unfall war.» – «Kann schon sein», sagte Ehsanullah, «aber so denken die Leute dort nicht. Der Motorradfahrer ist geflüchtet, weil er wusste, dass ihm niemand glauben wird, dass es nur ein Unfall war. Und die Leute sahen ihn davonrasen und dachten: <Der Hundesohn flieht, also wollte er was von ihr, und sie hat ihn abgewiesen.>» – «Aber wenn sie ihn abgewiesen hat», fragte ich, «wenn sie ihrem Mann also treu war, warum schlägt ihr Bruder sie dann?» – «Wenn sie ihn abgewiesen hat», sagte Ehsanullah, «hat sie mit ihm gesprochen. Mit einem fremden Mann. Sie hat die Ehre der Familie verletzt.» – «Das Leben bei euch muss sehr anstrengend sein», sagte ich. «Nur wenn du eine Frau hast», sagte Ehsanullah.

Der arabische Dichter und Diplomat Usama ibn Munqidh, der im 12. Jahrhundert zur Zeit der Kreuzzüge die Sitten der Franken studierte, schrieb über sie: *Die Franken kennen weder Ehrgefühl noch Eifersucht. So kommt es vor, dass ein Franke mit seiner Frau auf der Strasse einhergeht und einen anderen Mann trifft, der die Frau zur Seite nimmt und sich mit ihr unterhält, während ihr Ehemann abseits steht und wartet, bis die Frau ihre Unterhaltung beendet.*

Dieses ehrlose Verhalten der fränkischen Männer im Umgang mit ihren Frauen irritierte ihn besonders auch deshalb, weil es für ihn im Widerspruch zur Tapferkeit stand, die die Franken im Kampf bewiesen: *Doch besitzen sie grossen Mut, obwohl doch der Mut gewöhnlich nur aus dem Ehrgefühl und aus der Verachtung für einen schlechten Ruf entsteht.* Wie kann ein Mann, der seine Frau mit einem anderen Mann sprechen lässt, dennoch die Schädel so vieler Feinde spalten? Für Usama bemassen sich die Ehre und der Ruf eines Mannes danach, wie sehr er über die Tugendhaftigkeit seiner Frau wachte. Die fränkischen Männer waren von dieser Art Ehre entbunden worden durch Jesus Christus. Christi Einstellung zum Ehebruch war zu seiner Zeit äusserst liberal, und das ist sie in der Weltgegend, in der er lebte, auch heute

noch. Sein Satz bei der Steinigung der Ehebrecherin *Wer unter euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein*, vor allem aber der Folgesatz *So verdamme ich dich auch nicht* entliess den fränkischen Mann aus der zeitraubenden und das Leben erheblich komplizierenden Daueraufsicht über seine Frau. Der Ruf des fränkischen Mannes war nicht mehr untrennbar mit dem seiner Frau verbunden, die hatte jetzt gewissermassen eine eigene Ehre – *honour-splitting*.

Ehrlich gesagt, weiss ich nicht, ob das alles stimmt, was ich hier schreibe, aber ich kann mich des Eindrucks der Plausibilität nicht erwehren. Mir scheint, es ist eine Erklärung dafür, warum die Nachfahren Usama ibn Munqidhs noch heute wie er damals so irritiert sind darüber, dass eine Gesellschaft, in der die Männer ihren Frauen eine persönliche, von ihnen unabhängige Ehre zugestehen, so erfolgreich sein kann. Aber der Erfolg des fränkischen Mannes beruht eben gerade auch auf dem *honour-splitting*. Ein Mann, der sich dauernd darum kümmern muss, dass seine Frauen, seine Schwestern, die Schwestern seiner Frauen, die Frauen seines Bruders, der gerade in den Bergen unterwegs ist und auf die dieser Mann nun also auch aufpassen muss – ein Mann also, der so viele Frauen dahin gehend beaufsichtigen muss, ob sie sich sittlich kleiden und stets so verhalten, dass seine und die Ehre aller Männer der Familie gewahrt bleibt, ein solcher Mann hat schlicht weniger Zeit für ökonomisch relevante Tätigkeiten. Der Franke baut in der Zeit, die er dadurch spart, dass er seine Ehre nicht vom Verhalten anderer abhängig macht, Hängebrücken. *Hängebrücke* ist vielleicht das falsche Beispiel, aber ich gehe davon aus, dass man versteht, was ich meine.

Neue Serie

Der Schweizer Autor **Linus Reichlin** schreibt für die *Weltwoche* in loser Folge über «Grundbegriffe des Lebens» wie Ehre, Treue, Liebe etc. Reichlin wurde für seine Reportagen, Kolumnen und Bücher mit verschiedenen Preisen ausgezeichnet. Zuletzt erschien von ihm der Roman «Er» (Galiani-Verlag). Reichlin, Jahrgang 1957, lebt in Berlin.



Leserbriefe

«Merkte die dreissigköpfige Schweizer Delegation nicht, wie sie als Marionetten der Agenda 21 eingespannt wurde?» Egidio Cattola



«Tiefgreifender ökologischer Umbau der Gesellschaft»: Aktivisten am «Rio+20»-Gipfel.

Ausser Spesen nichts gewesen

Nr. 26 – «Karneval von Rio»; Florian Schwab über die Klimakonferenz in Brasilien

Die Agenda 21 und die Erd-Charta bildeten das Fundament der Klimakonferenz. Die 1992 verabschiedete Klimarahmenkonvention sowie das 1997 unterzeichnete Kyoto-Protokoll ist unter dem Patronat der Uno ins Leben gerufen worden. Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes wirkten der damalige KPdSU Generalsekretär Michail Gorbatschow und der Kommunist Maurice Strong als massgebliche Strippenzieher dieser ökosozialistischen Organisation. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt und dahinter gar eine versteckte militärische Drohung vermutet. Merkte die bundesrätlich angeführte dreissigköpfige Schweizer Delegation, die am «grünen Karneval von Rio» teilnahm, nicht, wie sie als Marionetten und Helfershelfer der Agenda 21 eingespannt wurde? Unter der ökologischen Fratze dieser Agenda 21 wird versucht, die Überwindung des Kapitalismus schleichend, aber zielstrebig zu erreichen. Zudem streben diese in der Agenda 21 vereinigten Institutionen WWF, Greenpeace et cetera die globale Verwirklichung sozialistischer Zielvorstellungen mit tiefgreifendem ökologischem Umbau der Gesellschaft an. Mit dem abgedroschenen Schlagwort «Nachhaltigkeit» kann nachhaltig festgehalten werden: «Ausser Spesen nichts gewesen». Wie sagte doch Václav Klaus, tschechischer Präsident, bereits 2007: «Es ist sicher, dass dieser Umwelt-

aktionismus die moderne Inkarnation des Kommunismus ist.»

Egidio Cattola, *Riehen*

Immer das Gegenteil

Nr. 26 – «Meinung unerwünscht»; Rico Bandle über Zensur in der Schweiz

Dass die staatliche Zensur nicht immer den gewünschten Erfolg verspricht, entdeckten westliche Reisende in der Sowjetunion. Sie waren höchst erstaunt, wie die Russen allgemein, trotz strenger Zensur, gut über den Westen informiert waren. Die Lösung des Rätsels war: Die Russen glaubten immer das Gegenteil von dem, was in der *Prawda* stand.

Paul Bunyan, *Gstaad*

Peinliches Betteln

Nr. 26 – «Optimismus»; Editorial von Roger Köppel

Ihren Artikel fand ich sehr erfreulich und ermutigend. Er widerspricht nicht nur der derzeitigen Krisenstimmung, sondern hinterfragt auch den von vielen Wirtschaftsbossen bewunderten Gewinn an Wohlstand im totalitären China. Das peinliche Betteln der EU um Geld und Investitionen unter anderem in China ist leider kein positives Zeichen für Europa. Dabei haben der Rückgang der Exporte aus China und der dortigen Produktion gezeigt, dass die kurzsichtige Rechnung vieler Manager, die Arbeitsplätze aus Europa weg verla-

gern und gleichzeitig billige Ware nach Europa importieren wollen, nicht aufgeht, weil Europäer ohne Geld und Arbeit auch keine günstigen chinesischen Produkte kaufen können. Darum hoffe ich für die Schweiz und für Europa, dass Sie mit Ihrem Optimismus am Ende recht behalten.

Frank Lang, *Muttenz*

Der Artikel umfasst in eindrücklicher Weise die Basis, die Vergangenheit und die Perspektiven Europas und der EU in so konzentrierter Form, wie ich das bisher noch von keinem Redaktor zu lesen bekommen habe.

Reinhold Schwörer, *Sins*

Zuerst gratuliere ich Ihnen zu Ihrem Editorial. Ich wollte aber noch sagen, dass es schön wäre, wenn einmal ein anderes Bild des Autors publiziert würde. Immer dieselbe Art von Bild ist etwas langweilig. Das ist lieb gemeint, ich hoffe, Sie verstehen mich richtig.

Claudia Mendezu, *Peru*

Im nahegelegenen Pub

Nr. 26 – «Irland? Vergessen Sie es!»; Antje Joel über Irland

Der Artikel bedarf einer Entgegnung. Wir lebten fast zehn Jahre in der Grafschaft Roscommon, einer ländlichen Gegend zwei Autostunden nordwestlich von Dublin. Dort liessen wir ein kleines Cottage um- und ausbauen, Brian, der *builder*, tat dies während unserer Abwesenheit pünktlich und korrekt, er hat uns keinen Cent verrechnet, den er nicht verdient hätte! Im Pächter unseres Weidelandes lernten wir einen grundehrlichen Menschen kennen, und im nahegelegenen Pub erlebten wir viele eindrückliche Irish-Set-Dance-Sessions. Vieles, worüber die Autorin schreibt, haben wir ähnlich erlebt; sie aber beschreibt alles, aber wirklich alles sehr negativ! Das trifft nach unseren Erfahrungen nicht zu und ist eine Beleidigung für die grosse Mehrheit der Menschen Irlands! Apropos übers Ohr hauen: Wer die lange und leidvolle Geschichte Irlands kennt, urteilt wohl mit etwas Nachsicht darüber ... Der Autorin bleibt zu wünschen, dass sie dieses Land der löchrigen Strassen und drögen, spießigen «Diddel-di»-Musik möglichst bald verlassen kann.

Silvia und Hans-Paul Flückiger, *Wasen*

Wieder näher bei der Basis

Nr. 26 – «Man lese in der Bibel»; Gerhard Pfister über das Asylwesen

Der Autor und CVP-Politiker geisselt zu Recht die einseitige Berichterstattung über die Asyldebatte im Nationalrat mit der Qualifikation «Mainstream pur». Auf das Bemerkenswerteste dieser Debatte geht er aber in seinem sehr lesenswerten, guten Beitrag nicht ein:

dass eine starke Mehrheit der CVP-Nationalräte mit ihm die Weisheit und den Mut fand, entgegen der Parole von Partei- und Fraktionsspitze, «richtig» zu stimmen, das heisst für die Beseitigung unhaltbarer Missstände im Asylwesen wie zum Beispiel vierjährige Verfahren mit unzähligen Verzögerungsmöglichkeiten, zunehmendem Missbrauch, Kriminalität u.a.m. – und dies sogar zusammen mit den Vertretern der «vielgeschmähten» SVP. Offenbar wissen die neugewählten CVP-Vertreter noch besser, welche Probleme die Menschen bedrücken. Ein Hoffnungsschimmer: Man darf als problemlösungsorientierter Bürger wieder CVP wählen, ihre Nationalräte sind wieder näher bei der Basis und setzen sich für deren Anliegen und die Durchsetzung von Recht und Ordnung ein. Es möge nachhaltig sein und die CVP-Ständerräte in der bevorstehenden Debatte im gleichen Sinne leiten.

Hans Popp, Liebefeld

Vorbilder

Nr. 26 – «Nachruf»; Walter Frey zum Tod von Walter Haefner

Als langjähriger Abonnent der *Weltwoche* lese ich nebst dem Editorial des Verlegers auch immer jene kleinen Beiträge – auch die «an den Rand» geschriebenen. Zum Beitrag von Herrn Walter Frey möchte ich Ihnen meine Hochachtung und ein ehrliches Kompliment aussprechen! Es bestätigt auch, dass Walter Frey ein Eigentümer auf der Teppichetage ist, der sein Herz auf dem rechten Fleck hat und nicht zu jenen Patrons zählt, die ihren Betrieb für viel Bares an das Ausland verhöckern. Schade ist nur, dass solche Vorbilder bei uns in der Schweiz langsam aussterben.

Kurt Waldvogel, Amden

«Als Mitglied gewählt» Nr. 26 – «Personenkontrolle»

Der Text hat mich tief getroffen. Darin nimmt die *Weltwoche* den Parteiübertritt meiner Mutter, Dr. Marlies Näf-Hofmann, aufs Korn. Das darf sie. Aber es ist mir ein Rätsel, was der Sohn mit einem Parteiwechsel seiner Mutter zu tun haben soll. Auf jeden Fall ging es in der besagten «Personenkontrolle» mehr um mich als um meine Mutter. Zudem war der Text mit Unwahrheiten, ja Lügen gespickt. Es fängt schon damit an, dass ich mit Jahrgang 1965 als «Mittfünfziger» bezeichnet werde. Ich bin jedoch erst 46. Völlig unwahr, ja erlogen ist auch die Behauptung der *Weltwoche*, die SVP Arbon habe mich nicht einmal für das Amt eines lokalen Stimmzählers nominieren können. Das Protokoll des Stadtparlaments Arbon vom 17. Januar 2012, das im Internet nachgelesen werden kann, beweist das Gegenteil. Auf Seite 134 steht: «Die SVP schlägt Ihnen Andreas Näf vor.» Und weiter: «Andreas Näf wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für die Amtszeit 2011–2015 gewählt.» Vielleicht sollte die *Weltwoche* mehr Zeit in die «Personenkontrolle» ihrer offensichtlich lausigen Informanten investieren. Solche Artikel sind nämlich wesentlich schädlicher für die Glaubwürdigkeit der *Weltwoche* als für deren Medienopfer.

Andreas Näf, lic. phil. I und Master für Angewandte Ethik der Universität Zürich, Arbon

Unlustige Fortsetzung

Nr. 25 – «Tanz in den Bankrott»; Hansrudolf Kamer über den G-20-Gipfel in Mexiko

So ist es! Der Autor beschreibt in seiner Geschichte vom Tanz der westlichen Staaten am Rand des Bankrotts die mögliche nicht lustige Fortsetzung von Andreas Thiels «Weltgeschichte in 700 Worten» über das desaströse Unvermögen von uns Menschen, das heisst vor allem vieler Regierungen und Staatsoberhäupter, über einen längeren Zeitraum unser Dasein in dieser Welt auf geordneten und prosperierenden Wegen zu verbringen. Werner Batt, Lyss

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man bei Andreas Caminada im «Schloss Schauenstein» zum Essen eine Karaffe Brunnenwasser (Hahnenwasser) bestellen?

Adrian Michel, Falera

Man kann. Sie bekommen sogar nicht nur einfach Hahnenwasser, sondern Wasser aus der schlosseigenen Quelle. Das kostet fünf Franken pro Liter. Das «Schauenstein» ist nicht irgendeine Beiz, wir bieten ein umfassendes Gesamterlebnis auf höchster gastronomischer Leistungsstufe. Dazu gehört auch ein kompetenter, charmanter Service, der Ihnen beispielsweise zu jedem Gang ein sauberes Glas auftischt. Diese Leistung hat ihren Preis. Also jetzt mal ganz ehrlich: Wollen Sie wirklich auf höchstem Niveau essen gehen und dann auf der Toilette Gratiswasser trinken?

Andreas Caminada

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.


CRESTA PALACE
Sommerzeit
BELEBENDE TAGE IM ENGADIN
 Grosser SPA-, Pool-, Beauty- und Therapie-Bereich sowie Kinderclub.
 Wandern, Golfen, Biken, Tennis uvm.
 Zimmer/Frühstück ab CHF 110.– pro Person
 Ab 2 Nächten: freie Fahrt auf ÖV + Bergbahnen
 Sommersaison bis 14. Oktober 2012
 ★ ★ ★ ★
 CRESTA PALACE . CH-7505 Celerina/St. Moritz
 T +41 (0)81 836 56 56 . www.crestapalace.ch
 Elisabeth und Hanspeter Herren


Filz statt freier Markt

Wie korrekt ist Bundesbern bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen? Ein neuer Fall aus dem Finanzdepartement zeigt die subtilen Methoden, mit denen Firmen bevorzugt und unliebsame Konkurrenten ausgeschlossen werden – selbst wenn diese kostengünstiger offerieren. *Von Philipp Gut*



«Günstigstes Angebot»: Finanzministerin Widmer-Schlumpf.

«Praktisch vergeben»: EFD-Generalsekretär Gasser.

Das Projekt trägt die Identifikationsnummer 76 700 und die Meldungsnummer 683 813. Im Auftrag des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) schrieb das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) am 13. September 2011 neue Zeiterfassungsgeräte aus – eine Art elektronischer Stempeluhren, welche die Präsenzzeiten der Beamten registrieren. Dazu gehören zwei Elemente: sogenannte Terminals, die an der Wand hängen, und Badges, mit denen sich die Beamten beim Kommen und Gehen an- oder abmelden. Konkret umfasste die Ausschreibung 155 Terminals und 11 000 Badges für das Finanzdepartement allein sowie – als «Option» – 210 Terminals und 13 000 Badges für das EDF und das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) zusammen.

Zu den Anbietern zählte die Firma Zeit AG mit rund sechzig Mitarbeitern und Sitz im luzernischen Sursee. Das Unternehmen ist auf

die elektronische Zeiterfassung spezialisiert und gehört zu den Pionieren auf diesem Gebiet. Verschiedentlich konnte es in den letzten Jahren auch den Bund beliefern.

Zuschlag für 40 Prozent teurere Offerte

Fristgerecht reichte die Zeit AG am 24. Oktober 2011 eine Offerte im Gesamtpreis von 827 120 Franken (inklusive Option) ein. Den Zuschlag erhielt gemäss Publikation vom 3. Januar ein Konkurrent und Mitbewerber, die Kaba AG aus dem zürcherischen Rümlang. Die Offerte der Kaba, einer internationalen Gruppe mit rund 8000 Mitarbeitern, war deutlich teurer als diejenige der Zeit AG. Mit 1 139 300 Franken lag sie um fast 40 Prozent über dem Angebot des KMU-Betriebs aus Sursee. Dennoch entschied sich das Finanzdepartement unter Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) und Generalsekretär Jörg

Gasser für die teurere Variante. Zur Begründung des Zuschlagsentscheids schrieb der Bund: «Beste Erfüllung der gestellten Anforderungen gemäss Ausschreibungsunterlagen und wirtschaftlich günstigstes Angebot.»

Ist dem wirklich so? Wie kommt das Finanzdepartement dazu, eine Offerte, die gegen 40 Prozent über derjenigen eines Konkurrenz-anbieters liegt, als kostengünstigste Variante zu bezeichnen? Diese Frage stellte sich auch die Zeit AG. Beim Bundesverwaltungsgericht legte das KMU Beschwerde gegen das Finanzdepartement und dessen Generalsekretariat ein – mit Datum vom 23. Januar dieses Jahres. Die Beschwerdeführerin sei überzeugt, heisst es darin, «dass mit dem Zuschlag nicht das wirtschaftlich günstigste Angebot berücksichtigt worden ist». Das Angebot der Zeit AG sei demjenigen des bevorzugten Konkurrenten Kaba «in der Gesamtheit der Kriterien min-

destens gleichwertig». Dass der Zuschlag «trotz weit höherem Preis» an die Kaba AG ging, so heisst es in der Beschwerde weiter, sei «praktisch vorgegeben» gewesen.

Ein happiger Vorwurf, denn das hiesse: Der Wettbewerb spielte nicht, das Finanzdepartement führte eine Alibi-Ausschreibung durch und vergab den Auftrag an eine bevorzugte Firma, die als Gewinnerin schon von vornherein feststand. Filz statt freier Markt; Absprachen und Beziehungen wären in diesem Fall wichtiger als Leistungen und Preise.

Entscheidende Einschränkung

Um die Stichhaltigkeit dieser Vorwürfe zu prüfen, muss man etwas ausholen und die Vorgeschichte kennen. Am 24. September 2007 beschloss der Informatikrat des Bundes (IRB) – das Organ bestimmt die strategische Ausrichtung der Informations- und Kommunikationstechnologien in der Berner Verwaltung –, dass künftig im Bereich der Zeitbewirtschaftung nur noch das Softwareprodukt SAP der gleichnamigen Grossunternehmung mit Sitz im baden-württembergischen Walldorf als Standard verwendet werden dürfe.

Der Entscheid zugunsten von SAP hat Folgen auch für den aktuellen Beschaffungsfall im Finanzdepartement: Um die Terminals an SAP anzuschliessen, braucht es ein Bindeglied, eine sogenannte Middleware. Diese Anbindung ist ein technisch einfacher Vorgang und erfolgt über eine Software, die mit SAP kompatibel ist. Dafür gibt es, je nach Produkt und Anbieter, verschiedene, grundsätzlich gleichwertige Lösungen.

In der Ausschreibung des Projekts 76 700 machte das Finanzdepartement nun aber eine weitere Einschränkung: Für die erwähnte Schnittstelle, so das EFD, würden «heute die Softwareprodukte <exos> der Firma Bridge sowie <besicomm> der Firma Besico AG eingesetzt, welche auch zukünftig für die Integration ins SAP genutzt werden sollen respektive die dazu notwendigen Dienstleistungen [...] erbringen werden». Damit wurde, über die erforderliche SAP-Anbindung hinaus, die Ausschreibung nochmals entscheidend verengt: Es waren nur noch zwei spezifische Produkte von zwei bestimmten Firmen zugelassen. Oder andersherum: Alle andern Produkte und Anbieter wurden faktisch ausgeschlossen.

Das sei rechtlich problematisch und widerspreche den Beschaffungsregeln des Bundes, fand die Zeit AG. Tatsächlich dürfen technische Spezifikationen nicht derart eng umschrieben werden, dass nur ein bestimmtes Produkt in Frage kommt und nur wenige Anbieter überhaupt offerieren können. In der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (VöB), Art. 16a Abs. 4, heisst es: «Verwendet sie [die Auftraggeberin] zur Leistungsbeschreibung Marken oder regionale oder nationale Qualitätsanforderungen, so hat sie darauf hinzu-

weisen, dass auch gleichwertige Leistungen angeboten werden können.» Es sei «vergaberechtswidrig, bestimmte Handelsmarken oder -namen, Patente, Urheberrechte sowie Anforderungen mit Bezug auf einen bestimmten Ursprung, eine Anbieterin oder eine Produzentin in der Leistungsbeschreibung zu nennen», hält auch der erläuternde Bericht zur Änderung der VöB vom 1. Januar 2010 fest.

Genau dies habe das Finanzdepartement getan, argumentiert die Zeit AG, indem es für die Kommunikationssoftware – ein im Gesamtauftrag völlig untergeordnetes Element, vergleichbar etwa einem Druckertreiber – nur zwei Produkte zweier namentlich genannter Firmen zugelassen habe.

Wie kam das EFD zu dieser Einschränkung? Die Antwort rührt an den Kern der Affäre. Die beiden erwähnten Unternehmen, die Besico AG und die Bridge AG, sind nicht irgendwer – sie sind eng mit der Kaba AG verflochten, die den Zuschlag für Projekt 76 700 erhielt. Die Besico AG ist aus der Benzing AG heraus entstanden, die wiederum – unter dem Namen Kaba Benzing AG – von der Kaba integriert wurde. Die intime Beziehung zu Kaba ist geradezu das Businessmodell der Besico AG, wie auf deren Homepage zu erkennen ist: «Kaba und Besico waren immer eng zusammenarbeitende Partner», heisst es. Und: «Wir vertrauen auf die hohe Qualität der Kaba Benzing Terminals und Kaba verlässt sich auf unser SAP-Schnittstellen-Wissen.» Auch wenn der Kunde «die Hardware direkt bei Kaba» kaufe, übernehme die Besico «das Projekt und auf Wunsch auch die Generalunternehmer-Verantwortung».

Ähnlich eng sind die Verbindungen zwischen Kaba und der Bridge Betriebsdaten AG. Das vom EFD vorgeschriebene Treiberprodukt «exos» heisst heute «Kaba exos» und ist eine Marke der Kaba AG. Bridge ist der Softwarepartner der Kaba und setzt deren Terminals ein. Kaba wiederum ist ein strategischer Partner von SAP – womit sich der Kreis schliesst.

Der Schluss drängt sich auf: Die Ausschreibung des Projekts 76 700 zielte von Anfang auf einen Anbieter ab – auf die Kaba AG. Nur sie konnte alle geforderten Spezifikationen erfüllen. Die Bedingung, als Verbindungssoftware die Produkte «exos» und «besicomm» der Kaba-nahen Firmen Bridge und Besico anzubieten, war auf Kaba zugeschnitten. Die listig verlangte Treibersoftware und das Gesamtpaket waren der Schlüssel, der Kaba den Zuschlag bescherte – und der die Konkurrenten ausschloss, unabhängig vom Preis ihres Angebots. Dieses Vorgehen, heisst es in der Beschwerde, lasse «sich weder unter technischen noch finanziellen Aspekten rechtfertigen» und widerspreche «den gesetzlichen Vorgaben – Wettbewerb, Wirtschaftlichkeit, Gleichbehandlung – in jeder Hinsicht».

Sahen das die Richter auch so? Nein. Das Bundesverwaltungsgericht beschäftigte sich

gar nicht erst mit dieser Argumentation. Es trat auf die Beschwerde nicht ein, mit einer Begründung, die indirekt als Bestätigung des Filzvorwurfs zu werten ist. Die Zeit AG, so befand das Gericht, habe zu spät Einspruch erhoben – sie hätte bereits die Ausschreibung angefochten müssen und nicht erst den Zuschlag.

Tatsache ist: Die Zeit AG fragte noch während der Dauer der Ausschreibung nach, ob tatsächlich zwingend die Softwareprodukte «exos» und «besicomm» zu verwenden seien. Andere Bewerber wollten dasselbe wissen. Antwort auf diese entscheidende Fragen erteilte das EFD indes erst zwei Tage nach Ablauf der Anfechtungsfrist für die Ausschreibung. Ein neuerlicher, schwer nachvollziehbarer Fauxpas, für den sich das Bundesamt für Bauten und Logistik per E-Mail ausdrücklich entschuldigte («Wir entschuldigen uns für das Versehen»).

Für diesen Fehler bestrafte das Bundesverwaltungsgericht nicht etwa den Bund, sondern letztlich die Zeit AG und die andern abgeblitzten Mitbewerber. Die Beschwerde erweise sich «als verspätet und damit verwirkt», befand das Gericht. Überdies sei «ohne weiteres» zu erkennen gewesen, «dass die Anbindung der neuen Terminals an SAP nach dem Willen der Vergabestelle ausschliesslich über «exos» und «besicomm» zu erfolgen hatte».

Schliesslich zog die unterlegene Partei das Urteil weiter ans Bundesgericht. Auch dieses trat, mit Entscheid vom 18. Mai 2012, aus formaljuristischen Gründen nicht auf die Beschwerde ein. Diese sei zu «einzelfallorientiert» und rufe nicht nach einer «höchstrichterlichen Klärung», so das Bundesgericht.

Trotz dieser Abweisung scheint die Affäre nicht ausgestanden zu sein. Bereits der erwähnte Entscheid aus dem Jahr 2007, SAP als Standard in der Verwaltung einzusetzen, hatte die Geschäftsprüfungskommission des Ständerats auf den Plan gerufen. Diese kam in ihrem Jahresbericht 2009 zum Schluss, das damalige Verfahren habe «nicht unerhebliche Mängel» aufgewiesen. In mehreren Briefen forderte die GPK das Finanzdepartement auf, «in Zukunft solche Vorfälle» zu vermeiden, sonst werde «die Gefahr einer erheblichen Abhängigkeit von einem Lieferanten im Informatikbereich» eines Tages «zu hoch». Die Warnungen sind offensichtlich verpufft; dieser Zustand ist längst eingetreten. Die Folgen haben nicht nur die ausgeschlossenen Unternehmen, sondern auch die Steuerzahler zu tragen: mit überteuerten Offerten, aber auch mit Prozesskosten. Im vorliegenden Fall griff das Finanzdepartement, obwohl es eigene Rechtsabteilungen und Juristen besitzt, auf die Kanzlei Walder Wyss & Partner in Zürich zurück (geschätzter Stundenansatz: 500 Franken).

Das Finanzdepartement bestreitet, Richtlinien verletzt zu haben. Von einer Bevorzugung der Kaba AG könne «keine Rede sein», schreibt das EFD der *Weltwoche*.

Frisch ist die Gotthard-Luft

Die Umweltverbände laufen Sturm gegen eine zweite Gotthardröhre. Tatsächlich leiden die Urner und Nordtessiner viel weniger unter dem Verkehr als die Bewohner des Mittellandes.

Von Christoph Landolt



Lautes Echo: Verkehrsministerin Leuthard.

Der Bundesrat will einen zweiten Strassentunnel durch den Gotthard. Dieser soll Autos und Lastwagen aufnehmen, während die bestehende Röhre zwecks Sanierung geschlossen wird. Ist diese dreijährige Phase vorbei, soll der Verkehr richtungsgetreunt geführt werden. Pro Tunnel eine Spur.

So weit, so bekannt. Doch der Gotthard wäre nicht der Gotthard, wenn auf den Vorschlag des Bundesrates kein lautes Echo zurückschallen würde. Positiv äusserten sich ACS und TCS, der Nutzfahrzeugverband Astag, die Wirtschaftsverbände und die Tessiner Regierung. Ansonsten waren die Reaktionen ablehnend. Die Urner Regierung («ein falsches Zeichen») ist ebenso dagegen wie die Passagiervereinigung Pro Bahn («Zwängerei») oder die Grüne Partei, die von einer «Katastrophe für die Schweiz» sprach. Der Verein Alpeninitiative trommelte für ein Manifest gegen eine zweite Röhre dreis-

sig Organisationen zusammen, darunter der Verkehrs-Club VCS, die Fachfrauen Umwelt, der Schweizer Vogelschutz und der Berner Verein «Läbige Stadt». Selbst die als wirtschaftsfreundlich geltende NZZ reihte sich in die Front der Tunnelgegner ein («Dambruch»). Den Beschwörungen von Verkehrsministerin Doris Leuthard (CVP), dass der zweite Tunnel keine Kapazitätserhöhung bedeuten werde, schlägt breites Misstrauen entgegen. Ihr Plan, die Beschränkung auf zwei Spuren per Gesetz festzuschreiben, wird als Finte betrachtet.

Die heftigen Reaktionen überraschen nicht. Am Gotthard wurden in den neunziger Jahren die grossen Schlachten um die Schweizer Verkehrspolitik ausgetragen, hier prallten die Interessen frontal zusammen: der Zug gegen das Auto, die Bergler gegen die Wirtschaft, die Urschweiz gegen die EU. Die Kapazitätserhöhung am Gotthard ist das grosse Tabu der



Leiserer Strassenverkehr am Gotthard.

Schweizer Verkehrspolitik, per Volksbegehren in die Verfassung gemeisselt (Alpen-Initiative). Im kollektiven Bewusstsein hat sich der Eindruck verfestigt, dass die verkehrsgeplagtesten Bürger des Landes an der Gotthardroute leben. Stimmt dieser Eindruck?

Der nüchterne Blick auf die Fakten lässt nur einen Schluss zu: Die Probleme am Gotthard werden überschätzt. Die Gotthardautobahn gehört zu den am schwächsten frequentierten Teilen der A2, sie wird von rund 17 000 Fahrzeugen pro Tag passiert. Zum Vergleich: Auf der A1 bei Wallisellen sind es 140 000 – achtmal mehr. Durch das Aathal bei Uster fahren täglich rund 30 000 Autos. Dennoch scheitert der Bau einer Autobahn im Zürcher Oberland immer wieder, unter anderem am Geld. Das Zürcher Dorf Weiningen muss pro Tag 110 000 Autos verkraften, die hier in den Gubriststunnel fahren. Ein 270 Meter langer Deckel ist bis-

her an den Kosten von rund 50 Millionen Franken gescheitert. «Es gibt im Mittelland sehr viele Ortsdurchfahrten und Überlandstrassen, die ähnlich viele Autos zu verkraften haben wie die Gotthardautobahn», meint ETH-Verkehrsexperte Ulrich Weidmann. Das wissen selbst die Urner: «Man spricht alle Tage vom Gotthard», sagt Karl Walker, Gemeindepräsident von Gurtellen. «Dabei gibt's in anderen Gegenden im Land wesentlich mehr Verkehr.»

Geringe Schadstoffbelastung

Ohne Zweifel wirkt sich der Verkehr negativ auf die Lebensqualität in den Alpentälern aus. Doch die Umweltbelastung, in den neunziger Jahren das Hauptargument der Strassengegner, geht zurück. Die Stickoxidemissionen des schweren Güterverkehrs auf der Gotthard- und der San-Bernardino-Route A13 haben sich zwischen 2000 und 2009 um mehr als die Hälfte reduziert. Dies haben Berechnungen des Bundesamts für Umwelt (Bafu) ergeben. Verantwortlich dafür ist der technische Fortschritt, der in der stark umkämpften Automobilindustrie mit so viel Vehemenz vorangetrieben wird wie in kaum einer anderen Branche. Anders als die schwach motorisierten Lastwagen, die in den achtziger Jahren die Gotthard-Rampen hochkeuchten, stossen moderne, mit Partikelfiltern ausgerüstete 40-Tönnner keine schwarze Russwolke mehr aus. Der Russrückgang ist mitverantwortlich dafür, dass die Feinstaubemissionen gemäss Bafu-Berechnungen zwischen 2000 und 2009 um über 70 Prozent zurückgegangen sind. Forscher des Paul-Scherrer-Instituts haben in Roveredo an der San-Bernardino-Route herausgefunden, dass Holzheizungen drei- bis viermal mehr Feinstaub als der Verkehr verursachen.

Andere Schadstoffe, die (teilweise) dem Strassenverkehr anzulasten sind, wirken sich nicht lokal aus. CO₂, das von modernen Fahrzeugen in immer tieferer Konzentration ausgestossen wird, wirkt sich auf den Urner Hüfigletscher allenfalls über Umwege über das Weltklima aus. Ohnehin können sich die Bewohner der Alpentäler nicht über besonders

viele Schadstoffe beklagen. Die Bafu-Daten zeigen: Ob Feinstaub, Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid oder Ozon – im Mittelland und im Südtessin liegen die Messwerte durchs Band höher als im Kanton Uri und in der Leventina. Die Gotthardregion gehört zu den Gegenden mit der saubersten Luft überhaupt.

Eisenbahnlärm stört mehr

Stärker als unter Schadstoffen leiden die Bewohner der Gotthardgegend unter dem Verkehrslärm. Die Topografie verstärkt diesen noch, steile Bergflanken führen zur Reflexion des Schalls. Doch auch der Lärm ist in der Gotthardregion weit weniger stark als in den dichter besiedelten Gegenden im Mittelland. Modellrechnungen des Bundesamts für Umwelt (siehe Grafik) zeigen, wo die Lärmbelastung wie stark ist. Entlang der Gotthardautobahn ist der Strassenlärm kaum stärker als im ver-

«Der Tag, an dem die Ambulanz im Stau steckenbleibt, kommt bestimmt.»

gleichbar engen Glarnerland – einer Art Sackgasse ohne bedeutenden Alpenübergang.

Wenn die Lärmbelastung am Gotthard insgesamt dennoch grösser ist, liegt dies am Schienenverkehr. Besonders belastend sind die alten (ausländischen) Güterzüge, die vor allem nachts verkehren. Auswertungen zwischen Erstfeld und Bellinzona haben gemäss Bafu ergeben, dass nachts rund 30 Prozent der Personen, die näher als einen Kilometer an der Bahnlinie leben, von Lärm betroffen sind, der über den Grenzwerten liegt. Dies betrifft 10 000 Personen. Zum Vergleich: Bei der Autobahn sind 10 Prozent betroffen, insgesamt 3000 Personen. Mit der Eröffnung des Gotthard-Basistunnels im Jahr 2017 verschwindet der Zug zwischen Erstfeld und Biasca unter der Erde, die Lärmbelastung wird schlagartig auf ein Minimum reduziert.

Bleibt der Stau. Er kann schlecht als unerwünschter Nebeneffekt des Strassenverkehrs

betrachtet werden, denn der Stau ist politisch gewollt. Für das normale Verkehrsaufkommen am Gotthard reichten zwei Spuren, erklärt ETH-Professor Ulrich Weidmann. In der Ferienzeit und bei Unfällen sei der Gotthardtunnel, wo sich die Autobahn jäh auf zwei Spuren verengt, allerdings zu knapp bemessen. Hätte es vier Spuren, sieht Weidmann «keinen Grund, warum es immer noch Stau geben sollte».

Für die Urner und Tessiner, die an den Stauwochenenden in der Ferienzeit steckenbleiben, ist der Stau ein Ärger, für das Gewerbe ein Unsicherheitsfaktor, für die Gegend insgesamt ein Standortnachteil. Am Gotthard-Südportal wurden im Jahr 2010 (neuere Zahlen sind nicht verfügbar) an 183 Tagen Staus registriert (plus 21 Prozent gegenüber 2009), am Nordportal an 141 Tagen (plus 47 Prozent). Ungleich stärker betroffen sind gemäss Bundesamt für Strassen die am stärksten beanspruchten Autobahnabschnitte im Mittelland. Die Umfahrung Lausanne war an 254 Tagen verstopft, der Abschnitt Bern–Kriegstetten an 268 Tagen. Im Grossraum Baregg wurde an 338 Tagen Stau registriert. Am schlimmsten ist die Situation auf der Nordumfahrung von Zürich bis nach Winterthur. Auf diesem Teil der A1 stand der Verkehr an nicht weniger als 344 Tagen.

Die Engpässe am Gotthard wären praktisch gratis zu beseitigen, wenn die zwei Tunnel vollumfänglich freigegeben würden. In den betroffenen Gemeinden jedenfalls wächst die Zustimmung. Im Mai 2011, als das Urner Stimmvolk letztmals über eine zweite Röhre abstimmen konnte, resultierte ein Nein. Im Urner Oberland aber, wo das Tal am engsten ist, fand die Vorlage eine Mehrheit (Göschenen: 62 Prozent). «Langsam wären viele froh, wenn es eine zweite Röhre gäbe», meint der Gemeindepräsident von Wassen, Marco Calcagni. Er hofft, dass der Individualverkehr auf der Kantonsstrasse dereinst wieder flüssig rollt. Bis jetzt habe man Glück gehabt, meint Calcagni. «Doch der Tag, an dem die Ambulanz im Stau steckenbleibt, kommt bestimmt.» ○

HOME ELECTRONICS MAGAZIN

Das Schweizer Test-, Trend- und Ratgeber-Magazin für Unterhaltungselektronik.

Mit einem 1-Jahres-Abo für 78 Franken erhalten Sie nicht nur 11 Ausgaben des führenden Schweizer Magazins für Unterhaltungselektronik bequem nach Hause zugeschickt, sondern auch während eines Jahres freien Zugang auf alle Inhalte unserer Website www.home-electronics.ch sowie einen Code für den Gratisdownload des Magazins vom App-Store auf Ihr iPad.

Bestellen Sie Ihr Abo per Mail an verlag@home-electronics.ch oder auf unserer Website www.home-electronics.ch.





«Privat ganz anders»: Zürcher SVP-Kreispräsident Fehr (l.), ausgeschlossenes Mitglied Müller.



Offenbar ahnungslos: Rickli (l.), Brunner, SVP.



«2500 Freunde»: SVP-Nationalrat Wobmann.

Brandstifter, Rassisten und Sadisten

Die SVP steht wegen rechtsextremer Entgleisungen von Lokalpolitikern am Pranger. Die Verwunderung der Partei über die Vorfälle ist gespielt – aber auch die Empörung ihrer politischen Gegner. Denn keine Partei ist gegen Spinner gefeit. *Von Lucien Scherrer*

In der SVP sind wieder einmal Chaostage angesagt. Schuld daran sind zwei bisher unbekannte Lokalpolitiker, die im Internet hemmungslos über Muslime und Asylbewerber herzogen. Alexander Müller, ein Schulpfleger aus der Stadt Zürich, ruinierte mit dem Satz «Vielleicht brauchen wir wieder eine Kristallnacht ... diesmal für Moscheen» seine politische und berufliche Karriere. Kaum hatte sich die SVP von Müller distanziert und ihn aus der Partei gedrängt, kam der nächste Fall ans Licht: Beat Mosimann, ein potenzieller Nationalratskandidat der SVP Solothurn, hatte auf Onlineportalen gefordert, Asylbewerber standrechtlich zu erschiessen, in Konzentrationslager zu stecken und hungern zu lassen. Mosimann hat sich freiwillig aus der Partei verabschiedet.

Ist die SVP ein Sammelbecken für Spinner geworden? Auf den ersten Blick ist es kein Zufall, dass die beiden verbalen Amokläufer in ihrem Schoss gediehen. Die SVP vermarktet sich seit Jahren erfolgreich als Partei des Tabubruchs, als Partei des Das-wird-man-doch-wohl-noch-sagen-Dürfens. Damit grenzt sie sich bewusst von der Konkurrenz aus CVP und FDP ab, die sich lieber in gewundene Erklärungen flüchtet, als Dinge beim Namen zu nennen. Verbale Provokationen werden gezielt eingesetzt, um dieses Image zu pflegen, etwa wenn der Zürcher SVP-Kantonsrat Clau-

dio Zanetti Araber als «Kameltreiber» verunglimpft oder wenn Christoph Mörgeli den ehemaligen Bundesrat Samuel Schmid mit einem «Blinddarm» vergleicht.

Das ist immer hart an der Grenze, doch es gibt eine Art rote Linie, die nie überschritten wird. Politprofis wie Mörgeli und Zanetti wissen genau, wie weit sie gehen dürfen. Die Müllers und Mosimanns dieser Welt wissen das nicht. Sie werfen Wörter wie «erschiessen» und «Kristallnacht» in die Runde und halten

Die SVP vermarktet sich seit Jahren als Partei des Das-wird-man-doch-wohl-noch-sagen-Dürfens.

das für eine geistreiche Provokation – und reagieren ganz verdattert, wenn ihnen die Partei die rote Karte zeigt statt applaudiert.

Die Präsidenten der betroffenen SVP-Sektionen versichern, dass man von den Ausfällen ihrer Mitglieder überrascht worden sei. «Ich habe Alexander Müller privat ganz anders erlebt», sagt Urs Fehr, Präsident der SVP Zürich 7/8, «solche Äusserungen hätte ich ihm niemals zugetraut.» Ähnliches ist von Hans Marti, Amteipräsident der SVP-Sektion Bucheggberg-Wasseramt zu hören, in der Beat Mosimann bis vor kurzem ein geschätztes

Mitglied war. Nein, Mosimann sei nicht durch rassistische Sprüche aufgefallen, versichert Marti: «Er war eher ein unauffälliger, ruhiger Typ.» Seine Facebook-Einträge habe er nie gesehen, denn er sei nicht auf Facebook. Zu Mosimanns Facebook-Freunden gehörten dagegen illustre SVP-Politiker wie Toni Brunner, Natalie Rickli und der Solothurner SVP-Nationalrat Walter Wobmann. Doch auch die wollen nichts gewusst haben. «Ich habe 2500 Freunde, da kann ich doch nicht sehen, was jeder schreibt», sagt Wobmann gegenüber der *Weltwoche*. Wie dem auch sei: Müllers und Mosimanns Äusserungen scheinen bei der Basis besser anzukommen, als den Parteioberen lieb ist. «Ich habe viele Mails bekommen», sagt Hans Marti, «und die grosse Mehrheit hat sich hinter Mosimann gestellt.» Viele hätten sich geärgert, dass man «so etwas» nicht mehr sagen dürfe.

Das zeigt, in welchem Dilemma die SVP steckt: Nachdem sie jahrelang die ungefilterte Meinungsäusserung gepredigt hat, muss sie ihre Mitglieder jetzt auf deren politische Korrektheit überprüfen, um ein weiteres PR-Desaster zu verhindern. «Ich habe veranlasst, dass alle Facebook-Konten unserer Mitglieder überprüft werden», sagt Hans Marti. Urs Fehr will zumindest Kandidaten für Behördenämter auf Twitter- und Facebook-Sünden ab-

klopfen. Die Überraschung der Parteioberen über die verbalen Amokläufe von Müller und Mosimann wirkt nur bedingt glaubwürdig. Denn es ist ihr sehr wohl bewusst, dass ein Teil ihrer Wählerschaft für rechtsextremes Gedankengut empfänglich ist. «Wir weisen auf wunde Punkte wie Sozialschmarotzerei, Scheininvalidität und Ausländerkriminalität hin», sagte SVP-Fraktionsführer This Jenny gegenüber *20 Minuten*, «das kann durchaus fremdenfeindliche Gruppen anziehen.»

Diese Leute, sagt Jenny, müsse man konsequent «ächt» und «rausschmeissen». Doch will man das wirklich? Schliesslich hat die SVP alle kleinen Parteien am rechten Rand – Republikaner, Autopartei (AP) und Schweizer Demokraten (SD) – in die Bedeutungslosigkeit gedrängt (SD) oder ganz aufgesogen (AP und Republikaner). Damit wurde sie zur einzigen Option für alle, die rechts aussen stehen und ihre Stimme nicht an eine Splitterpartei verschenken wollen. Das bescherte der SVP einen netten Stimmenzuwachs, aber eben auch ein erhöhtes Risiko, durch verbale Amokläufer blossgestellt zu werden.

Spinner mögen's neu und erfolgreich

Doch es wäre falsch, der SVP allein ein Spinner-Problem zuzuschreiben, wie das derzeit ihre politischen Gegner tun. Gerade die Linke, die sich als Hüterin der Demokratie und Bollwerk gegen Extremisten sieht, hatte schon ähnliche Probleme. Vor drei Jahren zündeten zwei junge Männer im Aarauer Zelgli-Quartier mehrere Nobelautos an. Einer der Brandstifter hatte 2007 auf der Liste der Jungsozialisten (Juso) für den Nationalrat kandidiert – zusammen mit dem heutigen SP-Nationalrat Cédric Wermuth. Dieser inszeniert sich derzeit gerade als Kämpfer wider die rechtsextreme Gefahr. Doch offensichtlich spielt hier ein Brandstifter den Biedermann. Die Jusos polemisieren ebenso hart an der Grenze gegen Banker und «Bonzen», wie die SVP gegen Ausländer. Könnte da eine verwirrte Seele nicht auf die Idee kommen, ein «Bonzen»-Auto abzufackeln? Als seine Brandstifter-Genossen verhaftet wurden, distanzierte sich Wermuth zwar sofort von ihnen. Massnahmen gegen Linksextreme forderte er jedoch keine. Genauso reagiert die Linke jeweils, wenn der Schwarze Block am 1. Mai randaliert: Sie leiert ein Betroffenenlamento herunter, und die Sache ist erledigt.

Doch es sind nicht nur die linken und rechten Polparteien, die schräge Vögel anziehen. Neue und erfolgreiche Parteien, egal welcher Couleur, sind generell attraktiv für unberechenbaren Flugsand. Das mussten auch die beiden jüngsten Parteien der Schweiz, die Grünliberale Partei (GLP) und die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) erfahren. Die GLP sah sich gezwungen, den Opfiker Gemeindepräsidenten Urs Wagner aus der Partei zu werfen: Er



Und die Sache ist erledigt: SP-Politiker Wermuth.

hatte an einer 1.-August-Rede verkündet, dass die Ansiedlung von Schwarzen in der Schweiz verhindert werden müsse.

Die BDP musste in diesem Frühling erfahren, dass ihre Sektion Embrachertal von zwei bekennenden Sadisten gegründet worden war. Einer von ihnen, Hans-Ulrich R., ist ein verurteilter Mörder, der 1988 eine Frau erschossen und anschliessend geschändet hatte. Kürzlich ist er vom Bezirksgericht Winterthur zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er die Exfrau und die Tochter seines Sadisten- und Parteikollegen im Internet zur Folterung und Schlachtung ausgeschrieben hatte (*Weltwoche* Nr. 20/12). «Hätten wir gewusst, dass er vorbestraft ist, hätten wir ihn sicher nicht aufgenommen», sagte der Zürcher BDP-Präsident Lothar Ziörjen gegenüber dem *Blick*, als die Sache aufflog. R. sei in der «Startphase» der Partei aufgenommen worden, «ohne Kontrol-

Neue und erfolgreiche Parteien sind generell attraktiv für unberechenbaren Flugsand.

le eines Leumundszeugnisses». Als ob jedes Mitglied auf Herz und Nieren geprüft würde.

Genau das ist das Problem: Die Parteien sind heute froh um jedes Mitglied – besonders wenn sich dieses Mitglied wie «Pogrom»-Twitterer Alexander Müller bereit erklärt, ein unattraktives Behördenamt zu übernehmen. «Es ist extrem schwierig, geeignete Kandidaten für die Schulpflege zu finden», sagt SVP-Lokalpolitiker Urs Fehr. Da scheint die Versuchung gross zu sein, nicht immer genau hinzuschauen. Im Zeitalter von Twitter und Facebook kann sich das jedoch schnell rächen.

Twitter-Affäre

Überflüssig

«Kristallnacht»-Tweet zeigt: Der Antirassismus-Artikel ist unnötig. Von Philipp Gut

Die Twitter-Affäre um den Zürcher SVP-Schulpfleger Alexander Müller hat eine etwas in den Hintergrund geratene Gesetzesbestimmung zurück ins mediale Scheinwerferlicht geholt: die Antirassismus-Strafnorm. Die Jungen Grünen der Stadt Zürich haben angekündigt, Anzeige gegen den «Kristallnacht»-Twitterer zu erstatten und hoffen, dass der Lokalpolitiker, den vor der Affäre nicht einmal *Züri-Insider* kannten, juristisch belangt und bestraft wird.

Der Fall wird als Beispiel dafür angeführt, wie wichtig und nötig der Antirassismus-Artikel sei. Der islamfeindlichen und «rassistischen» Hetze, so die Jungen Grünen, müsse mittels Strafrecht ein Riegel geschoben werden.

Tatsächlich? Zeigt der Fall wirklich, dass es die Rassismus-Strafnorm braucht?

Auf Radio 105 sagte der Präsident der Jungen Grünen, rassistische Aussagen wie diejenige Müllers spalteten «die Gesellschaft». Deshalb sei dagegen auch mit strafrechtlichen Mitteln vorzugehen.

In Tat und Wahrheit zeigt der Fall etwas ganz anderes. Von einer «gespaltenen Gesellschaft» kann keine Rede, im Gegenteil: Selten zuvor reagierte «die Gesellschaft» so einig und so geschlossen und so schnell. Den gedankenlosen Zwitscherer traf die totale Ächtung. Im Nu hatte er alles verloren: sein Amt, seinen Job, seine Parteimitgliedschaft. Wie auf ein unsichtbares Zeichen hin wurde der Unselige in die Schandecke gestellt. Die Medien taten ein übriges und machten den bis dato Unbekannten sozusagen in Echtzeit zum Buhmann der Nation.

Der Fall illustriert demnach, dass hier ein Maximum an gesellschaftlichem Konsens besteht. Zustimmung: null, Abneigung: total. Das ist die Bilanz der Affäre. Mit andern Worten: Es lässt sich kaum ein Gebiet denken, auf dem die Öffentlichkeit derart einhellig reagieren würde. Rassismus hat in der Schweiz nicht den Hauch einer Chance. Rassisten sind gesellschaftlich tot, bevor sie ihre Dummheiten richtig ausgesprochen haben. Doch Dummheit ist nicht strafbar. Das Antirassismus-Gesetz ist überflüssig.

Was Sie über Twitter wissen müssen: Seite 48

Die Zehn-Millionen-Schweiz

Die Schweiz steuert auf eine Zehn-Millionen-Gesellschaft zu. Der Preis dafür wird hoch sein – wie immer man die gewaltigen Probleme in der Raumplanung und der Verkehrspolitik auch angehen wird. Trotzdem gibt es kaum Widerstand. *Von Lucien Scherrer*

Stossstange an Stossstange gleiten die Autos auf der sechsspurigen Autobahn A1 Richtung Bern. Während der Hybridmotor summt und der Autopilot das Lenkrad bewegt, zieht hinter dem Fenster das Mittelland vorbei: die Geschäftsviertel des Grossraums Limmattal, die Muster-siedlung «Leben und Arbeiten» im Birrfeld. Wenige Minuten später blinkt der 140 Meter hohe «Aarau Tower» in der Morgensonne, und in der Ferne steigt Rauch aus dem Gaskombikraftwerk Egerkingen auf. In diesem Moment rast der (notorisch störungsanfällige) Hochleistungszug «Moritz Leuenberger» an der Autobahn vorbei, voll besetzt mit Pendlern. In deren digitalen Zeitungen steht: «Wahnsinn! Die Schweiz hat zehn Millionen Einwohner!»

So könnte ein Tag im Jahr 2035 beginnen, sofern die Zukunftsprognosen der Gegenwart in Erfüllung gehen. Die Schweiz ist von zehn Millionen Menschen bevölkert, die in hochverdichteten Ballungsräumen des Mittellandes leben, in intelligenten Autos auf überlasteten Strassen zur Arbeit fahren und das Energieproblem vor sich herschieben.

Noch vor zehn Jahren prophezeite das Bundesamt für Statistik (BFS), dass die Schweiz im Jahr 2030 mit 7,4 Millionen Einwohnern den bevölkerungsmässigen Höhepunkt erreichen und danach schrumpfen werde. Das scheint heute lächerlich: Nach guten Wirtschaftsjahren und acht Jahren Personenfreizügigkeit mit der EU leben bereits heute 7,8 Millionen Menschen in der Schweiz, jährlich kommen 50 000 bis 100 000 hinzu. So hat das BFS seine Prognosen drastisch nach oben korrigiert: Eine vorsichtige Schätzung rechnet mit 8,7, eine grosszügige mit 9,5 Millionen Einwohnern im Jahr 2030. Das «Szenario hoch» ist laut BFS gar nicht abwegig: «Geht man davon aus, dass die Schweiz ein attraktives Einwanderungsland bleiben wird, ist nicht auszuschliessen, dass sich die Entwicklung langfristig eher am «Szenario hoch» orientieren könnte.»

Mit ähnlichen Zahlen jongliert die Economic-Research-Abteilung der Credit Suisse: neun Millionen 2020, zehn Millionen 2040. «Die Schweiz wird weiter an Attraktivität gewinnen», sagt CS-Analystin Sara Carnazzi Weber, «auch vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in Europa.» Sprich: Tiefe Steuern, tiefe Verschuldung und Stabilität werden in Zukunft noch stärker als Magnete wirken.

Die Vision einer Zehn-Millionen-Schweiz ist nicht neu. Bereits in den fortschrittsgläubigen



Grosse bauliche Würfe sind unrealistisch: Zersiedelung in Visp.

sechziger Jahren prophezeiten Futurologen wie der ehemalige St. Galler Professor Francesco Kneschaurek – auch «der Mann mit den verrückten Zahlen» genannt –, dass die Schweizer Bevölkerung bis 2000 auf acht und später auf bis zu zehn Millionen anwachsen könnte. Dafür wurden die Propheten nach der Öl- und Wirtschaftskrise der siebziger Jahre verlacht. Heute lacht niemand mehr. Die Schweiz ist seit 1950 prozentual gleich stark gewachsen wie die Bundesrepublik Deutschland – mit dem kleinen Unterschied, dass die BRD 1990 fast siebzehn Millionen DDR-Bürger aufnahm, die ein eigenes Territorium mitbrachten (siehe Grafik). Die Folgen des Wachstums sind unübersehbar: überfüllte Züge, verstopfte Strassen, Wohnungsmangel, Zersiedlung. Da stellt sich die Frage: Wie soll das bloss mit zehn Millionen funktionieren? Und: Wollen wir das wirklich?

Neue Metropole im Wallis?

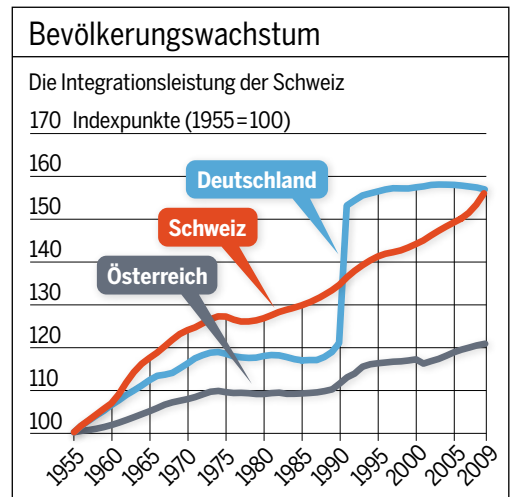
«Das Schlüsselproblem ist der Siedlungsdruck», sagt Daniel Müller-Jentsch. «Wenn der nicht vernünftig kanalisiert wird, bezahlen wir für das Wachstum einen hohen Preis.» Der Deutsche sitzt in der Kaffeestube des Think-Thanks Avenir Suisse im Zürcher Industriequartier. Hier grübeln Ökonomen darüber, wie die Probleme der Zukunft gelöst werden sollen. Das Fenster gibt den Blick frei auf den Siedlungsbrei des Hänggerbergs, Einfamilien- und Mehrfamilienhäuschen aus verschiedenen Epochen. So könnte in zwanzig bis dreissig Jahren das ganze Mittelland aussehen, vom Boden- bis zum Genfersee – wenn alles schief läuft. Müller-Jentsch zeigt eine Landkarte, in der das Gebiet als brauner Flickenteppich erscheint. Weiss, also unverbaut, wären dann nur noch die Alpen.

Damit es nicht so weit kommt, müssen die zwei Millionen «Neuen» nach Ansicht von Avenir Suisse in den Ballungsräumen Basel, Bern, Zürich, Lausanne/Genf und Lugano angesiedelt werden. Dazu brauche es eine griffige Raumplanung, die auf eine Verschiebung der Bauzonenreserven von den Randregionen zu den Zentren ziele. In diese Richtung geht das neue Raumplanungsgesetz (RPG), welches das Parlament kürzlich abgesegnet hat: Es nimmt die Gemeinden stärker an die Kandare, überdimensionierte Bauzonen sollen zurückgezogen werden. Sehr zum Ärger des Gewerbeverbandes und einzelner Kantone wie des Wallis, die mit dem Referendum drohen. Das Wallis hat bislang auf Teufel komm raus eingezogen und verfügt heute über Reserven für fünfzig Jahre. Wird das alles überbaut, wird die Schweiz 2040 einen neuen Metropolitanraum namens «Espace urbain valaisan» haben.

Sicher ist: Das Unbehagen über das Siedlungswachstum ist bereits heute gross, und zwar nicht nur bei Öko-Fundis. Das hat das Ja zur Zweitwohnungs-Initiative gezeigt. Die

bürgerlichen Parteien haben das Thema ignoriert, aus Rücksicht auf ihre Klientel in Landwirtschaft und Gewerbe, die vom Laisser-faire profitiert. Damit haben sie radikalen Forderungen Vorschub geleistet. Doch auch das neue Raumplanungsgesetz wird die Zersiedlung nicht stoppen. Denn auf den heute vorhandenen Bauzonenreserven liessen sich locker zwei Millionen neue Einwohner unterbringen. Deshalb, so predigen die Raumplaner, müsse in den Zentren verdichtet werden. Verdichtung heisst: abreissen, Mammut-siedlungen und Hochhäuser bauen. Das Problem ist: Für Verdichtung sind alle, solange nicht vor der eigenen Haustüre geklotzt wird. Dann wird rekuriert, wegen Schattenschwurfs, mangelhafter Einordnung des Projekts in die Umgebung oder Mehrverkehrs. Es findet sich immer ein Vorwand. So scheint es unrealistisch, dass grosse Würfe ohne eine Lockerung des Baurechts möglich sein werden.

Dank radikaler Verdichtung wäre es theoretisch möglich, allein im Grossraum Zürich zehn Millionen Menschen anzusiedeln. «In



Zunahme wie in Deutschland trotz DDR: Schweiz.

Berlin oder Schanghai gibt es eine ganz andere Realität der Verdichtung», sagt Köbi Gantenbein, «und die Leute dort sind auch zufrieden.» Der Chefredaktor der Architekturzeitschrift *Hochparterre* stellt aber fest, dass in Zürich oder Basel in den letzten zwanzig Jahren viel in Sachen Verdichtung gelaufen ist, was früher als Ketzerei verdammt worden wäre. Das stimmt ihn zuversichtlich: «Wenn es gelingt, den Wohnflächenverbrauch pro Kopf auf 40 Quadratmeter zu senken, muss niemand Angst haben vor der Zehn-Millionen-Schweiz.»

Ob das mit den 40 Quadratmetern so einfach wird, ist fraglich: Die Menschen beanspruchen immer mehr Wohnfläche. Der Pro-Kopf-Bedarf ist seit den fünfziger Jahren von 25 auf rund 50 Quadratmeter gestiegen; in reichen Gemeinden sind es bis zu 90 Quadratmeter. Wenn die Ansprüche in Zukunft nicht abnehmen, verpufft der Effekt der Verdichtung. Ge-

bremst werden könnte die Entwicklung erst, wenn die Preise massiv steigen. In den Städten wird das zweifellos der Fall sein. «Die wachsenden Verkehrsprobleme werden zu einer steigenden Nachfrage nach zentralen Wohnlagen führen», sagt CS-Analysikerin Sara Carrazzi Weber, «die Mieten werden teurer.»

Pendeln soll teurer werden

Die zweite grosse Baustelle der Zehn-Millionen-Schweiz wird die Infrastruktur sein. Fragt man bei Experten nach, was da auf uns zukommt, hört man Ausrufe wie «Kollaps!» und «gigantisch!». Der Bundesrat rechnet damit, dass der Verkehr auf der Strasse bis 2030 um weitere 20, auf der Schiene gar um 50 Prozent zunehmen wird, wie er in seinem «Bericht zur Zukunft der nationalen Infrastrukturnetze» schreibt. Und das ist eine vorsichtige Schätzung. Aufgefangen werden soll der Zuwachs allein durch eine intelligentere Nutzung und einen Ausbau der bestehenden Netze; neue Hochgeschwindigkeitsstrecken für die Bahn oder Autobahnen sind nicht geplant. Für Pflege und Ausbau der Netze veranschlagt der Bund bis 2030 über 150 Milliarden Franken. Und alle wollen mehr: Die Autofahrer eine zweite Gotthardröhre, die Bähnler 6 Milliarden Franken für den Ausbau der Infrastruktur.

«Es herrscht eine ausgesprochene Konsumentenhaltung», sagt Daniel Müller-Jentsch. Für ihn ist klar: So kann es nicht weitergehen. Bei zehn Millionen Einwohnern kollabiere das heutige Verkehrssystem, ein Ausbau sei nur begrenzt möglich und enorm teuer. Deshalb plädiert Avenir Suisse dafür, die Mobilität zu verteuern und falsche Anreize zu unterbinden. So weist der öffentliche Verkehr heute eine Kostendeckung von unter 50 Prozent auf. Bahnfahrer werden jährlich mit etwa 8 Milliarden Franken subventioniert. Dass die Billette zu günstig sind, hat nicht nur zu überfüllten Zügen, sondern auch zu Agglo-Wachstum und Zersiedlung geführt. Ohne Subventionen würde ein Ticket für die Strecke Bern–Zürich über 100 statt 25 Franken kosten, 2. Klasse mit Halbtax. Pendeln würde zum Luxus.

Auch die Strasse sollte nach Meinung von Avenir Suisse teurer werden, um den Kollaps zu verhindern: Statt über Vignetten und Treibstoffabgaben sollen die Autofahrer über Mobility Pricing – distanzabhängige Gebühren, Städte- und Tunnelmauten – zur Kasse gebeten werden. Heute scheint es unmöglich, dass sich das jemals durchsetzen lässt. Autofahrer und Transporteure werden schon heute zugunsten des öffentlichen Verkehrs geschröpft, und für die Autolobby ist Mobility Pricing ein rotes Tuch. Aufjaulen werden auch ÖV-Anhänger wie der VCS, die am liebsten noch weniger fürs Bahnfahren bezahlen würden. «Erst wenn der Leidensdruck zu gross wird», meint Müller-Jentsch, «wird der Widerstand bröckeln.»



Avenir-Suisse-Mann Müller Jentsch.



Überfüllte Züge wegen «falscher Anreize».

Das Energieproblem scheint dagegen sekundär: Energie kann im Gegensatz zu Boden und Infrastruktur importiert werden. Urs Näf, Energieexperte des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse, geht davon aus, dass der Stromverbrauch linear zum Bruttoinlandprodukt wachsen wird, da vor allem gutausgebildete Arbeitskräfte einwandern dürften. Dass die Zehn-Millionen-Schweiz eine 2000-Watt-Gesellschaft sein wird, bezweifelt er: «Das wird vielleicht in 100 bis 150 Jahren realistisch.»

«Wir sind ja nicht in Kambodscha»

Ob die Schweiz künftig von Asketen bevölkert sein wird, ist tatsächlich fraglich. Und wie man dem Wachstum auch begegnen will, die Folgen sind in jedem Fall nicht sonderlich attraktiv: entweder mehr staatliche Zwänge, Eingriffe ins Privateigentum und höhere Abgaben oder explodierende Preise und endgültige Zubetonierung der Landschaft. Kein Wunder, packt viele das Grauen, wenn sie das Wort Zehn-Millionen-Schweiz hören. Zu ihnen gehört der Winterthurer Benno Büeler: «Um für all diese Leute Wohnraum zu generieren, müsste zwanzig Mal eine Stadt von der Grösse Winterthurs aus dem Boden gestampft werden», sagt das Vorstandsmitglied der As-

sociation Ecologie et Population (Ecopop). An eine raumplanerische Wende glaubt Büeler nicht: «Das Siedlungsgebiet und die Infrastruktur werden weiter wachsen, auf Kosten der Natur.»

Ecopop verlangt deshalb mit der Initiative «Stopp der Überbevölkerung», dass das jährliche Bevölkerungswachstum auf 0,2 Prozent der Gesamtbevölkerung beschränkt wird. So hätte die Nettoeinwanderung im letzten Jahr nicht 78 000, sondern nur 16 000 betragen dürfen. Alles andere ist in den Augen von Ecopop Flickwerk. «Man kann zwar versuchen, den ökologischen Fussabdruck pro Person zu verkleinern», sagt Benno Büeler, «aber die Wirkung bleibt immer beschränkt – schliesslich können wir die Leute nicht in die Armut zwingen, wie das die Roten Khmer in Kambodscha getan haben.»

Die Ecopop-Initiative ist seit der Schwarzenbach-Initiative der Nationalen Aktion gegen Überfremdung (NA), die 1970 eine Beschränkung des Ausländerbestandes verlangte, der radikalste Versuch, die Bevölkerungsentwicklung zu steuern. Die NA argumentierte damals mit der Gefahr der Überfremdung, führte aber auch grüne Argumente ins Feld. Die Gleichung «Je mehr Ausländer, desto mehr Umweltzerstörung» wird noch heute von den Schweizer Demokraten (SD), der Nachfolgepartei der NA, vertreten. Die SD haben eine ähnliche Initiative am Laufen: «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung». Diese will den Wanderungssaldo stabil halten und im Gegensatz zu Ecopop gar kein Wachstum mehr zulassen. Für den Verein Ecopop, in dem sich ETH-Professoren, Bürgerliche, Sozialdemokraten und Grüne tummeln, ist das Gift: Er wird wegen angeblicher Nähe zum SD-Gedankengut von den meisten Medien in die rechte Schmutzdecke gestellt. «Dabei sind wir im Gegensatz zu NA und SD nicht gegen Ausländer», versichert Benno Büeler, selber ein Ex-Grüner, «uns geht es um das Wohl aller Menschen in diesem Land.»

Die Unterschriftensammlung läuft in beiden Fällen harzig: Ecopop hat laut Benno Büeler erst 60 000 von 100 000 Unterschriften beisammen; die Frist läuft im November ab. Die SD wollen keine Auskunft geben, liessen aber kürzlich gegenüber dem *Tages-Anzeiger* verlauten, dass die Initiative «möglicherweise» zustande komme. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass beide Begehren keine Chance haben werden. Denn sie kratzen an linken wie an rechten Dogmen: offene Grenzen, Personenfreizügigkeit, Wachstum. Im Fall einer Annahme müssten die bilateralen Verträge mit der EU gekündigt werden, und die Wirtschaft könnte nicht mehr nach Belieben Arbeitskräfte anwerben. Steuererhöhungen würden drohen, und die Löcher in der AHV könnten nicht einfach mit dem Zuzug neuer Beitragszahler gestopft werden. Da findet sich für jede Partei ein Preis, den sie nicht bezahlen will. Die Grünen etwa pre-

digen, dass es nicht auf die Zahl der Menschen in einem Land ankomme – sondern darauf, wie ökologisch diese lebten. Sprich: Wenn sich alle mit zwanzig Quadratmeter Wohnfläche und einem Velo begnügen, können es auch zehn Millionen Einwohner lustig haben.

SP, CVP und FDP wollen die Bilateralen nicht antasten. Allein schon deshalb kommen für sie starre Quoten nicht in Frage. «Das Problem ist die jährliche Zuwanderung von über 40 000 Menschen aus Drittstaaten», sagt FDP-Präsident Philipp Müller, «da müssen wir ansetzen.» Müller, der einst eine Ausländerquote von 18 Prozent propagierte, leidet aber bereits heute unter Dichtestress: «Ich bin gerade in einem völlig überfüllten Zug, viele können nur stehen», poltert er, als ihn die *Weltwoche* anruft, «bei zehn Millionen wandere ich aus!»

Und die SVP? Sie will die Bilateralen «nachverhandeln» und verlangt mit ihrer Initiative «Gegen Masseneinwanderung», dass die Zahl der Immigranten kontingentiert wird. Eine Obergrenze legt das Begehren aber nicht fest, denn diese soll sich nach den «gesamtwirtschaftlichen Interessen» ausrichten. Da die Bedürfnisse der Wirtschaft kaum abnehmen werden, dürfte der Effekt der Initiative auf das Bevölkerungswachstum gering sein. Denn so sehr die SVP über Einwanderer wettet, gegen

«Die Schweiz gleicht einem Bodybuilder, der immer mehr Anabolika schluckt.»

den Zuzug von Firmen und Belegschaften hat sie nichts, denn das hält die Steuern tief. Dafür nimmt sie auch die Zubetonierung ihrer geliebten Heimat in Kauf.

Die Politik drückt sich davor, über die Folgen des Bevölkerungswachstums zu diskutieren. Die Gefahr, sich die Finger zu verbrennen, ist gross. Dabei denken heute auch liberale Geister – etwa der Freiburger Professor Reiner Eichenberger – laut darüber nach, ob es wirklich dem Wohl der Allgemeinheit dient, wenn immer mehr Firmen und Arbeitskräfte ins Land ziehen. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf ist zwischen 1994 und 2009 um 0,9 Prozent gewachsen; weit geringer als etwa in Österreich (1,7%), das ein viel tieferes Bevölkerungswachstum aufweist. Zudem stellt sich die Frage, ob es klug ist, die AHV durch eine Art Schneeballsystem – den Zuzug von immer mehr Beitragszahlern, die irgendwann ebenfalls eine Rente wollen – zu retten. Und: Ist es wirklich nötig, dass die Schweiz im Ausland ein aggressives Standortmarketing betreibt? «Wir sollten darüber nachdenken, wie attraktiv wir sein wollen», sagt Daniel Müller-Jentsch. «Die Schweiz gleicht einem Bodybuilder, der immer mehr Anabolika schluckt, um noch attraktiver zu werden – bis er eines Tages merkt, dass er wegen seiner Muskeln kaum noch gehen kann.» ○



Essay

Einbürgerung durch die Justiz?

Neuerdings mischen sich die Gerichte in die Frage ein, wer Schweizer werden soll. Den Gemeindeversammlungen droht dadurch die Entmachtung.

Von Martin Schubarth

Wer entscheidet über eine ordentliche Einbürgerung, also über die Aufnahme ins Schweizer Bürgerrecht? Nach einem neuen Urteil des Bundesgerichtes (1D_6/2011 vom 12.6.2012) stellt sich die Frage, ob das Schweizer Bürgerrecht in Zukunft durch die Gerichte, letztinstanzlich also durch das Bundesgericht, erteilt werden wird. Damit würden Gemeindeversammlungen, die heute in einigen Kantonen für die Erteilung des Gemeindebürgerrechts zuständig sind, entmachtet und unter Kuratel der Justiz gestellt. Eine solche Entwicklung liegt durchaus auf der Linie, die das Bundesgericht vor neun Jahren durch einen juristischen Staatsstreich eingeleitet hat. Und sie entspricht, wenn man an die Diskussionen um die Einschränkung des Initiativrechtes oder den Ausbau der Verfassungsgerichtsbarkeit denkt, der Tendenz, traditionelle demokratische Institutionen abzubauen zugunsten von mehr Einfluss der Justiz.

Bei der Schaffung des Bundesstaates im Jahre 1848 stellte sich die Frage, wer von nun an Schweizer Bürger sein sollte. Denn zuvor, während des Staatenbunds von 1815, gab es kein Schweizer Bürgerrecht. Die Antwort darauf: Schweizer Bürger ist, wer das Bürgerrecht einer Gemeinde und das Bürgerrecht des Kantons besitzt. So noch heute Artikel 37 der Bundesverfassung. Am Anfang des Schweizer Bürgerrechts steht also das Gemeindebürgerrecht. Nach traditionellem Verständnis entscheidet demnach, sofern der Kanton nichts Abweichendes vorschreibt, die Gemeinde souverän über die Aufnahme ins Gemeindebürgerrecht, und sie bestimmt auch souverän darüber, ob die Gemeindeversammlung den Entscheid über ein Einbürgerungsgesuch trifft. Von Bundesrechts wegen gab es bisher keinen Anspruch auf ordentliche Einbürgerung.

Man kann sich fragen, ob diese Anbindung des Schweizer Bürgerrechts an das Bürgerrecht einer Gemeinde noch zeitgemäss ist, übrigens auch in Hinblick darauf, dass es noch heute Bürgergemeinden gibt, in denen die Aufnahme ins Bürgerrecht zugleich mit dem Recht verbunden ist, am Vermögen der Bürgergemeinde zu partizipieren. Doch sollten solche Fragen nach einer offen geführten Diskussion auf dem Wege der Verfassungsänderung durch den demokratischen Gesetzgeber beantwortet werden. Stattdessen hat das Bun-

desgericht 2003 im Entscheid Emmen in Verneinung der historischen Grundlagen unseres Verfassungssystems mit einem juristischen Staatsstreich das überkommene System des Einbürgerungsrechtes zertrümmert. Das eingangs erwähnte Urteil könnte einen weiteren Schritt in diese Richtung bilden, je nachdem, wie man in Zukunft seine teilweise sibyllinischen Aussagen versteht.

Das geltende Recht (Art.15 Abs.2 Bürgerrechtsgesetz, BüG) sieht im Einklang mit dem Verfassungsrecht vor, dass Einbürgerungs-



Schweizer oder nicht? Gemeindeversammlung.

gesuche den Stimmbürgern an einer Gemeindeversammlung zum Entscheid vorgelegt werden können. Soweit im Kanton diese Möglichkeit besteht, gibt es keinen Rechtsanspruch auf Einbürgerung; denn es macht offensichtlich keinen Sinn, dem Stimmbürger die Einbürgerungsfrage vorzulegen, wenn er dem Gesuch sowieso zustimmen muss.

Das Gesetz sieht zwar seit 2009 vor, dass die Ablehnung eines Gesuches nur zulässig ist, wenn ein entsprechender Antrag gestellt und begründet wurde, und dass die Ablehnung eines Gesuches zu begründen ist (Art.15b BüG). Damit hat das Gesetz eine psycholo-

gische Schranke gegen hinterhältige Heckenschützen eingebaut. Mehr nicht. Es hat insbesondere keinen Rechtsanspruch auf Einbürgerung geschaffen, was nach geltender Verfassung auch nicht möglich wäre.

Im Ausland verkauftes Bürgerrecht

Anders offenbar das Bundesgericht, das der Sache nach die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit, eine Gemeindeversammlung über die Einbürgerung entscheiden zu lassen, auszuhebeln scheint, indem es ihr weitgehend vorschreibt, wie sie zu entscheiden habe, und dies mit einer ebenso kühnen wie problematischen Begründung. Die ordentliche Einbürgerung setzt nämlich eine Bewilligung des Bundes voraus (Art.12 ff.BüG). Dies hat historische Gründe: Es soll sichergestellt werden, dass nicht, wie früher üblich, sich jemand ohne weiteres in ein Kantons- und Gemeindebürgerrecht einkauft. Bis zur Verfassung von 1874 kommerzialisierten nämlich viele Kantone und Gemeinden ihr Bürgerrecht; sie liessen es sogar von Agenten im Ausland verkaufen! Als Gegensteuer zu derartigen Praktiken wurden bundesrechtliche Minimalvorschriften geschaffen als erste Voraussetzung für eine Einbürgerung. Das Bundesgericht scheint jedoch tendenziell aus der Bundesbewilligung herzuleiten, dass der Gemeindeversammlung die Hände weitgehend gebunden sind. Es beruft sich dabei auch auf den Vorrang des Bundesrechtes. Allein: Es geht darum, ob die Bundesbewilligung den Entscheid der Gemeindeversammlung überhaupt präjudizieren kann. Die Bejahung dieser Frage lässt sich nicht auf den Vorrang des Bundesrechtes stützen.

Im Ergebnis des konkreten Falles gibt das Bundesgericht allerdings der Gemeindeversammlung recht. Damit relativiert es etwas seine Annahme einer weitgehenden Bindung an die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung. Die Gemeindeversammlung durfte die hinreichende Integration des Einbürgerungskandidaten verneinen. Das bedeutet: Die Gemeindeversammlung darf, gestützt auf ihre genaueren Kenntnisse der Lebensumstände des Gesuchstellers, zu einem anderen Schluss kommen als die Bundesbehörden.

Martin Schubarth ist ehemaliger Bundesrichter.
www.martinschubarth.ch



Ein Dollar pro Jahr: Citigroup-Chef Pandit.



Handtuch geworfen: Ex-Aviva-CEO Moss.



Revolte: Ex-Astra-Zeneca-CEO Brennan.



Nachhilfe in Investition: WPP-Chef Sorrell.



Bindung: Novartis-Präsident Vasella.



Bleibe-Prämie: Chesapeake-CEO McClendon.

Noch mehr Millionen für die Manager

Die «Abzocker»-Initiative des Schaffhauser Ständerats Thomas Minder will die Rechte der Aktionäre stärken und die Managersaläre senken. Neue Studien aus den USA zeigen: Trotz mehr Mitsprache der Aktionäre steigen die Managerlöhne. Forcierter Lohndruck kann den Firmen schaden. *Von Florian Schwab*

Es war der bislang deutlichste Warnschuss von Aktionären einer grossen Schweizer Firma an ihren Verwaltungsrat in Sachen Lohnpolitik: Nur 60 Prozent der UBS-Aktionäre stimmten an ihrer Generalversammlung vom 3. Mai dieses Jahres in einer Konsultativabstimmung dem Vergütungsbericht zu.

Das Ereignis reihte sich ein in eine Kette internationaler Aktionärsrevolten. Wenige Tage zuvor hatte sich praktisch dasselbe beim britischen Finanzkonzern Barclays ereignet.

Frühling der Aktionäre

Nicht bei einem Warnschuss blieb es bei der amerikanischen Citigroup, wo die Eigentümer die Vergütungspolitik sogar mehrheitlich ablehnten. Hier lag es sicher nicht an der Höhe des Gehalts von Chef Vikram Pandit: Dieser arbeitet für einen Dollar pro Jahr und schlug den Aktionären vor, die Vergütung des Managements an zentralen Buchhaltungszahlen auszurichten, während eine Mehrheit von Aktionären eine Bindung an den Börsenwert des Unternehmens bevorzugte.

Aktionäre der britischen Aviva-Gruppe, der weltweit fünftgrössten Versicherung, gemes-

sen an den Prämien, sagten in einer nicht bindenden Abstimmung nein zum Vergütungsbericht. Ihr CEO, Andrew Moss, warf daraufhin das Handtuch.

Damit Köpfe rollen, braucht es manchmal nicht mehr als den Anflug einer Revolte. So gab beim Pharmakonzern Astra Zeneca die Ablehnung des Vergütungsberichts durch nur zehn Prozent der Aktionäre den Ausschlag für den Rücktritt des nicht sicher im Sattel sitzenden Chefs David Brennan. In der Wirtschafts-



Rechnung ohne den Aktionär: Initiant Minder.

welt ist man von Generalversammlungen ansonsten Mehrheiten von nahezu hundert Prozent gewohnt.

Auch nach der denkwürdigen UBS-Abstimmung ging es weiter: Im Juni lehnten die Aktionäre der britischen WPP-Gruppe den Vergütungsbericht ab. Ihr Chef, Sir Martin Sorrell, hatte das Haus zu einem führenden Werbekonzern ausgebaut und verlangte in der *Financial Times* dafür die Anerkennung der Eigentümer. Diese zeigten sich irritiert über die vergangenheitsbezogene Argumentation und erteilten dem CEO Nachhilfe in Investition und Finanzierung; Massgeblich für den zukünftigen Lohn sei die in Zukunft zu erwartende Leistung, gemessen an der Entwicklung des Unternehmenswerts.

Die Serie von Ereignissen hat in der internationalen Wirtschaftspresse bereits den Namen «shareholder spring» erhalten: Aktionärsfrühling.

Auch wenn der Aufstand in der Schweiz noch keine Opfer gefordert hat, registriert man hierzulande die Entwicklung genau. Ins Gewicht fällt insbesondere die erwachte Sensibilität bei institutionellen Investoren wie

Rentenfonds. Swisscanto, einer der grössten Pensionskassenfonds der Schweiz, war beispielsweise an der Ablehnung des UBS-Vergütungsberichts beteiligt und gibt auf seiner Website detailliert Auskunft über das Abstimmungsverhalten an den Generalversammlungen.

Auch der öffentlich verwaltete Fonds der ersten Säule, der den sperrigen Namen «Ausgleichsfonds AHV/IV/EO» (kurz: AHV-Fonds) trägt, gehört zu den grössten institutionellen Anlegern in der Schweiz. Im Gegensatz zu Swisscanto veröffentlicht er sein Stimmverhalten nicht im Einzelfall, signalisiert aber ebenfalls Sensibilität in Vergütungsfragen. Man studiere «jede Traktandenliste». Entscheide man sich, von den Empfehlungen des Verwaltungsrates abzuweichen, «nehmen wir Kontakt mit dem VR-Präsidenten auf, um diese Abweichungen zu erklären oder für die Zukunft Änderungen zu beantragen», sagt Eric Breval, Direktor des Ausgleichsfonds. Auch die Vergütungspolitik sehe der Fonds «im Einzelfall» an.

Minders «say on pay»

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob der Schaffhauser Ständerat Thomas Minder mit seiner Volksinitiative «gegen die Abzockerei» gleichsam auf der Welle des «Aktionärsfrühlings» reite und mit seinem Anliegen offene Türen einrenne. Er fühlt sich durch die Serie von Aktionärsaufständen in seinem Anliegen bestärkt, in börsenkotierten Schweizer Aktiengesellschaften eine bindende Abstimmung über die Höhe der Vergütung an Management

tivabstimmung vor. Die «say on pay»-Praxis hat sich auf freiwilliger Basis in 18 von 20 SMI-Unternehmen durchgesetzt (die beiden Ausnahmen sind Julius Bär und Synthes).

Die Erfahrungen mit den Regelungen zeigen eines: Das «say on pay» reduziert die Managergehälter nicht. Laut wissenschaftlichen Erhebungen hatte sowohl in Grossbritannien als auch in den USA die Einführung des «say on pay» keine Auswirkungen auf die Höhe der Manager-Vergütungen: Die Saläre sind ähnlich stark gestiegen wie in Ländern ohne diese Art der sogenannten Aktionärsdemokratie. Konsterniert stellte die *New York Times* im Hinblick auf eine umfangreiche Erhe-

Die fürstlichen Saläre der «Superstars» sind in der Buchhaltung nur eine Fussnote.

bung des Forschungsinstituts Equilar fest, dass die Löhne «einfach weiter gestiegen» seien.

Das mag daran liegen, dass die Löhne der Unternehmensspitze in grossen Aktiengesellschaften kaum ins Gewicht fallen. Die Aktionäre sind bereit, ihren «Superstars» fürstliche Saläre zu bezahlen, die in der Buchhaltung doch nicht viel mehr sind als eine Fussnote: Was sind zum Beispiel schon 25 Millionen Gehalt für Novartis-Präsident Daniel Vasella bei einem Konzerngewinn von 10 Milliarden Franken?

Die Bindung des Managers an das Unternehmen funktioniert manchmal nur mit grossen Geldsummen. Der texanische Erdölkon-

digen. Es schmiedete Pläne, die wichtigsten Mitarbeiter aus dem Unternehmen hinauszulösen und eine eigene Firma zu gründen. Im Jahr 2011 war es so weit: Dem Verwaltungsrat wurde ein Ultimatum gestellt: Entweder er verkaufe das Unternehmen zu einem niedrigen Preis an das Management, oder dieses würde die Firma geschlossen verlassen und mit dem vorhandenen Know-how und Kundentamm eine Konkurrenz lancieren.

Nicht alle Manager bringen ein solches Erpressungspotenzial mit. Trotzdem gilt es aus Sicht der Aktionäre, die Anreize für illoyales Verhalten möglichst gering zu halten. Die Eigentümer wissen, dass sie das Management nur mit international wettbewerbsfähigen Löhnen bei der Stange halten können.

Das Wie ist wichtiger als das Was

Das ist der zentrale Befund einer grossangelegten Untersuchung der bisherigen Erfahrungen mit dem «say on pay». Drei renommierte Forscher, darunter Fabrizio Ferri von der Harvard Business School, weisen nach, dass «Vorschläge, die Höhe oder Struktur der Managervergütung im Detail zu regeln», von den Aktionären keine Unterstützung erfahren. Der medienwirksam tobende Kleinaktionär spricht also nicht für die Interessen des gesamten Aktionariats.

Dieses ist hingegen, auch das zeigt die Studie, sehr wohl aufgeschlossen für die Festlegung nachvollziehbarer, einheitlicher Entscheidungsgrundlagen. In Abhängigkeit von der Branche und den Eigenheiten der betreffenden Firma werden die groben Leitlinien

Derivate der Leidenschaft
made by Gübelin.

GÜBELIN
JUWELEN • UHREN

und Verwaltungsrat vorzuschreiben – ein weltweites Novum, denn nirgendwo sonst befinden die Aktionäre über die absolute Höhe der Manager-Gehälter.

Bei genauerem Hinsehen kommen Zweifel auf, ob Minders Initiative wirklich im Interesse der Aktionäre liegt. So gaben die Kurse der SMI-Unternehmen in einem international freundlichen Umfeld um rund 1,5 Prozent nach, als das Zustandekommen der Minder-Initiative annonciert wurde.

Erfahrungen mit Konsultativabstimmungen über den Vergütungsbericht (kurz und griffig: «say on pay») sammelt Grossbritannien seit 2002. In den USA schreibt die Dodd-Frank Act seit 2011 ebenfalls eine Konsulta-

tion zern Chesapeake Energy alimentierte seinen Chef Aubrey McClendon im Jahr 2009 mit einer als Bonus getarnten Bleibe-Prämie von 75 Millionen US-Dollar, nachdem sich dieser privat gefährlich verspekuliert hatte.

Anreize für illoyales Verhalten

Wie bedrohlich es werden kann, wenn das Management das Gefühl hat, zu schlecht bezahlt zu sein, zeigt das Beispiel einer grösseren Schweizer IT-Firma, die zeitweise über 75 Millionen Franken Umsatz erwirtschaftete.

Nachdem der Gründer und Inhaber diese vor ein paar Jahren an eine ausländische Private-Equity-Unternehmung verkauft hatte, begann sich das Management zu verselbstän-

der Vergütungspolitik bestimmt: Wer entscheidet nach welchen Kriterien über die Vergütung? Fallweise kann sich die Generalversammlung das letzte Wort sichern, etwa für goldene Fallschirme oder umfangreiche Optionsprogramme.

Das Fazit der Autoren lautet, dass die Aktionäre mehr Wert legen auf das Wie als auf das Was. Im Gegensatz dazu will Thomas Minder quer über alle Wirtschaftszweige die Aktionäre über das Was abstimmen lassen: den genauen Umfang der Kadersaläre. Minder und seine Unterstützer gehen davon aus, damit zu einem tieferen Lohnniveau beizutragen. Sie haben die Rechnung ohne den Aktionär gemacht. ○

Am Ende taumeln die Soliden

Wie sind die Beschlüsse des letzten Brüsseler EU-Gipfels zu werten? Ist die deutsche Kanzlerin übervorteilt worden? Aus liberaler Sicht ist ein kritisches Fazit geboten. *Von Rainer Hank*



«Solange ich lebe!»: deutsche Kanzlerin Merkel am EU-Gipfel in Brüssel.



Italiens Ministerpräsident Monti.



Spaniens Ministerpräsident Rajoy.

Eine Vergemeinschaftung der Schulden in Europa werde es mit ihr nicht geben, hatte die deutsche Bundeskanzlerin am 26. Juni vor der Fraktion der liberalen FDP gesagt. Angela Merkel fügte – einschränkend – hinzu: «Solange ich lebe!» Daraufhin wünschten die Parlamentarier ihr ein hohes Alter, und der Merkel-Satz erschien prominent in allen europäischen Zeitungen. «Not over my dead body» wurde zur Drohung, mit der Merkel am 28. Juni zum EU-Gipfel nach Brüssel fuhr. Tags darauf kam sie nach Berlin zurück – bei bester Gesundheit –, aber mit der persönlichen Niederlage, einer weiteren Vergemeinschaftung der europäischen Schulden zugestimmt zu haben.

Was hat der Gipfel beschlossen?

1 — Der europäische Rettungsfonds ESM soll das Recht bekommen, Banken in Not direkt zu rekapitalisieren. Damit wird ein öffentlicher Hilfsfonds Anteilseigner privater Banken. Eine

neugeschaffene europäische Aufsicht soll überwachen, ob die Banken das Geld korrekt verwenden und Auflagen zur Restrukturierung umsetzen. Bislang – wie im Fall von Spanien – musste ein Staat sich beim ESM verschulden, um mit diesem Kredit seine Banken zu retten. 2 — Wer vom ESM Geld bekommen hat, musste bisher diese Kredite vorrangig zurückzahlen. Der Vorrang des Retters ist das Prinzip jeder Konkursordnung. Es führt allerdings dazu, dass private Gläubiger immer seltener bereit waren, Staaten Geld zu leihen. Sie mussten davon ausgehen, im Pleitefall nur nachrangig bedient zu werden. Als «Ausnahme» wurde jetzt beschlossen, dass im Fall der für die Banken bestimmten Kredite von 100 Milliarden Euro an Spanien der ESM nicht vorrangig behandelt wird. Das erhöht das Ausfallrisiko für die Steuerzahler, die für die Kredite haften. Und es führt dazu, dass andere Länder sich auf eine solche Ausnahmeregelung berufen werden.

3 — Um den Zins zu drücken, kann der ESM Stützungskäufe von Staatsanleihen vornehmen. Italien hat jetzt erreicht, dass die im Gegenzug für den billigen Kredit geforderten Reformen nicht überwacht werden. Es reicht das bloße Versprechen, man werde reformieren.

Ist der Gipfel ein Sieg für die Südländer?

Eindeutig ja. Italiens Ministerpräsident Mario Monti hat die Beschlüsse als Erfolg gebraucht, um sein Renommee zu Hause aufzupolieren. Der Spanier Mariano Rajoy könnte ähnliches Triumphgeschrei ausstossen. Der Sieg bringt dem Süden einen doppelten Vorteil: Die Auflagen zu Austerität und Strukturreformen werden gelockert. Hilfgeld wird künftig billiger. Zum ersten Mal gibt es auch direktes Hilfgeld für die Verluste privater Banken.

Wurde Merkel über den Tisch gezogen?

Eindeutig ja. Die Südländer haben die Kanzle-

rin mit ihrer eigenen Opposition zu Hause erpresst. Sie haben die Krediterleichterungen erzwungen und gedroht, andernfalls einem sogenannten Wachstumspakt über 120 Milliarden Euro die Zustimmung zu verweigern. Diesen Pakt hatten die SPD und die Grünen in Berlin zur Voraussetzung gemacht, um dem ESM ihre Zustimmung zu geben. Ein Veto des Südens hätte Merkel zu Hause eine Niederlage eingebracht. Ironischerweise haben die Südländer damit das Kunststück vollbracht, Merkel mit der Annahmeverweigerung von eigentlich ihnen zugedachten Hilfgeldern in die Falle zu treiben. Hinterher erhielten sie beides: Krediterleichterung und Wachstumshilfe. Warum die deutsche Kanzlerin lieber die Niederlage in Brüssel als in Berlin in Kauf nahm, ist leicht zu verstehen: Hier sind ihre Wähler. Ob das Kalkül aufgeht, ist unsicher. In Deutschland dreht sich die Stimmung gegen die «eiserne Lady»: «Europa greift nach dem Geld der Deutschen», lauten die Headlines der Zeitungen. Das ist nicht falsch. Im ESM mit seinem Kreditvolumen von 750 Milliarden Euro haftet Deutschland für 200 Milliarden. Rechnet man die Hilfen der European Financial Stability Facility (EFSF) hinzu, sind es bereits 310 Milliarden Euro.

Hilft der Gipfelbeschluss dem überschuldeten europäischen Süden?

Nein. Er hilft den Banken. Kein Wunder, dass nach dem Gipfel vor allem die Kurse der Bankaktien haussierten: Unicredit plus vierzehn Prozent, Banco Bilbao plus neun Prozent, Société Générale plus zehn Prozent. Banken haben Risiken falsch eingeschätzt, Kredite in ihren Büchern faulen. Es droht ein hoher Abschreibungsbedarf. Jetzt werden sie von den Steuerzahlern herausgepaukt. Das freut die Aktionäre, sie konnten die Haftung für ihre Fehlentscheidungen erfolgreich externalisie-

ren. Zu Recht ist gesagt worden, dass eine solche «Rettung» im Lehrbuch der Marktwirtschaft nicht vorgesehen ist, aber die Mutmassung der Marxisten bestätigt: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Die Staaten werden zu Garanten der Finanzindustrie. Die Euro-Rettung hilft, das Vertrauen in die Marktwirtschaft zu unterminieren – trotz anderslautender Absicht.

Gäbe es eine Alternative zur Bankenrettung durch Staaten?

Natürlich. Statt die Bürger in Haftung zu nehmen, müssten die Anteilseigner und Gläubiger der Banken zur Verantwortung gezogen werden. Der Chef des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, schlägt vor, man solle an die Gläubiger der Banken sogenannte Debt-Equity-Swaps ausgeben. Damit würden sie im Austausch für einen Forderungsverzicht zu Anteilseignern der Banken. Und wenn die Bank sich erfolgreich restrukturiert, würden sie sogar profitieren. Der grösste Vorteil: Risiko und Haftung würden nicht getrennt. Funktioniert die Rettung nicht, muss eine Bank vom Markt verschwinden. Krisen sind auch zur Strukturbereinigung da. Die Schweiz hat bei ihrer Bankenkrise in den neunziger Jahren ein Vorbild geliefert: Hoffungslose Fälle mussten Konkurs anmelden; Aktionäre und Gläubiger, aber nicht der Staat wurden gezwungen, ihre Banken mit dem nötigen Kapital auszustatten (in der Finanzkrise des Jahres 2008 hat allerdings auch die UBS vom Staat Milliardenhilfen erhalten).

Was ist von der Beteuerung zu halten, Hilfe gebe es nur gegen strenge Auflagen?

Wenig. Das zeigt schon Griechenland, wo das Geld Europas gerne genommen wird, aber die Reformen stocken oder noch gar nicht in Angriff genommen wurden. Jetzt verlangen die

Griechen einen weiteren Reformaufschub. Bei vielen Ökonomen überwiegt die Skepsis gegenüber der Wirkung von Transfers. In Italien zahlt seit langem der Norden für den Mezzogiorno, ohne dass die strukturellen Unterschiede sich angeglichen hätten. In Deutschland sollte der Stadtstaat Bremen in den neunziger Jahren mit Staatsgeld vor der Insolvenz bewahrt werden. Bei einer Rekordverschuldung von 13 000 Euro pro Kopf erhielt Bremen zehn Jahre lang vom Bund aussergewöhnliche Sanierungshilfen (Bailout) von insgesamt 15 000 Euro pro Kopf. Am Ende war für jeden Bremer aber nicht ein Überschuss angespart worden, sondern die Schulden hatten sich auf 17 000 Euro vermehrt (heute sind es sogar 27 000 Euro). Die Rettung war nichts als Geldverschwendung, eine dauerhafte Insolvenzverschleppung, obwohl die Rettung an strenge Auflagen gekoppelt war. Wenn schon in einem geordneten Bundesstaat mit Durchgriffsrechten wie in Deutschland die Rettung nicht funktioniert, um wie viel weniger wahrscheinlich ist das Versprechen für Europa mit seinen sich überlappenden Souveränitätsrechten. Die jetzt eingeschlagene Rettungsstrategie, wonach Krisenländer sich bei den (noch) solventen Staaten billig verschulden, um Zeit zu gewinnen und wettbewerbsfähig zu werden, ist immer weniger glaubwürdig. Bald wird das ESM-Kapital aufgebraucht sein und die unbegrenzte Haftung und vollkommene Vergemeinschaftung der Fiskalpolitik kommen (ohne dass je das Wort Euro-Bonds offiziell fallen muss). Anstatt die Krisenländer zu retten, taumeln am Ende die soliden Staaten.

Rainer Hank leitet die Wirtschaftsredaktion der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.



Das Leben sollte wieder einfacher werden.

Die Bürokratie kann einem wirklich manchmal über den Kopf wachsen. Aber nicht bei Sympany: Profitieren Sie von flexiblen Lösungen und persönlichem Service für Private und Unternehmen – erfrischend anders. Jetzt informieren: www.sympany.ch

sympany
versicherungen

Die nächste Branche unter Beschuss

Der Rohstoffhandel ist einer der profitabelsten Wirtschaftszweige der Schweiz. Linke Politiker und der Bundesrat wollen das Geschäft regulieren. Ihre Kronzeugin, die «Erklärung von Bern», arbeitet mit Übertreibungen und Falschbehauptungen. *Von Florian Schwab*



Es brennt nicht, auch wenn man «Feuer!» ruft: SP-Nationalrätin Fässler.

Vor kurzem hatte der Nationalrat einen Vorstoss von Hildgard Fässler zu beraten. Mit ihrem Postulat wollte die St. Galler SP-Nationalrätin den Bundesrat auffordern, «die Rolle der Schweiz als Sitzstaat von Rohstoff-Handelsfirmen» zu untersuchen. Das Parlament sah keinen Handlungsbedarf und stimmte gegen Fässlers Anliegen.

Wer nun meinte, damit habe sich das linke Anliegen einer Untersuchung (und Regulierung) des profitablen Sektors erledigt, sah sich getäuscht. Trotz nationalrätlichem «Sitz!» stand der Bundesrat von sich aus auf und setzte Ende Mai eine «interdepartementale Plattform» ein. Das aus Vertretern mehrerer Departemente bestehendes Gremium soll die departementsübergreifenden Informationen über die Rohstoffbranche zusammentragen.

Dieses Gremium ist beim Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) von Michael Ambühl angesiedelt. Er ist einem weiteren Publikumskreis als Feuerwehrmann des Bundes bei international brenzligen finanzpolitischen Themen bekannt, etwa als Chefunterhändler für die Steuerabkommen.

Nur: Im Bereich des Rohstoffhandels brennt es nicht, auch wenn Fässler «Feuer!» rief. Im Gleichklang mit der Nichtregierungsorganisation Erklärung von Bern (EvB) befürchtet sie «Reputationsrisiken» und warnt davor, dass

sich dasselbe Szenario wie beim Bankgeheimnis wiederhole. Während dort massiver Druck aus dem Ausland kam, «stammt der Druck in Sachen Rohstoffhandel vorwiegend aus dem Inland», wie SIF-Sprecher Mario Tuor feststellt. Zwar gebe es internationale Kritik am Rohstoffhandel, diese richte sich aber nicht spezifisch gegen die Schweiz.

Die politische Debatte wird hauptsächlich durch die EvB angetrieben. So prangerte Fässler im Duktus der EvB an, dass Rohstoff-Firmen «in massive Korruptionsfälle» verwickelt seien, zu den «grössten Umweltverschmutzern» gehörten, die «indigene Bevölkerung» vertrieben und gar Land «raubten».

«Wir wollen diese Firmen behalten»

Belege lieferte Fässler nicht, und das EvB-Buch «Rohstoff – Das gefährlichste Geschäft der Schweiz» kommt grösstenteils mit reinen Behauptungen aus. An einem kürzlich durchgeführten Anlass der Fernfachhochschule Schweiz schlug EvB-Vertreter Andreas Missbach die Werbetrommel für das Buch, von dem man bereits 12 000 Exemplare verkauft habe.

Er sieht einen «Rohstoff-Fluch», der arme Länder noch ärmer mache. Die Einzelbeispiele bleiben Behauptung, und die Unternehmungen weisen die Unterstellungen von sich. Die Erklärung von Bern wirft der Zuger Rohstoff-

firma Glencore unter anderem vor, eine Monopolstellung im europäischen Zinkhandel auszunutzen: Glencore würde das in Spanien abgebaute Zink in die USA verschiffen, um es dort zu lagern und hier das Angebot zu verknappen.

Ökonomisch gesehen scheint diese Darstellung zumindest fragwürdig. Zwar wickelt Glencore rund 60 Prozent des grenzüberschreitenden Handels mit Zinkmetall ab. Allerdings handelt es sich um ein relativ eng definiertes Marktsegment, das weder Zinkkonzentrat erfasst noch den Teil des Zinks, der in den Förderländern bleibt. «Dieser grössere Zinkmarkt ist vollkommen global verteilt. In diesem Markt ist der Marktanteil von Glencore eher bescheiden, und die Firma steht im Wettbewerb mit zahlreichen Akteuren, sowohl auf Produzentenseite wie auch auf Händlerseite», sagt ein Branchenkenner. Der Rohstoff werde an der London Metal Exchange gehandelt und unterliege einem transparenten Preismechanismus.

Bei der EvB hat es Methode, die Sicht der Unternehmen auszublenden. Auf eine Frage hin räumte EvB-Vertreter Missbach ein, dass die Firmen vor der Buchpublikation mit den Befunden nicht konfrontiert wurden. Er begründete dies mit Angst vor gerichtlichen Massnahmen wie einstweiligen Verfügungen.

Diese selektive Wahrnehmung (SIF-Sprecher Tuor spricht von «einseitig») eignet sich als Steilvorlage für politische Vorstösse. Linke und Grüne stehen der Erklärung von Bern nahe, neben Hildgard Fässler auch Parteikollegin Ursula Wyss oder der Grüne Bastien Girod. Selbst in der Bundesverwaltung geniesst die Organisation Sympathien. Auf dem Podium der Fernfachhochschule hatte der EvB-Mann auf jeden Fall vom Vertreter der Bundesverwaltung keinen Widerspruch zu fürchten. Vielmehr amüsierte sich dieser sichtlich über einen Witz Missbachs über die Gemeinde Rüslikon, wo sich offenbar zwei Glencore-Manager niedergelassen haben.

Die vom Bundesrat eingesetzte «Plattform» umfasst neben den ökonomisch abwägenden SIF-Vertretern und dem Seco auch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) sowie die Direktion für Völkerrecht des EDA, bei denen eher eine ideologische Nähe zur EvB zu vermuten ist. SIF-Sprecher Tuor aber hält fest: «Wir wollen diese Firmen behalten.» Das verwaltungsinterne Tauziehen soll bis Ende Jahr einen Bericht hervorbringen. ○

Das Bierkartell war gestern

Weltwoche-Kolumnist Silvio Borner wirft dem Gewerbeverband «hausgemachte Marktabschottung» vor. Das ist falsch. Das Gewerbe steht zu einer liberalen Wettbewerbsordnung und lehnt Staatseingriffe ab.
 Von Hans-Ulrich Bigler



In der letzten Ausgabe treibt Kolumnist Silvio Borner einen Keil zwischen Export- und Binnenwirtschaft («Einmal so, einmal so», *Weltwoche* Nr. 26/12). In seinem Text wirft er dem Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) «hausgemachte Marktabschottung» vor. Mit staatlicher Mithilfe wolle das Gewerbe die ausländische Konkurrenz fernhalten.

Als erstes Beispiel führt Borner einen Handwerker-Auftrag in seiner Basler Wohnung an. Ein französischer Lieferant habe wegen der in Basel bestehenden Pflicht zur Kautionshinterlegung abgelehnt. Dass der *Weltwoche*-Kolumnist nicht zu einem Schnäppchen kam, ist zwar bedauerlich, doch sein Vorwurf zielt ins Leere, blendet er doch den Hintergrund der entsprechenden Kautionsregelung aus:

Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit sehen vor, dass, gestützt auf Gesamtarbeitsverträge, Kautionen verlangt werden können. Die entsprechenden Bestimmungen wurden vor gut zehn Jahren in einer Volksabstimmung angenommen und sind Grundlage der für die Schweizer Wirtschaft unverzichtbaren bilateralen Verträge.

Aus Sicht des SGV ist die Personenfreizügigkeit zwar nicht verhandelbar, hingegen verlangen wir die Einhaltung geltender, demokratisch beschlossener Gesetze, damit alle inländischen und ausländischen Marktteilnehmer in Bezug auf die Bedingungen im schweizerischen Arbeitsmarkt gleich lange Spiesse haben. Interessant ist zudem der fehlende Hinweis, wonach auch umgekehrt – für Schweizer Firmen aus den Baubranchen, die beispielsweise in Deutschland tätig sind – solche Regelungen seit Jahr und Tag gelten.

Ebenso bemüht ist Borners zweiter Vorwurf an den «schikanösen Zoll mit stundenlangen Wartezeiten und pingeligen Kontrollen». Einerseits haben Schweizer KMU darauf keinen Einfluss, andererseits war es gerade der SGV, der vor gut zwei Jahren die Problematik der «Regulierungsfolgekosten» thematisiert hat. Anerkannte Schätzungen gehen davon aus, dass die durch Gesetze und Verordnungen verursachten Regulierungskosten in der Schweiz – dazu gehören auch Zollformalitäten – über 50 Milliarden Franken betragen. Das sind 10 Prozent des Bruttoinlandproduktes.

Volkswirtschaftlich betrachtet, führen die durch Regulierungen verursachten Belastun-

gen in den KMU zu einer Schwächung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Das Wirtschaftswachstum wird markant eingeschränkt, Arbeitsplätze werden gefährdet oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird behindert.

Diese unerwünschten Effekte gehen zu Lasten der Gesamtwirtschaft. Für einen konsequenten Wachstumskurs und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit insgesamt fordert der SGV deshalb, die Regulierungskosten um 20 Prozent beziehungsweise um 10 Milliarden



«Hausgemachte Marktabschottung.»

Franken bis 2018 zu reduzieren, was alleine einem Wachstum von 2 Prozent entsprechen würde. Bleibt nachzutragen, dass die Verwaltung, gestützt auf zwei in den Räten einstimmig angenommene Motionen, bis Ende 2013 in insgesamt fünfzehn gewichtigen Bereichen die Regulierungsfolgekosten misst, um anschliessend Vorschläge zur Reduktion ausarbeiten zu können.

So viel zum Vorwurf «hausgemachte Marktabschottung» an die Adresse des SGV. Im Gesamtzusammenhang noch störender ist hingegen die Aussage, die Schweizer Wirtschaft sei zweigeteilt, nämlich in den «kompetitiven

und produktiven Sektor der Exporteure» beziehungsweise in die «wenig wettbewerbsintensive Binnenwirtschaft». Das mag so gewesen sein, wenn man in Nostalgie schwelgt und Geschichten vom Bierkartell aufwärmt. Allerdings wurde dieses bereits vor mehr als zwanzig Jahren abgeschafft. Hilfreicher kann da schon ein Blick auf aktuelle politische Entwicklungen sein. Hier sieht das Bild anders aus.

Giesskannenprogramm für Exporteure

Seit Beginn der Finanzkrise im Herbst 2008 setzen Exponenten der Exportwirtschaft zunehmend auf die Hilfe der Politik. Sie monieren insbesondere eine Kreditklemme, die mittels Staatseingriffen zu beheben seien. Repräsentative Studien des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) haben diesen Tatbestand indessen jederzeit widerlegt, und die Exporteure selber konnten ihre Behauptung nie mit konkreten Zahlen erhärten.

Allerdings haben sie mit ihrem Ruf nach politischer Hilfe den Bundesrat aufgeschreckt, der ein unsägliches 2-Milliarden-Giesskannenprogramm für die Maschinenindustrie lancieren und auf Subventionen statt Wettbewerb setzen wollte. Zur Erinnerung: Einzig der SGV bekämpfte den ordnungspolitisch äusserst fragwürdigen Vorstoss ab der ersten Stunde und setzte sich schliesslich durch.

Das Bekenntnis des SGV zum Wettbewerb zeigt sich auch in der Ablehnung der Kartellrechtsrevision. Mit der Vorlage werden KMU einem Generalverdacht ausgesetzt, denn übliche Formen der Kooperation sollen grundsätzlich verboten werden, und die Beweislast in kartellrechtlichen Verfahren soll umgekehrt werden: Neu müssen die Firmen beweisen, dass eine Abrede nicht wettbewerbschädlich ist. Das ruft einen bürokratischen Moloch auf den Plan, führt zu komplizierten Rechtsverfahren und vor allem zu enormen Zusatzkosten.

Der nicht rechtsgültige Entscheid der Wettbewerbskommission (Weko) im Fall BMW hat eben gerade gezeigt, dass das heutige Wettbewerbsrecht sowohl zielführend als auch fair ist und in der Konsequenz keiner Anpassung bedarf. Damit ist auch gesagt, dass die Politik des SGV der liberalen Wettbewerbsordnung verpflichtet ist.

Hans-Ulrich Bigler ist Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV).

Himmel und Hölle

Nirgends schläft es sich so unkomfortabel wie im Zelt, trotzdem ist Zelten die schönste und aufregendste Art, Ferien zu machen.

Von Rico Bandle

Es gibt wahrlich Angenehmeres, als frühmorgens aus dem Zelt zu steigen. Die Gelenke fühlen sich an wie verrostete Scharniere, die Kleider sind kalt und feucht, und geschlafen hat man ohnehin zu wenig. Zelten ist Anti-Wellness, wie der Schreibende letztes Wochenende einmal mehr auf dem Zeltplatz der Insel Lützelau im Zürichsee erfahren musste. Doch kaum haben sich die Augen an die noch jungen Sonnenstrahlen gewöhnt, die Glieder etwas erholt und watschelt eine Entenfamilie gemütlich über den Campingplatz, so weiss man wieder, weshalb man sich dies antut: Zelten ist grossartig.

Schon in der Kindheit war es das Schönste, tagelang draussen herumzustreunen und abends in den kuscheligen Schlafsack zu schlüpfen; als Jugendlicher kostete man an Open Airs und auf Reisen die Zeltromantik aus, inklusive Büchsenravioli vom Gaskocher; als Eltern freut man sich über die leuchtenden Augen der Kinder, wenn man sich mit Schlafsäcken, Zelten und Sonnenhüten aufmacht. Und falls dann doch ein Gewitter kommt, der Nachbar laut schnarcht oder ein sechsbeiniges Ungeziefer mit in den Schlafsack kriechen möchte, so muss man dies mit der nötigen Gelassenheit nehmen: Das gehört beim Abenteuer Zelten einfach dazu.

Wer beim Wort «Camping» zusammenzuckt und Hunderte symmetrisch aufgereichte Zelte und Wohnwagen vor sich sieht, dem kann Entwarnung gegeben werden: In der Schweiz gibt es unzählige wunderbare kleine Zeltplätze, oft direkt an einem See gelegen. Das grössere Abenteuer ist aber das wilde Campieren in den Bergen oder im Wald. Dies ist

zwar fast überall verboten, wird aber ausserhalb von Tourismusregionen in der Regel toleriert. Der bekannteste wilde Campierer des Landes ist Bundesrat Ueli Maurer. Früher übernachtete er jeweils mit seinen sechs Kindern in der freien Natur, jetzt meistens alleine. Der *Sonntagsblick* begleitete ihn 2007, damals

Der bekannteste wilde Campierer des Landes ist Bundesrat Ueli Maurer.

war er noch Parteipräsident der SVP, an seinen «geheimen» Campingplatz im Zürcher Oberland. In einer idyllischen Waldlichtung stellte er sein grünes Igluzelt auf, rollte den knallroten Daunenschlafsack aus. Auch jetzt, als Bundesrat, übernachtet er noch immer von Zeit zu Zeit in dieser Gegend mit Blick auf Zürich-, Greifen- und Pfäffikersee sowie die Bündner und Glarner Alpen. Bei Wind und Wetter draussen schlafen, über dem offenen Feuer Rösti und Cervelat zubereiten – das liefert Maurer das Gegenprogramm zu Empfängen und Sitzungen als Bundesrat.

Jeder ist ein Entdecker

Der britische Schriftsteller Conn Iggulden geht noch einen Schritt weiter. In seinem «Dangerous Book for Boys», einer grossartigen Anleitung für eine abenteuerlustige Kindheit, plädiert er fürs Zelten ohne Zelt: «Jeder Junge sollte in der Lage sein, im Wald oder freien Gelände ein Biwak zu errichten, um im Notfall auch ohne Zelt halbwegs komfortabel übernachten zu können.» Und er zeigt im



Idyllischer als jedes Hotel: Zelten in freier Natur.

Buch auf, wie ein Biwak allein mit Ästen und Laub im Wald zu bauen ist. Iggulden hält Naturerlebnisse für essenziell, insbesondere in unserer von Handy und Videogames geprägten Zeit.

Um die Kinder zu motivieren, empfiehlt er, ihnen erst einmal spannende Geschichten von Abenteurern und Entdeckern zu Gemüte zu führen. Die unerschrockenen Helden dienen als Vorbild: Sie zeigen, wie mutige Menschen mit Eigensinn und Zivilcourage ausserge-



Gegenprogramm in der Natur: Bundesrat Maurer im *Sonntagsblick*.



Magisches Zelt: «Harry Potter», 2009.



wöhnliche Taten vollbrachten. «Nach dem Lesen dieser Geschichten fällt es schwer, zu hinken und zu jammern, nur weil man sich den kleinen Zeh ein bisschen angestossen hat.» Als Campierer wird man zwar nicht automatisch zum grossen Entdecker oder Naturforscher, aber man kann sich ein bisschen so fühlen.

Stoff für Horrorfilme

Wo eine Idylle ist, da lauern auch Abgründe. Jedenfalls hat die Campingszenerie zahlreiche

Autoren und Filmemacher zu unheimlichen Geschichten inspiriert. Vor allem in der angelsächsischen Jugendliteratur nimmt das Zelten einen grossen Raum ein. Im letzten Harry-Potter-Band sind Harry, Ron und Hermine in ihrem finalen Kampf gegen ihren Widersacher Voldemort monatelang mit einem magischen Zelt unterwegs. Die «Fünf Freunde» in Enid Blytons weltbekannter Kinderbuchserie gehen zelten und erleben dabei die spannendsten Abenteuer. Die Zelte eignen sich hervor-

ragend für nervenkitzelnde Geschichten: Umgebungsgeräusche, Licht und Schatten, alles ist unmittelbar wahrnehmbar – und könnte Gefahr bedeuten. Die Zeltwand ist wie eine intime Hülle, bei der man aber nie sicher sein kann, ob sie bei Gefahr auch wirklich schützt.

Mit diesem Effekt spielen auch Gruselfilme. Bei «The Blair Witch Project» (1999) zelten drei Studenten im Wald, die eine Dokumentation über die Hexe von Blair drehen wollen. Merkwürdige Geräusche hindern sie am



Gruseln im Wald: «Blair Witch Project», 1999.



Reiz des Woodstock-Feelings: Open Air St. Gallen.

Ferien

Die zehn schönsten Campingplätze

Wo schlägt man am besten seine Heringe ein? Ein kleiner Reiseführer. *Von Käthi Sommer*



Idylle am Sempachersee: Camping Seeland.

Camping Aaregg *****

Direkt am Brienersee, schöner Spielplatz, ruhige Lage. Moderne Sanitäranlagen mit speziellem Kinderteil, attraktive Ausflugsziele, gutes Restaurant auf dem Platz.

Seestrasse 28a, 3855 Brienz, Tel. 033 951 18 43, mail@aaregg.ch

Camping Seeland ****

Direkt am Sempachersee, Restaurant am See, Badanstalt neben dem Platz, schöner Spielplatz, Kinderanimation während der Sommerferien, moderne Sanitäranlagen, grosser Laden, viele Ausflugsmöglichkeiten.

Seelandstrasse, 6204 Sempach, Tel. 041 460 14 66, camping.sempach@tcs.ch

Camping Salavaux Plage ****

Schöner Kinderspielplatz, Wasserspiel für Kinder, Animation während der Sommerferien, kleiner Wald trennt den Camping vom Murtensee, ideal zum Baden für Kinder, ideal zum Velofahren.

Chemin de la plage 10, 1585 Salavaux, Tel. 026 677 14 76, camping.salavaux@tcs.ch

Camping Gurlaina ****

Schön und ruhig gelegen, Parzellen im Wald oder auf der Wiese, offen im Sommer und im Winter, moderne Sanitäranlagen; ideal für Wander- und Veloferien, zum Schlauchboot- oder Skifahren.

7550 Scuol, Tel. 081 864 15 01, camping.scuol@tcs.ch

Camping Lido Solothurn ****

Direkt an der Aare, Hafen und Schwimmbad neben dem Platz, moderne Sanitäranlagen, sehr gutes Restaurant mit Terrasse, wenige Velominuten von der Stadt, viele Wander- und Velowege.

Gluttenhofstrasse 5, 4500 Solothurn, Tel. 032 621 89 35, camping.solothurn@tcs.ch

Camping Eienwäldli *****

Ruhig in den Bergen gelegen, moderne Sanitäranlagen, offen im Sommer und im Winter, ideal zum Wandern und Skifahren, Wellnessanlage auf dem Platz.

Wasserfallstrasse 108, 6390 Engelberg, Tel. 041 637 19 49, info@eienwaeldli.ch

Camping Lazy Rancho ****

Schöner Spielplatz, Pool auf dem Platz, ruhige Lage, schöne Landschaft, moderne Sanitäranlagen, attraktive Ausflugsziele, mit dem Velo wenige Minuten bis Interlaken.

Lehnweg 6, 3800 Unterseen, Tel. 033 822 87 16, info@lazyrancho.ch

Camping La Piodella ****

Direkt am Luganersee, Kinderanimation in den Sommerferien, Piodella-Tschu-Tschu, Schwimmbad auf dem Platz, gutes Restaurant, viele Ausflugsmöglichkeiten.

Via alla foce 14, 6933 Muzzano, Tel. 091 994 77 88, camping.muzzano@tcs.ch

Camping Stuhlegg ****

Schön gelegen hoch über dem Thunersee mit Aussicht auf See und Berge, mit Naturschwimmteich. Ideal zum Wandern, Biken und um sich zu erholen.

Stueleggstrasse 7, 3704 Krattigen, Tel. 033 654 27 23, info@camping-stuhlegg.ch

Camping Seegarten ***

Ruhig gelegen, einfache Sanitäranlagen, fünf Minuten zu Fuss entfernt gute Einkaufsmöglichkeiten im Dorf und schöner Spielplatz; ideal zum Skifahren im Winter und Wandern im Sommer.

Seestrasse 2, 3775 Lenk, Tel. 033 733 16 16, info@campingseegarten.ch

Käthi Sommer ist Sekretariatsleiterin des Branchenverbandes Swisscamps und Product Managerin beim TCS Camping Club.

Schlaf, sie verlassen das Zelt, kriechen angstvoll zurück. Am nächsten Morgen ist das Zelt von Steinen umstellt, die am Abend zuvor noch nicht am Ort waren. Beim Schweizer Film «One Way Trip» (2011) dröhnen sich zeltende Jugendliche mit magischen Pilzen zu, plötzlich taucht Melanie Winiger auf und beginnt zu schlachten. Die Jugendlichen glauben anfangs, die Gewalt sei bloss das Produkt ihres Rauschs – sie liegen falsch.

Die klassischen Campingszenen bei Horrorfilmen verlaufen immer ähnlich: Ein romantischer Abend in der Natur entwickelt sich in Sekundenbruchteilen zum Schreckensszenario: wenn die Schlangen reinzüngeln, der Tiger ums Zelt streicht oder der Killer langsam die Zeltwand aufschlitzt. Die Geborgenheit im Stoffgehäuse erweist sich als fataler Trugschluss.

Schreckensszenarien gibt es auch beim realen Zelten. Sie beschränken sich aber in unseren Breitengraden glücklicherweise meist auf Mückenschwärme, einen plötzlichen Hagelsturm oder weinende Kinder, die einem ganzen Campingplatz den Schlaf rauben.

Zelte wie Schweizer Luxusuhren

Die Geschichte des Freizeitzeltens in der Schweiz ist stark verbunden mit der Firma Spatz, der letzten übriggebliebenen Zeltmanufaktur des Landes. Aus der Zürcher Pfadibewegung heraus gründete der Zeltponier Hans Behrmann 1935 die Firma, 1941 erfand er das Doppeldachzelt mit Innen- und Aussenzelt. Bis heute baut Spatz Zelte nach den Originalplänen. «Seit dreissig Jahren haben wir unsere Zelte nicht mehr geändert», sagt der heutige Geschäftsführer Albert Keel. Die von Hand fabrizierten Baumwollzelte sind teuer, schwer und von wahrhafter Schweizer Qualität: Der Stoff stammt aus einer der letzten Webereien der Schweiz im Glarnerland, die Stangen kommen aus einem hiesigen Aluminiumwerk.

Der grosse technische Fortschritt im Zeltbereich konnte die mitten in der Stadt Zürich domizilierte Firma nicht erschüttern: In den 1970er Jahren kamen die ersten vollsynthetischen Zelte auf den Markt mit biegbarem Gestänge. Diese leichten Konstruktionen machten das Zelten erst richtig populär. Die Kuppelzelte wurden immer handlicher, billiger, stabiler – Spatz blieb aber seinen altbewährten Dreieckszelten treu. «Wir kommen zwar mit Produzieren kaum nach und sind voll ausgelastet, nach fast achtzig Jahren wollen wir nun aber auch Kuppel- und Tunnelzelte auf den Markt bringen», sagt Keel. Die Prototypen seien bereits vorhanden. Im eigenen Laden, dem grössten Zeltgeschäft der Schweiz, verkauft Spatz neben den eigenen Produkten auch diese leichten Zelte von anderen Herstellern.

Nur 350 Zelte produziert Spatz pro Jahr, das günstigste Zweierzelt kostet 1490 Franken,

das teuerste Gruppenzelt für zehn Personen 2790 Franken. In der Schweiz findet sich kaum eine Pfadi, die für ihre Zeltlager nicht auf Spatz setzt. «Die Zelte halten dreissig Jahre, da lohnt es sich, etwas mehr zu bezahlen», sagt Keel. Bei Privatpersonen ist die Anschaffung eines Spatz-Zeltes vergleichbar mit jener einer teuren Automatikuhr: Zwar gibt es für einen Zehntel des Preises leichtere und präzisere Modelle, die Qualität und das Gefühl sind aber ganz anders. Ein handgenähtes Baumwollzelt wiegt mehr, und der Aufbau dauert länger als bei einem synthetischen Billigzelt aus dem Supermarkt. Doch das Klima im Zelt ist nicht vergleichbar: In den Baumwollzelten wird es nie so heiss, kein Kondenswasser tropft am Morgen vom Zelt Dach, die Luft im Innern ist besser, und das Gestänge ist fast unzerstörbar.

220 Schwangerschaften

Es braucht aber kein Luxuszelt und keine verlassene Waldlichtung, um Zeltromantik zu erleben. An Open-Air-Festivals, wo dauernd Leute über die Heringe stolpern und die meisten Besucher ihren grossen Durst mit Bier löschen, greift man lieber zu einer in Fernost produzierten Billigversion. Lärm, Abfall und dichtgedrängten Zelten zum Trotz – der Reiz nach etwas Woodstock-Feeling ist ungebrochen. Das Festival-Angebot in der Schweiz ist in den letzten zehn Jahren stark angewachsen,

der Eintritt und vor allem die Verpflegung auf dem Gelände sind nicht ganz billig, dennoch vermehren die Festivals gerade in diesem Jahr enormen Zustrom: Das älteste Open Air der Schweiz, jenes in St. Gallen, war schon vier Wochen vor dem Start komplett ausverkauft; das gab es schon lange nicht mehr. Hunderte von Besuchern mussten ihre Zelte aus Platzmangel an steilen Hanglagen aufstellen.

Zelte scheinen trotz hartem Untergrund eine aphrodisische Wirkung zu entfalten.

Der guten Stimmung tut dies keinen Abbruch: So hart der Untergrund und so ringhörig die Zeltwände auch sein mögen, die Zelt- und Lagerstimmung scheint aphrodisische Wirkung zu entfalten. An den Open Airs verteilt das Bundesamt für Gesundheit Kondome, beim Bundeslager der Pfadi – mit über 20 000 Teilnehmern eines der grössten Zeltlager der Schweiz – soll es 220 Schwangerschaften gegeben haben, behauptete vor zehn Jahren die *Sonntagszeitung*.

Und auch im bekanntesten Zeltroman der deutschsprachigen Literatur steht eine heimliche amouröse Liaison im Zentrum. Ödon von Horváth's «Jugend ohne Gott» spielt hauptsächlich in einem Lager zur vormilitärischen Ausbil-

dung im nationalsozialistischen Deutschland. Der Schüler Z verliebt sich in die Anführerin einer Räuberbande. «Plötzlich sprang sie auf und riss mich wild zu sich herab. Ich kenne das schon. Wir liebten uns. Gleich daneben war ein riesiger Ameisenhaufen.» Der Lehrer bekommt Wind von dem Verhältnis, und das Unheil nimmt seinen Lauf.

Kein Krisensymptom

Zelten kennt keine Krise. «Zwar brach letztes Jahr wegen des hohen Frankens die Gästezahl aus Deutschland ein, doch zusätzliche Kunden aus der Schweiz machten dies fast wieder wett», sagt Mila Merker, Präsident des Verbands Schweizerischer Campings und Direktor des Campingplatzes Delta in Locarno. Die Pfadibewegung Schweiz konnte ihre Mitgliederzahlen nach jahrelangem Rückgang stabilisieren, letztes Jahr wuchs die Anzahl Pfadis sogar wieder leicht an und liegt nun bei 42 000. Mühe bereite ihnen allerdings zunehmend, geeignete Plätze für die Zeltlager zu finden, sagt Andrea Adam von der Pfadibewegung.

Die ungebrochene Popularität des Zeltens allein auf die krisenbedingte Sparsamkeit der Gäste abzuschreiben, wäre falsch. Zeltferien, -lager und -ausflüge bleiben immer ein Erlebnis – nicht nur für Familien. Dass man danach erholt und ausgeruht zurückkehrt, damit sollte man allerdings nicht rechnen. ○



**RADIO
MONTE
CARLO**

C'EST CHIC

Im Kabelnetz oder auf
www.radiomontecarlo.ch

Der Böse spielt Gitarre und singt dazu

Als grosses Box-Duell wird die WM-Revanche Klitschko vs. Thompson am Samstag in Bern angekündigt. Tatsächlich haben die smarten Klitschko-Brüder Wladimir und Witali kaum noch ernstzunehmende Gegner. Um die Zuschauerränge zu füllen, brauchen sie den Berner Buezer-Rocker Gölä. Von *Gérald Kurth*



Mass aller Dinge: Klitschko (l.) und Gegner Thompson posieren im Berner Stade de Suisse.

In Bern also will es der «Tiger» diesmal packen: Der Träger dieses Kampfnamens, der siebenfache Familienvater Tony Thompson aus dem beschaulichen Alice Springs im US-Bundesstaat Maryland, darf im Stade de Suisse noch einmal gegen Wladimir Klitschko ran. Dem war er im Juli 2008 in Hamburg durch K.o. in der elften Runde unterlegen. Wladimir ist seit geraumer Zeit gemeinsam mit Bruder Witali Titelhalter in sämtlichen massgeblichen Boxverbänden.

22 000 Zuschauer kommen in den Genuss der Revanche auf Schweizer Boden. Die nahezu identischen Körpermasse wären eigentlich Grund genug für Höchstspannung in der Boxwelt, die dem Showdown der Giganten förmlich entgegenfiebern sollte: Thompson ist 196 cm gross, Wladimir Klitschko 198 cm. Der Ukrainer wird am Kampftag 110 kg wiegen, Thompson sogar noch etwas mehr.

Stattdessen dominiert Langeweile. Lästermäuler unken – nicht zum ersten Mal –, dass sich die Klitschkos und ihre Klitschko Management Group (KMG) unter Bernd Bönnte mal wieder einen älteren Herrn ausgeguckt haben, der sich gegen ein anständiges Schmerzensgeld vom diensthabenden Klitschko verhauen lässt: Thompson wird dieses Jahr 41-jährig. Letztlich gehe es doch immer darum, unter dem Deckmantel des Sports mit einem weiteren, von RTL perfekt inszenierten Mega-Event so richtig abzukassieren.

Der Niedergang im Schwergewicht

2009 kämpfte Witali Klitschko in der Berner Postfinance-Arena gegen den Amerikaner Kevin Johnson. Tatsächlich ist dieser Anlass dem zahlenden Publikum in denkbar schlechter Erinnerung geblieben: Johnsons damaliger Auftritt grenzte an Arbeitsverweigerung.

Dennoch schaffte es der ältere Klitschko bis zuletzt nicht, diesen trotz über tausend abgefeuerten Fäusten irgendwann doch noch auf die Bretter zu schicken. Das Publikum fühlte sich damals aus gutem Grund verschaukelt.

Das Pech der smarten ukrainischen Brüder und Geschäftsmänner ist – reichlich paradox –, dass sie sportlich tatsächlich zu Recht seit Jahren an der Spitze stehen, aber ganz einfach keine Gegner vor die Fäuste bekommen, die echte Herausforderer wären. Man mag ob der limitierten technischen Bandbreite eines Witali Klitschko die Nase rümpfen. Der gebetsmühlenartig wiederholte Vorwurf an die Adresse

Der rein sportliche Verkaufswert der Klitschko-Monokultur ist auf einen Tiefpunkt gesunken.

der Brüder bzw. ihres Managements, aus Angst nur Fallobst als Gegner einzukaufen, ist bei nüchterner Betrachtung nicht haltbar. Es kommt vor allem deshalb keiner nach, weil das Schwergewicht in den USA in der Krise steckt. Die Staaten waren in der Königsklasse ein Jahrhundert lang das Mass aller Dinge.

Der Niedergang im Schwergewicht war mit dem Rücktritt des Briten Lennox Lewis besiegelt, der Witali in einem denkwürdigen Kampf 2003 durch Abbruch noch einmal besiegt hatte. Lewis war gleichzeitig auch letzter Vertreter der traditionell dominanten schwarzen Fighter im Schwergewicht, die nicht nur im Ring um ihr Leben kämpften, sondern auch ausserhalb bisweilen echte *bad guys* waren. Wehmütig denkt man zurück an die Eleganz und Eloquenz eines Ali oder an den bösesten Mann auf dem Planeten: Mike Tyson.

Der aktuelle Herausforderer, Tony Thompson, ist zwar auch Afroamerikaner. Und die USA waren gerade im Schwergewicht ein Jahrhundert lang das Mass aller Dinge. Bloss: Nebst seinem unterdessen stattlichen Alter hat dieser Mann fürs Limit erstaunlich wenig Punch. Und zu allem Übel ist er auch noch ein wirklich sympathischer Kerl. Ob so einer gegen Wladimir Klitschko noch etwas reissen kann? Dem sagt man zwar hartnäckig ein Glaskinn nach. Aber wenn schon: Er ist enorm schnell, athletisch und kann mit der rechten Schlaghand prinzipiell jeden Gegner ausknocken.

Nun machen die Klitschkos zum zweiten Mal Halt in Bern – aus Liebe zum Ambiente in der Schweizer Hauptstadt, wie sie gerne beteuern?

Oder gar, weil der Kampf im Stade de Suisse an einem für das deutsche RTL-Publikum noch immer legendenumwobenen Schauplatz stattfinden kann? Im mittlerweile geschleiften Wankdorfstadion wurde ja 1954 das zerbombte Deutschland gegen die Wundertruppe aus Ungarn sensationell Fussballweltmeister.

Es macht in der Tat den Anschein, als sei die Schweiz bloss Kulisse. Der bevorstehende WM-Fight wird nämlich nicht vom Schweizerischen Boxverband Swissboxing, sondern vom Deutschen Boxsport-Verband e.V. lizenziert. Die Berufsboxkommission von Swissboxing verweigert aus medizinischen Gründen Veranstaltern die Bewilligung, Boxer auftreten zu lassen, die älter als 35-jährig sind. Diese Grenze hat mittlerweile sogar der jüngere Klitschko überschritten. Die KMG indes ist ein ganz gewöhnlicher privater Veranstalter, der sich mit einer deutschen Lizenz in einem Schweizer Stadion einmietet.

Die wundersame Epiphanie der ukrainischen Brüder im beschaulichen Bern ist mit einem Namen verbunden: Marcel Wisler. Der 50-jährige Thuner ist mittlerweile Inhaber einer PR-Agentur für «Storytelling, Projektentwicklung und Human Branding». Zuvor vermarktete er von 2004 bis 2008 u.a. Boris Becker oder bis 2010 den SC Bern. Wisler lernte die Klitschkos 2008 kennen und schaffte es nicht nur, die Brüder für die Boxgala von 2009 zu gewinnen, sondern diese nach Vertragsabschluss innert sechs Wochen auf die Beine zu stellen. Möglich war dies freilich nur, weil er dafür auf bestehende Infrastruktur und Personal des SCB zurückgreifen konnte. Für den SCB ging die Rechnung finanziell nicht auf. Wisler, der sich danach selbstständig machte, musste sich nach einem neuen Partner und Standort umsehen.

Showeinlage für die billigen Plätze

Daschlug die Stunde von Infront Ringier Sports & Entertainment Switzerland AG: Die in Zug ansässige Sportmarketingfirma stieg auf Anfrage als Ko-Veranstalterin mit KMG ein. Wisler schweigt sich über die budgetierten Umsatzzahlen der beteiligten Akteure aus: «In diesem

Business werden keine Zahlen bekanntgegeben!» Es lässt sich aber kaum bestreiten, dass mit diesem Coup beträchtliche kommerzielle Schnittmengen erzeugt wurden: KMG umschiffte mit dem für das Event-Marketing verantwortlichen Ringier-Konzern im Rücken das Risiko eines finanziell wenig befriedigenden erneuten Ausflugs in den kleinen Schweizer



Kommerzielle Schnittmenge: Musiker Gölä.

Markt. Gerade in Anbetracht der Kritik an den boxerisch oft langweiligen Klitschko-Veranstaltungen wäre das unternehmerische Risiko ohne Schweizer Vertragspartner nicht unerheblich gewesen. Wisler ist von den beiden Ko-Veranstaltern für die Teilbereiche Kommunikation und publikumswirksame Pre-Events (wie etwa das Einwägen der Boxer oder ein öffentliches Training auf dem Bundesplatz) mandatiert.

Armin Meier, der Infront-Ringier-Geschäftsführer, ist bemüht, den «sportlichen Wert des Kampfes» herauszustreichen. Doch die Vermarkterin wäre nicht auf den Deal eingestie-

gen, wenn sie nicht den Brand Klitschko mit landeskompatiblen Unterhaltungselementen hätte anreichern können. Als musikalischer *main act* tritt der Berner «Büezer-Rocker» Gölä auf, der – nicht ohne Grund – dieser Tage seine neue CD «Ängu u Dämone» herausbringt.

Gölä- und Klitschko-Tickets werden von Ticketcorner und Good News, zwei weiteren Firmen des Ringier-Konzerns, angeboten. Der Mundartsänger ist zwar ein No-Name in Deutschland. Doch die Showeinlagen sind fürs Schweizer Live-Publikum auf den billigen Plätzen bestimmt und werden von RTL nicht ausgestrahlt. Auch deshalb hatte, wer in den letzten Monaten den Internet- und Druckerzeugnissen der Blick-Gruppe blätterte, pausenlos Gelegenheit, die letzten News von Gölä mitzubekommen: Gölä, um 15 kg leichter, beim Boxtraining oder in der eigenen Doku-Soap mit grossflächig tätowiertem nacktem Oberkörper. Rocker Gölä ist also wohl der Böseste von allen, die am Samstag im Ring stehen. Aber er spielt Gitarre und singt dazu. Über Geschmäcker lässt sich bekanntlich nicht streiten: Was dem einen unerträglich banal erscheint, bietet dem andern Stoff für tiefeschürfende Deutungen.

Fakt ist: Der rein sportliche Verkaufswert der Klitschko-Monokultur in der Schwergewichtsklasse des Berufsboxens ist mittlerweile derart gesunken, dass beim Rahmenprogramm das Geschmackempfinden des Mainstreams entscheidet. Nicht einmal ein WM-Fight dieser Grössenordnung kann in Europa oder den USA realisiert werden, wenn er nicht als vorgängig auf vielen Kanälen beworbenes, gigantisches Entertainment aufgezogen wird. Und für die Schweiz gilt: Wenn es nicht die Deutschen bei uns und für uns machen, geht in Sachen Boxen gar nichts – die Sportredaktion des Schweizer Fernsehens schliesst Schweizer Amateure und Profis seit Jahrzehnten vorsätzlich von ihrer Berichterstattung aus, was den Sport für potente Sponsoren unattraktiv macht. Die machen sich deshalb die Werbeslots bei den alljährlichen Radrennen streitig: Dort ist das Schweizer Fernsehen auch nach unzähligen Dopingskandalen noch immer täglich live dabei. ○



ARVI SA · Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano
T +41 (0)91 649 32 88
F +41 (0)91 648 33 75
info@arvi.ch · www.arvi.ch

FÜR JEDEN GESCHMACK DER RICHTIGE WEIN DIREKT NACH HAUSE!

WWW.ARVI.CH

ALION – VEGA SICILIA 2008

CHF 52.90
Ab 36 Flaschen
CHF 51.85

ARVI-HIGHLIGHTS DER WOCHE

Tinto Crianza – Pesquera 2009 CHF 20.50 Ab 36 Flaschen CHF 19.45	Insoglio del Cinghiale 2010 CHF 20.50 Ab 36 Flaschen CHF 19.45
Astrales 2009 CHF 27.– Ab 36 Flaschen CHF 25.90	Saffredi 2008 CHF 48.60 Ab 36 Flaschen CHF 45.35
Aalto 2009 CHF 36.70 Ab 36 Flaschen CHF 34.55	Le Volte – Tenuta dell'Ornellaia 2010 CHF 20.50 Ab 36 Flaschen CHF 19.45
Tignanello 2009 CHF 61.55 Ab 36 Flaschen CHF 59.40	Ornellaia le Serre Nuove 2009 CHF 47.50 Ab 36 Flaschen CHF 45.35
Guidalberto 2009 CHF 29.15 Ab 36 Flaschen CHF 28.10	Brunello di Montalcino Pian delle Vigne – Antinori 2006 CHF 37.80 Ab 36 Flaschen CHF 36.70
Il Carbonaione 2009 CHF 37.80 Ab 36 Flaschen CHF 34.55	Unico – Vega Sicilia 2000 CHF 264.60 Ab 36 Flaschen CHF 253.80

Preis pro Flasche inkl. MwSt. / 75cl, Zwischenverkauf vorbehalten, Transport nicht im Preis enthalten.

Ein paar heisse Nächte

Ein Seitensprung führte beim Showpaar Francine Jordi und Florian Ast zur Trennung. Fremdgehen muss allerdings nicht das Ende einer Beziehung bedeuten. Was es zum Neuanfang braucht. *Von Julia Onken*

So viel vorweg: Ein Seitensprung ist in der Regel nicht mit einem Totalschaden im Strassenverkehr zu vergleichen, sondern eher mit einem Blechschaden, der wieder behoben werden kann. Nicht alle Paare mögen eine Reparatur allerdings in Angriff nehmen, wie das Beispiel Jordi/Ast zeigt. Nach Bekanntwerden des Treuebruchs ihres Partners, des Popsängers Florian Ast, zog Schlagerstar Francine Jordi unverzüglich einen Schlussstrich unter die Beziehung.

Fremdgehen ist so alt wie die Liebe: Es gab schon immer Menschen, die sich in fremden Betten vergnügten. Die Gründe dafür sind vielfältig; vor allem lässt sich daraus nicht in sämtlichen Fällen auf einen maroden Zustand der Beziehung schliessen. Der Seitensprung kann auch ein Ausdruck des Charakters der fremdgehenden Personen sein.

Da sind einmal jene, die stets unter hormonellem Überdruck im Schritt stehen und, wo auch immer sie sich aufhalten, nach geeigneten Möglichkeiten Ausschau halten, sich Entlastung zu verschaffen. Dieses Verhalten ist mehrheitlich bei Männern zu beobachten, obwohl es selbstverständlich auch Frauen gibt, die sich in diesem Muster bewegen. Wer mit einer solchen Person in einer Partnerschaft lebt, sollte versuchen, sich nicht ständig Selbstvorwürfe um die Ohren zu schlagen, sondern zu begreifen, dass es wenig mit der Beziehung zu tun hat. Vielleicht beschert das Älterwerden, das einen veränderten Hormonhaushalt mit sich bringt, dieser Person eine gewisse Beruhigung.

Andere – dies betrifft beide Geschlechter gleichermaßen – gehen mit einer grundsätzlich hohen Aufnahmebereitschaft durch die Welt: stets willig, sich von der grossen Auswahl möglicher sexueller Kontakte vitalisierende Impulse zu holen. Da genügt ein vorbeieilender sinnlicher olfaktorischer Reiz östrogen gesättigter Düfte oder die auditive Verführung eines bärigen Baritons, und der Funke springt über, verzaubert jäh das Objekt der Begierde – je nachdem, für eine kurze oder längere Zeitspanne. Wenn diese charakterliche Eigenschaft mit etwas Vernunft und Verantwortung gepaart ist, dann lassen sich die gelegentlichen Ausrutscher in erträglichen Grenzen halten.

Die dritte Kategorie betrifft Partner, die aufgrund der mangelnden Beziehungsqualität fremdgehen. In solchen Konstellationen kann die Untreue zum wichtigen Helfer werden, um fehlerhafte Stellen ausfindig zu machen. Wer sich in seiner Liebesbeziehung nicht mehr wertgeschätzt, verstanden und geliebt fühlt,

ist besonders anfällig dafür, ausser Haus Quellen der Wertschätzung und Aufmerksamkeit aufzuspüren. In einer solchen Situation stellt sich rasch das Gefühl «Ich werde geliebt» ein, und deshalb sind derartige Konstellationen für die Beziehung nicht ungefährlich.

Quälende Untreue

Auch auf der Seite der Betrogenen sind unterschiedliche Arten des Umgangs mit einem Seitensprung zu beobachten. Die einen kämpfen mit allen Mitteln um die Beziehung, andere geben sich geschlagen, fühlen sich als Opfer oder hoffen passiv auf bessere Zeiten. Am schwersten tun sich Personen, die ein Schwarz-

weissdenken haben, das es ihnen verunmöglicht, sich differenziert auf einen Prozess des Erforschens und Verstehens einzulassen, und in dem Gefühle nicht mehr eindeutig zugeordnet werden können und die zermürbende Frage «Gehen oder bleiben?» keine schnelle und eindeutige Antwort findet.

Eines aber haben wohl alle gemeinsam: Sie leiden unter der Untreue des Partners, der Partnerin und erleben sie als Qual. Selbst zur Zeit der 68er, als die Vielfalt sexueller Kontakte mit wechselnden Partnern und Partnerinnen beinahe zum guten Ton gehörte, konnte man beobachten, wie sich im Dschungel der sexuellen Befreiung klammheimlich Zweierkonstel-



«Gehen oder bleiben?»

lationen gebildet hatten, die nach Ausschliesslichkeit, Kontinuität und Verlässlichkeit strebten.

Es scheint, als ob sich darin eine Grundsehnsucht zeigt, die, wenn sie enttäuscht wird, für die Betroffenen einem Tsunami gleichkommt, der die ganze seelische Landschaft überflutet. Während eine offengelegte Affäre die Chance einer gründlichen Bearbeitung der Beziehung bietet, fehlt diese Möglichkeit bei der verheimlichten Liebschaft. Es ist ein grosser Irrtum, davon auszugehen, dass alles, was nicht ans Licht kommt, auch keine Auswirkung hat. Oft riechen die Betrogenen bereits im Vorfeld den Braten, sie erahnen, sie beobachten, sie zeichnen minutiös jeden verdächtigen Hinweis auf und sind zutiefst verunsichert. Wird schliesslich der Verdacht ausgesprochen, aber von den Fremdgängern vehement abgestritten nach dem Muster: «Was mir nicht bewiesen werden kann, gebe ich nicht zu», entsteht erst der eigentliche Vertrauensbruch, der für die Beziehung nachhaltige Folgen haben wird.

Wenn die Affäre auffliegt, ist oft nicht etwa der Tatbestand der sexuellen Intimität mit einer anderen Person das grösste Problem, sondern der Umstand, brandschwarz angelogen worden zu sein. Die Betrogenen werden die Erinnerungsbilder rückwärts abspulen, um nochmals jene Stellen zu untersuchen, wo sie hintergangen worden sind. Oft stehen sie fas-

Es ist ein Irrtum, zu glauben, dass alles, was nicht ans Licht kommt, auch keine Auswirkungen hat.

sungslos davor und ringen nach Orientierung. Da stellt eine Frau im Nachhinein fest, dass die Telefonanrufe und SMS, die sie von seiner angeblichen Geschäftsreise erhielt, mit dem Liebesgeflüster mit einer anderen einhergingen. Oder ein Mann wird gewahr, dass seine Frau die mehrtägige Weiterbildung inklusive Kinderbetreuung, die er ihr zu Weihnachten geschenkt hatte, benutzt hat, um gleichzeitig im

Hotel ein paar heisse Nächte mit einem andern Mann zu verbringen.

In diesem Arrangement haben es die Betroffenen doppelt schwer. Einmal müssen sie den Treuebruch des Partners, der Partnerin verkraften und verarbeiten, zum andern aber haben sie in einem ungesicherten Feld zu bestehen, wo sie nicht wissen, ob sie sich auf ihre eigene Wahrnehmung des Verdachts überhaupt verlassen können. Weil dieser Zustand derart verunsichert, fahnden Betroffene schliesslich nach Beweisen. Damit verlassen sie das Hoheitsgebiet der eigenen Würde, steigen hinunter auf die Stufe des Ausspionierens: Da werden Handys gecheckt, Mail-Accounts geknackt und sämtliche Taschen untersucht. Das Gefühlsleben gleicht einem Schleudergang: Einerseits wird gehofft, dass sich der Verdacht nicht erhärtet – dies aber würde andererseits auf eine falsche Wahrnehmung hinweisen –, oder man erlebt, dass das eigene Gespür absolut richtig gewesen ist, gleichzeitig steht man vor dem Scherbenhaufen.

Die Wahrheit muss auf den Tisch

Aus diesem Dilemma gibt es nur einen Ausweg: Die Wahrheit muss auf den Tisch. Einen Neuanfang kann es nur mit der Wahrheit geben, und zwar auf beiden Seiten. Da ist vielleicht die Vernachlässigung, mangelnde Aufmerksamkeit ein Thema, aber auch Verletzungen sind auszusprechen, die sich im Laufe der Zeit angesammelt haben. Zudem sollten Bedürfnisse und Wünsche einander mitgeteilt werden, um mehr voneinander zu erfahren und um sich wieder näherzukommen. Nur so kann sich allmählich wieder Vertrauen entwickeln. Die Fremdgänger wappnen sich am besten mit Geduld. Die Betrogenen hingegen müssen lernen, sich aus dem Opferstatus zu befreien, ihre eigene Mitverantwortung für die Situation erkennen, um schliesslich verzeihen zu können.

Dies alles setzt die Bereitschaft voraus, sich auf einen langen Prozess und eine ehrliche Reflexion der eigenen Anteile einzulassen. Nicht allen Paaren gelingt dies. Deshalb sind Freunde und Freundinnen in partnerschaftlichen Krisenzeiten besonders wichtig, die bereit sind, das Paar zu begleiten, sich die zermürbenden Kränkungen der Betrogenen zum wiederholten Mal anzuhören – auch nachts um drei. Die aber ebenso offen dafür sind, sich die Sorgen und Nöte des Fremdgehenden anzuhören, ohne Partei zu ergreifen. Falls keine guten Freunde vorhanden sind, die der anspruchsvollen Aufgabe gewachsen sind, gibt es Fachpersonen, die behilflich sein können, den Schaden wieder auszubessern. Damit das Paar nach dem zweifellos schwierigen Lernprozess gestärkt gemeinsam seine Fahrt in die Zukunft fortsetzen kann.

Julia Onken ist Psychologin und Psychotherapeutin sowie Gründerin und Leiterin des Frauenseminars Bodensee.





«Sie haben das Paradies zugepflastert»: Parkplatz beim Dodger-Stadion in Los Angeles.

Verdrängt, versteckt, vergraben

Seit der Erfindung des Rades beschert das Parkieren Ärger. Cäsar verbannte Wagen aus Rom. Die Assyrer spiessten Parksünder auf Pfählen auf. Bis heute haben uns Architekten und Städteplaner von den Qualen des stehenden Verkehrs nicht befreit. Endlich naht die Erlösung. *Von Urs Gehrig*

Nicht einen, eine ganze Serie von Faustschlägen liess der Sänger auf den Paparazzo niederprasseln. Nichtsahnend habe Justin Bieber, 18, gemeinsam mit seiner Freundin, Aktrice Selena Gomez, 19, ein Kino in Calabasas, Kalifornien, verlassen, habe in seinem Auto diskret die Heimfahrt antreten wollen, als ihm ein Fotograf den Weg versperrte. «Bieber zugeparkt», berichtete die Klatschpresse. Ob des Parkier-Rowdys sei der Jungstar «völlig durchgedreht»; die Polizei ermittelt, und Biebers Management sorgt sich um den Ruf des Teenie-Schwarms.

Alte Regeln, neue Strafen

Kein Zufall, dass das Pop-Idol seine erste Schlägerei neulich ausgerechnet auf einem Parkplatz austrug. Auch für Normalsterbliche sind Parkplätze eine Friktionszone. Bereits das Einparken ist oft ein Ärgernis, und wer endlich eine Lücke ergattert hat, kriegt spätestens

an der Kasse miese Laune. Parkbürger sind Geldkühe, die in Krisenzeiten gerne zünftig gemolken werden. In der Stadt Bern zum Beispiel, die die rote Laterne im Schuldenkanton nicht losbekommt, werden – nebst den Bestattungsgebühren – die Parktarife aber-

Parkbürger sind Geldkühe, die in Krisenzeiten gerne zünftig gemolken werden.

gals erhöht, um bis 2016 Fehlbeträge von 27,7 Millionen Franken einzutreiben.

Sollte jemand gegen das Parkregime aufbegehren, wird es der Obrigkeit ein Leichtes sein, die Klage in den Wind zu schlagen, tut sie doch bloss, was seit den Assyrern Usus ist. Den Assyrern war es strikte verboten, ihre Wagen auf der 24 Meter breiten Prozessionsstrasse durch

Ninive anzuhalten, geschweige denn abzustellen. König Sanherib (705–681 v. Chr.) liess Schilder anbringen mit der Aufschrift: «Königliche Strasse – niemand darf sie schmälern».

Seit 2700 Jahren hat das Parkverbot Tradition; einzig die Strafen haben sich geändert. Kostet das Missachten eines Parkverbots die Schweizer vierzig Franken, wurde ein assyrischer Verkehrssünder stante pede erschlagen und – zu pädagogischem Zweck – auf einem Pfahl vor dem Königspalast aufgespießt.

Dagegen waren die Massnahmen Roms geradezu lasch. Zur Blütezeit des römischen Imperiums führten 85 000 Kilometer gepflasterte Strassen bis in die hintersten Winkel des Reiches. Und weil alle Wege nicht nur nach Rom führten, sondern sich der Strom des Fernverkehrs mitten durchs Herz der Stadt drängte, erlitt das Caput Mundi um 45 v. Chr. einen Verkehrsinfarkt.

Cäsar erwies sich auch in der Verkehrspolitik als Mann der Tat und erliess für die Strassen Roms ein allgemeines Parkverbot. Zwischen 6 und 16 Uhr liess er die Stadt für Fahrzeuge sperren, Gemüsehändler ausgenommen. Doch offenbar genoss der glorreiche Imperator unter den Bürgern Roms wenig Respekt. Die Vorschriften wurden liederlich eingehalten, wie wir aus dem Film «Asterix erobert Rom» wissen, wo ein Ansager der Gladiatorenarena ausruft: «Der Eigentümer des Wagens, der vor den Thermen im Parkverbot steht, wird gebeten, seinen Wagen beiseitezufahren.»

Da der Sittenzerfall im römischen Parkregime rapide um sich griff, waren schärfere Massnahmen unerlässlich. 125 n. Chr. führte Kaiser Hadrian den Einbahnverkehr ein. Vor den Toren Roms wurden Parkfelder angelegt. Die etymologische Wurzel des Wortes «Park» geht denn auch auf das lateinische Substantiv «parricus» (Gehege/Einfriedung) zurück.

Hatten die Römer Trottoirs und Schmutz- und Wasserrinnen gebaut, wurde der Strassenbau ab dem Mittelalter vernachlässigt. Bis ins späte 18. Jahrhundert waren die städtischen Strassen Europas, besonders bei Regen und Winter, Adern des Drecks und der Krankheit. Die sperrigen Wagen, die an jeder beliebigen Ecke geparkt wurden, waren nicht das Hauptlaster. Ochsen, Esel, Pferde, die Staub aufwirbelten und überall ihren Kot fallenliessen, wurden derart zur Plage, dass man sie in Scheunen und auf Plätzen «parkieren» musste.

Mit dem motorisierten Automobil sah man nicht nur ein neues Zeitalter der Mobilität anbrechen, sondern man versprach sich auch Sauberkeit und Sicherheit. «Dank grösserer Geschwindigkeit und kürzeren Längen der Vehikel gibt es mehr Platz für den Verkehr», frohlockte 1902 die Zeitschrift *The Horseless Age*. «Und dank besserer Kontrolle der Motorfahrzeuge werden die Strassen für Fussgänger sicherer werden.»

Jahrzehntelang blieb die Faszination des Automobils ungetrübt. Mit verzücktem Stauen reagierte die wachsende Fahrgemeinde auf jede technische Neuerung. Als Citroën das stromlinienförmige Modell DS vom Fliessband fahren liess – mit seiner für alle vier Räder verwendeten hydropneumatischen Federung war es seiner Zeit weit voraus –, schwellte die Brust der Franzosen. Der Philosoph Roland Barthes verklärte das Auto als «magisches Objekt», mehr noch: als «das genaue Äquivalent der grossen gotischen Kathedralen», welche in grösster Vollkommenheit als Citroën DS – eine «Déesse» (Göttin) – erscheint.

Doch selbst das göttlichste Gefährt kommt irgendwann ans Ziel – und man muss zurück ins profane Leben steigen. Worauf sich abrupt die Frage stellt: «Wohin mit dem Vehikel?» Bei Anbruch des Automobilzeitalters tat man es dem Cowboy gleich, der sein Pferd vor dem Saloon oder dem Büro des Sheriffs anband. Bald waren

Strassenränder und Trottoirs mit blechernen PS-Karossen überstellt. Eine Lösung musste her, eine, die möglichst viele Autos schluckte.

Es mag wenig erstaunen, dass eine der ersten Parking-Anlagen der USA – in Kansas City, Missouri – 1923 neben einem Shopping-Center gebaut wurde. Das Auto dominierte fortan nicht nur die Strassen, es prägte auch den Städtebau. Jede Fabrik, jedes Kino und jeder Coiffeur beanspruchte einen eigenen Parkplatz. Das Parkieren wurde zum identitätsstiftenden Akt und offenbarte («Zeig mir, wo du parkierst, und ich sage dir, wer du bist») den Charakter des Lenkers.

Selbst beim göttlichsten Gefährt stellt sich irgendwann die Frage: «Wohin mit dem Vehikel?»

Zum parkierten Auto nahm der Mensch ein frappant anderes Verhältnis ein als zum Fahrzeug in Bewegung. War dieses einmal zum Stehen gekommen, verflüchtigte sich der Zauber. Das ruhende Gefährt war ein starres Gehäuse, ein störendes Objekt. Da sich Fahrzeuge 95 Prozent der Zeit im ruhenden Zustand befinden, ist der parkierte Wagen zumindest für die Architekten, welche für die Karossen eine Bleibe bauen sollten, eine Herausforderung, denkt man.

Weit gefehlt. Auch die Architekten konnten sich an der parkierten «Göttin» nicht begeistern. Ohne architektonischen und ästhetischen Anspruch planierten, betonierten und teerten sie Abstellflächen, die sich bis in die Stadtzentren und hinaus in die Peripherie frassen. «Sie haben das Paradies zugesperrt und einen Parkplatz hinbetoniert», sang Joni Mitchell 1970 («Big Yellow Taxi»); ihre Worte, die sie als Protest verstand, verhallten wirkungslos in der öden Weite der Parking-Prärie.

In den USA gibt es 500 Millionen Open-Air-Parkplätze auf einer Fläche grösser als Puerto Rico, konstatiert Eran Ben-Joseph in seinem jüngst publizierten Buch «Rethinking a Lot», einer Studie über die amerikanische Parkkultur. In Städten wie Little Rock, Arkansas, der Heimatstadt von Bill Clinton, bedecken Freiluft-Parkings fast einen Drittel der urbanen Fläche – werden aber kaum effizient genutzt. So sind die Parking-Anlagen in den USA durchschnittlich nur an zwei bis drei Tagen pro Jahr ausgelastet.

Flucht in die Vertikale

Das ästhetische Grauen der Parkwüsten ist jedoch das kleinere Übel. Amerikas endlose Teerflächen wirken als Energiespeicher, welche tagsüber Sonnenwärme aufnehmen, die sie in der Nacht wieder an die Umwelt abstrahlen und so die Temperatur in den urbanen Gebieten nach oben schrauben. Ausserdem verhindert der Asphalt das Versickern des Regenwassers und verursacht dadurch verstopfte



Friktionszone: Popstar Bieber dreht durch.



Auf Zeit bestattet: Zürcher Opéra-Parkhaus.



Sittenzerfall im Parkregime: im alten Rom.

Kanalisationen und Überschwemmungen. Gemäss Berechnungen Ben-Josephs könnten diese beiden Probleme durch das Anpflanzen von Bäumen entschärft werden. Mehr noch: Würde man den Anteil der baumbeschatteten Parkflächen von heute zwei auf fünfzig Prozent erhöhen, könnten zudem jährlich 1,2 Millionen Tonnen Kohlendioxid aus der Atmosphäre absorbiert und 822 000 Tonnen Sauerstoff gewonnen werden.

Anders, aber nicht besser ist die Situation in Europa, wo viele Städte seit Jahrhunderten dicht bebaut sind. Ob in London, Madrid oder Berlin – die Europäer sind gezwungen, jeden Quadratzentimeter urbanen Bodens zu nutzen, wobei das jeweilige Parkverhalten den nationalen Charakter offenbart. In Italien oder Frankreich beispielsweise gilt es als Kapitalvergehen, beim Parkieren die Handbremse zu ziehen, denn Südländer parken wild und kontaktfreudig, in der Regel nach dem Verschiebemodus. Oft kann es passieren, dass man sein Auto nach einem Stadtbummel in Paris oder Florenz fünf Meter weiter vorne als dort, wo man es abgestellt hat, wiederfindet.

Weil der Platz fürs Horizontal-Parkieren fehlt, flüchtete man früh in die Vertikale. Als Parkhaus-Pionier profilierte sich Paris: Mit der Garage in der Rue de Ponthieu schuf die «Büro



«Zeig mir, wo du parkierst, und ich sage dir, wer du bist»: Park and ride in Worb.

AG Perret» 1906 erstmals eine mehrstöckige «Parkschachtel». Die Parkhäuser wurden immer höher, veritable Parktürme schossen in den Metropolen empor. Über Rampen schraubten sich darin die Automobile in schwindelerregende Höhen. Allen voran würden die raumgreifenden Spiralrampen Agilität und Dynamik des Autos widerspiegeln und damit die Strasse hinein in die Tiefe der Bebauung transportieren, philosophierten Parkhaus-Fetischisten.

Hort des Unheimlichen und Morbiden

Was elegant klingt, wurde in Wirklichkeit bald zum Verdrängungsakt. Abgeschoben in unsichtbare Tiefgaragen oder an den Rand gedrängt, war das stehende Automobil nie mehr als ein unerwünschter Nebeneffekt einer grösstmöglichen, individuellen Mobilität. Überdimensional, monolithisch und mit Sichtbeton ausgefüttert, wirken Parkhäuser wie krankhafte Eingriffe in die Stadtlandschaft, als Hort des Unheimlichen und Morbiden, der Gangster und Vergewaltiger.

Erst in jüngster Zeit haben Architekten, Planer und Künstler den ruhenden Verkehr als Herausforderung entdeckt und experimentieren mit neuen Perspektiven. An der 1111 Lincoln Road in Florida haben die Basler Architekten Herzog & de Meuron ein Parkhaus gebaut, bei dem sämtliche Seitenwände fehlen, so dass man das Gefühl hat, die parkierten Autos stürzten jeden Moment in die Tiefe. «1111 Lincoln Road», jubelte der *New Yorker*, «ist das erste Parkhaus, das Autos ausstellt, anstatt sie zu verstecken.»

Die Architekten wollen den Bau allerdings nicht als Museum oder Kunstwerk verstanden wissen. Das Parkhaus sei in erster Linie ein so-

zialer Ort, wo sich Menschen treffen, Partys und Hochzeitsfeste feiern, und damit ein Kontrapunkt zu den depressiven Nichtorten aus Beton und Stahl; eine Fortsetzung der Strasse, ohne Türen; statt eines Treppenhauses eine offene Betontreppe, die sich durch die Etagen windet.

«1111 Lincoln Road» ist noch kein Trendsetter. In europäischen Metropolen werden Autos konsequent in die Tiefe verbannt, unter Tag «vergraben», auf Zeit bestattet. Wobei den Garagenbauern nicht selten unverhofft die Vergangenheit in die Quere kommt. Während

Die Autos der Zukunft werden ihre Besitzer am Ziel ausladen – und sich selbst parkieren.

des Baus des Parkhauses Opéra in Zürich, welches Anfang Juni eröffnet wurde und das beinahe komplett unter dem Seespiegel liegt, stiess man auf fünf übereinanderliegende Pfahlbausiedlungen. Wo einst die Einbäume vertäut lagen, harren nun Offroader ihrer Besitzer, bis diese von Schnäppchenjagd und Kaffee an der Bahnhofstrasse zurückkehren.

Nein, Parkieren macht keinen Spass. Schnell muss es gehen, funktional muss es sein und grün. Parteien über das gesamte Spektrum hinweg fordern ökologisch verträglichere Formen der Mobilität. Autos sollen an den Schnittstellen zwischen Stadt und Dorf, an der Peripherie der Ballungszentren, deponiert werden, so dass ein nahtloses Umsteigen vom Auto auf das Tram, den Zug oder das Flugzeug gewährleistet werden kann.

Auch hier haben die Amerikaner vorgespart. Um Kunden anzulocken, wurden die ersten

US-amerikanischen Privat-Parkings in den 1920er Jahren unmittelbar bei Stationen des öffentlichen Verkehrs gebaut. «Park with Us and Ride with Us» lautete der Slogan der Philadelphia Rapid Transit Company. Tausendfach wird das Park-and-ride-Konzept heute kopiert und als zukunftsweisende Lösung des städtischen Parkproblems zelebriert.

Doch lieblos hingeklotzt, präsentieren sich die Park-and-ride-Häfen in der Regel als optische Zumutung. Eine markante Ausnahme findet sich am Eingang des Emmentals, in Worb: die Bahnhofhalle des Berner Architekturbüros Smarch (Stücheli/Mathys). Es ist ein Gebäude aus einem schimmernd-glänzenden Metallgeflecht, ähnlich einer rechteckigen Riesenreue, statt Fische schlüpfen Züge rein und raus, eine Etage höher, unter einem auskragenden Dach, werden die Autos parkiert. «Es hat in Worb den Anschein, als sei das undulierende Geflecht der Schienenstränge allusorisch in den Wandaufbau übertragen», lobte die verzückte Fachpresse in der ihr eigenen Soufflé-Sprache.

Aber wahrscheinlich wird bald weder Ästhetik noch Funktionalität des Parkplatzes eine Rolle spielen. Die Autos der übernächsten Generation werden ihre Besitzer am Ziel ausladen und sich selbst parkieren. Wer nun kopfschüttelnd weiterblättert, dem sei gesagt: Auch der Händler auf den verstopften Strassen im antiken Rom konnte sich unter Mobilität nichts anderes vorstellen als Ochse und Einachser.

Die ETH Zürich forscht an einem Projekt, dem zufolge man Elektroautos einfach irgendwo stehenlassen kann. Diese fahren dann ganz automatisch zur nächsten Ladestation und suchen sich, wenn sie «vollgetankt» sind, mittels GPS-Geräten, Kameras und Ultraschallsensoren einen freien Parkplatz. Dort warten sie auf ihren Besitzer. Oder sie holen ihn vor dem Shopping-Center ab. «Wir werden mit dem Projekt Geschichte schreiben», ist Cédric Pradalier, Co-Leiter des Forschungsprojekts «V-Charge», überzeugt. «Die autonome Navigation, also das autonome Fahren, Ein- und Ausparkieren sowie Anfahren einer Ladestation, wird in Zukunft auf jeden Fall eine grosse Rolle spielen.»

Die Wissenschaft gönnt sich keine Ruhe. Irgendwann werden wohl Auto-Roboter via Sensoren auch andere Verkehrssignale elektronisch «ertasten», mit revolutionären Folgen für Umwelt und Autolenker: Der hässliche Schilderwald kann gerodet werden. Und dank zuverlässiger Sensortechnik werden die Auto-Roboter nicht nur Parkverbote, sondern sämtliche Vorschriften pflichtbewusst einhalten, wodurch Bussen eingespart werden. Ein Segen für die Menschheit? Nicht ganz. Die Stadtbehörden werden sich neue Strafen einfallen lassen, um die Löcher in ihren Kassen zu stopfen.

Eran Ben-Joseph: *Rethinking a Lot: The Design and Culture of Parking.* MIT Press. 157 S., Fr. 28.90
Simon Henley: *Parkhaus-Architekturen.* Niggli, 2007. 256 S., Fr. 49.50



Wolfgang Amadeus Mozart

Die «Krönungsmesse»

Die Südwestdeutsche Philharmonie und der Chor La Compagnia Rossini mit seinen Gesangssolisten präsentieren Mozarts «Krönungsmesse» in der Tonhalle Zürich.

Im Jahre 1779 erhielt Mozart von Fürsterzbischof Colloredo zu Salzburg den Auftrag, eine Messe zu schreiben. Dabei ereiferte er sich sehr darüber, dass die Komposition aufgrund des reformerischen Gottesdienstes zeitlich sehr eingeschränkt war. Trotzdem, oder vielleicht gerade deswegen, gelang es ihm, eine innerhalb des Genres unvergleichliche Rarität zu schaffen. Woher die Bezeichnung «Krönungsmesse» stammt, lässt sich nicht eindeutig nachweisen. Der Überlieferung nach wurde die Messe in C-Dur KV 317 für die Feier geschrieben, die alljährlich zur Erinnerung an die Krönung des Gnadenbildes in der Wallfahrtskirche Maria Plain bei Salzburg stattfand.

Im ersten Konzertteil wird der renommierte Klarinettist Dimitri Ashkenazy das Konzert für Klarinette und Orchester in A-Dur präsentieren. Unter der Leitung von Manfred Obrecht erwartet Sie ein Mozart-Abend der ganz besonderen Art.

Konzertprogramm

Wolfgang Amadeus Mozart
Ouvertüre zur Oper «Die Zauberflöte», KV 620

Wolfgang Amadeus Mozart
Konzert für Klarinette und Orchester A-Dur KV 622
– Allegro
– Adagio
– Rondo (Allegro)

Wolfgang Amadeus Mozart
«Ave verum corpus», KV 618

Wolfgang Amadeus Mozart
Die «Krönungsmesse», KV 317
– Kyrie
– Gloria
– Credo
– Sanctus
– Benedictus
– Agnus Dei

Programmänderungen vorbehalten.

Weltwoche-Spezialangebot

Die «Krönungsmesse»
Sonntag, 21. Oktober 2012, 18.30 Uhr
Südwestdeutsche Philharmonie
Chor: La Compagnia Rossini
Solist: Dimitri Ashkenazy, Klarinette
Dirigent: Manfred Obrecht

Konzerttickets um 20 % reduziert
Kat. I Fr. 112.– statt Fr. 140.–
Kat. II Fr. 104.– statt Fr. 130.–
Kat. III Fr. 92.– statt Fr. 115.–
Kat. IV Fr. 63.– statt Fr. 78.–
Kat. V Fr. 36.– statt Fr. 45.–
Kat. VI Fr. 20.– statt Fr. 25.– (Hörplatz)

Veranstaltungsort
Tonhalle Zürich, Tonhallsaal

Bestellung/Vorverkauf
www.obrassoconcerts.ch/weltwoche
Ticket-Hotline: Tel. 041 318 00 55.
Bei Buchung Kennwort «Weltwoche»
erwähnen. Angebot ist nicht kumulierbar.
Bearbeitungsgebühr pro Bestellung: Fr. 9.80

Veranstalter
Obrasso Classic Events,
www.obrassoconcerts.ch. Offizieller Ticket-
verkauf ohne Weltwoche-Rabatt über
Obrasso Classic Events und Ticketcorner

Lasst uns zwitschern

Einige werden berühmt damit, andere ruinieren ihre Karriere: Der Kurznachrichtendienst Twitter erobert die Online-Welt. Gegründet vor sechs Jahren in den USA, hat Twitter heute über 140 Millionen Nutzer. Dazu gehören Popstars und Präsidenten, aber auch Nachbarn und Geschäftspartner.

Von Andreas Kunz (@andikunz) und Ronnie Grob (@ronniegrob)

Keine Sorge: Twitter ist einfach. Sie brauchen einen Computer, Internetzugang und ein Konto (Account), das Sie auf Twitter.com in nur Sekunden eingerichtet haben, am besten mit @vorname. Dann geht's los: Ähnlich einem SMS schicken Twitterer ihren Tweet (Gezwitscher) um die Welt – mit dem Unterschied, dass die Kurznachricht überall von ihren Followern (Verfolgern) sowie allen anderen Interessierten gelesen werden kann. In Ihren Texten müssen Sie sich auf 140 Zeichen beschränken, doch Sie können Links auf weiterführende Texte, Artikel oder Grafiken anfügen. Übung macht den Meister. Auch @barackobama, @ladygaga oder @justinbieber haben eher unbeholfen damit begonnen, bevor sie sich zu Ikonen des Kurznachrichtendienstes entwickelt haben. Zur Vorbereitung die elf wichtigsten Twitter-Fakten:



Nutzer — 140 Millionen aktive Twitterer publizieren 340 Millionen Tweets am Tag, alle drei Tage kommt so eine Milliarde Botschaften zusammen. In der Schweiz haben gemäss der Medienforschungsfirma Comscore im Februar 2012 lediglich 8,2 Prozent aller Internetnutzer Twitter.com besucht. Weltweit waren es im gleichen Monat 12,3 Prozent, in Ländern wie der Türkei, Japan oder den Niederlanden sogar mehr als 30 Prozent.



Gründer — @jack Dorsey, 36, ein Studienabbrecher, ausgebildeter Masseur und botanischer Zeichner, entwickelte «Twtr», wie der Dienst anfangs hiess, zusammen mit drei Freunden 2006 zur internen Kommunikation ihrer Podcasting-Firma Odeo in San Francisco. Twitter war als Dienstleistung und nicht als eigenständiges Unternehmen gedacht. Doch der schnelle Erfolg und neue Investoren zwangen die Gründer, eine Unternehmensstruktur aufzubauen. «Plötzlich hat man eine Firma», sagte Dorsey in Interviews. «Als Unternehmer versucht man bloss, seine Idee am Leben zu halten. Alles andere macht man, weil es halt sein muss.»

Aufgrund seiner mangelnden Management-erfahrung wurde Dorsey als Chef zwischenzeitlich abgesetzt. Heute ist er Verwaltungsratspräsident des Unternehmens. Bei Preisverleihungen pflegt er zu sagen: «Wir würden uns gern mit 140 Zeichen oder weniger bedanken. Was wir hiermit getan haben.»



Geschäftsmodell — Von den Milliarden seines Facebook-Kollegen Mark Zuckerberg kann Twitter-Gründer @jack Dorsey nur träumen. Zwar finanziert sich Twitter zum Beispiel zunehmend über Produkteempfehlungen, sogenannte *promoted tweets*, aber auch sechs Jahre nach dem Start macht das Unternehmen keinen Gewinn. Sorgen muss sich Dorsey trotzdem keine machen: Der Wert der Firma wird auf 8 Milliarden Dollar geschätzt. Ende 2011 investierte der saudiarabische Prinz al-Walid bin Talal 300 Millionen Dollar in Twitter und erhielt im Gegenzug eine Beteiligung von 3,8 Prozent. «Man geht bei jedem Start-up eine Wette auf die Zukunft ein», sagt Gründer Dorsey. «Entweder man nimmt möglichst schnell Geld ein, oder man baut ein möglichst grosses Netzwerk auf.» Würden sie sich für das Geld entscheiden, «wären wir kein Unternehmen mehr, das die Welt verändert».



Twitter-Königin — Niemand hat mehr Follower als Popsängerin @ladygaga (26,5 Mio.), noch vor @justinbieber (24,3 Mio.), @katyperry (22,4 Mio.) und @rihanna (21,8 Mio.). In der Schweiz sind die Promis auch auf Twitter rar. An der Spitze liegen @fcancellara (160 000) und @federernews (156 000). Letzterer verfasst seine Tweets allerdings nicht selbst, im Gegensatz zu seinen Konkurrenten @rafaelnadal (2,6 Mio.) und @djokernole (1 Mio.), die persönlich in die Tasten greifen und so auf das Mehrfache an Followern kommen. Mit Twitter werden Stars zu ihrer eigenen Nachrichtenagentur. Sind die Tweets echt (siehe Kapitel «Fälschungen»), erlauben sie einen ungefilterten Blick hinter die

Kulissen des Showgeschäfts. Lady Gaga und Rihanna twittern regelmässig Bilder ihrer Backstage-Partys, die von den klassischen Medien aufgenommen und zu Storys verarbeitet werden. Fabian Cancellara gewährt Einblicke in seinen Trainingsalltag oder beklagt sich in radebrechendem Englisch über die Hotelbetten an den Etappenorten. Novak Djokovic ist von Twitter derart begeistert, dass er sogar seinem Pudel @pierredjoko (1600 Follower) einen Account eingerichtet hat («Wedel mit meinem Schwanz beim Gassigehen, manchmal in Begleitung von Novak»).



Politiker — Der St. Galler Nationalrat @lukasreimann (2100 Follower) war einer der Pioniere und machte schon zu den Bundesratswahlen 2009 mit Tweets publik, wen er wählen wird («Stimmzettel werden ausgeteilt», «Christian Lüscher draufgeschrieben»). Zu aktiven Twitterern geworden sind auch andere Nationalräte: @natalierickli (5700 Follower, nicht zu verwechseln mit dem Fake-Account @nataliezickli, 250 Follower), @cedricwermuth (5400 Follower), @bastiengirod (1600), @jacquelinefehr (1300), @jaybadran (Jacqueline Badran, 1200), @cwasi (Christian Wasserfallen, 1400) @jcschwaab (Jean Christophe Schwaab, 800) oder @evallemann (750). Viele Politiker nutzen das Kommunikationsmedium Twitter nach wie vor kaum zur Kommunikation mit ihren Wählern, sondern als Werbung in eigener Sache.



Behördendienst — Wie man mit Twitter amerikanischer Präsident wird, zeigte @barackobama (17,2 Mio. Follower) im Wahlkampf 2008. Bis heute preisen seine Ghostwriter täglich seine Arbeit, sie greifen den republikanischen Gegner an oder rufen zu Wahlkampfspenden auf. Aktiv auf Twitter sind auch die Präsidenten von Frankreich (@fhollande), Südafrika (@sapresident), Mexiko (@felipecalderon) und der Türkei (@cbabdullahgul). In der Schweiz hat kürzlich Bundesratssprecher André Simonazzi einen



Account eröffnet (@br_sprecher), mit dem er bisher noch eher uninspiriert auf Pressekonferenzen oder neue Studien aufmerksam macht sowie gelegentlich Fragen beantwortet. Eine Vorreiterrolle eingenommen hat die @stadtpolizei, die ihre 6700 Follower über Verkehrsmeldungen informiert, nach Zeugen sucht oder Fragen zur Polizei beantwortet. Sogar Papst Benedikt XVI. twittert inzwischen – siebenschprachig – auf @vatican_va. Umringt von Kardinälen, gefilmt von Kameras, nahm er im Juni letzten Jahres das dargereichte iPad in seine heilige Hand und schickte per Fingerdruck eine Botschaft in die Welt: «Liebe Freunde, ich habe gerade News.va eröffnet. Gelobt sei unser Herr Jesus Christus. Mit meinem Gebet und Segen. Benedictus XVI.»



Werbegezwitscher — Vor allem Medienunternehmen nutzen Twitter, um auf ihre Produkte aufmerksam zu machen. An der Spitze liegt der «Breaking-News»-

Dienst des amerikanischen TV-Senders CNN (@cnnbrk) mit knapp 8 Millionen Followern vor der Zeitung *New York Times* (@nytimes) mit 5,5 Millionen. Der Online-Musikvertrieb iTunes von Apple (@itunesmusic) bewirbt seine Songs bei 2,8 Millionen Followern, während @starbucks sogar eine Twitter-Kommunikationsabteilung aufgebaut hat, um die Fragen ihrer 2,6 Millionen Verfolger zu beantworten – und nebenbei immer schön Werbung für die eigenen Produkte zu machen. In der Schweiz liegt das World Economic Forum @davos mit 1,7 Millionen Nutzern deutlich an der Spitze. Die @swissairlines kommen auf rund 30 000 Follower. Von den Medienunternehmen am stärksten vernetzt ist die @nzz mit ebenfalls rund 30 000 Followern. Der Account der @weltwoche ist noch ausbaufähig und kommt auf 7000 Follower.



Fälschungen — 29 000 Verfolger hat @bonitotv. Es macht den Eindruck, als wäre es das Twitter-Konto von Entertainer Harald Schmidt, doch tatsächlich ist es eine

Satire, die vom Komiker @robvegas gefüttert wird. Eigentlich ist das seit 2009 bekannt, trotzdem fallen immer wieder Medien drauf rein, zuletzt das ZDF in seiner EM-Berichterstattung ebenso wie Tagesanzeiger.ch. Auch Roger Schawinski wurde kürzlich, wie er in seiner Sendung «Doppelpunkt» auf Radio 1 erzählte, mit einem Konto unter seinem Namen konfrontiert, das er gar nicht selbst eröffnet hatte: «Ich versuchte, das abzustellen, doch das war äusserst schwierig.» FDP-Nationalrat Andrea Caroni sah sich sogar dazu gezwungen, sich bei Twitter anzumelden (@andrea-caroni), weil sein Name von anderen Twitternern verwendet wurde. So wurde bei der letzten Bundesratswahl der Tweet «Sie ist gewählt» vom Konto eines Andrea Caroni publiziert, was den Eindruck erweckte, er selbst habe als Stimmzähler die Wahl von Eveline Widmer-Schlumpf vorzeitig publik gemacht. Von Twitter verifizierte Konten sind an einem Häkchen neben dem Namen zu erkennen. Wer sichergehen möchte, dass es sich um die echte Person handelt, sollte persönlich nachfragen oder prüfen, ob das Konto von der offiziellen Website aus verlinkt ist.



Dummheiten — Es muss kein «Kristallnacht»-Tweet sein wie beim Zürcher SVP-Politiker Alexander Müller (@dailytalk), der letzte Woche mit weniger als 140 Zeichen seine Karriere ruiniert hat (siehe Seite 24). Spontaneität ist die grösste Gefahr, die bei Twitter lauert. Die Einfachheit des Mediums lädt dazu ein, sich zu verhalten, als sei man am Stammtisch oder unter Freunden – dabei wird leicht vergessen, dass alle alles mitlesen können und dass der Tweet nicht rückgängig gemacht werden kann. Viele haben sich schon verstrickt in aufreibende, aber selten fruchtbare Diskussionen, die in 140 Zeichen sowieso nicht angemessen geführt werden können. Es hilft der einfache Rat, in der Online-Welt nichts zu tun, was man nicht auch in der Offline-Welt tun würde. Twitter ist Instant-Öffentlichkeit und kein rechtsfreier Raum; man kann wie Alexander Müller in kurzer Zeit Reputation, Arbeitsstelle und Parteimitgliedschaft verlieren.



Einfluss — Twitter hat die Kommunikation komprimiert, beschleunigt und vielleicht auch etwas oberflächlicher gemacht. Wer Hunderten Konten folgt, wird nicht jede Nachricht lesen können, doch das macht auch nicht, wer drei Zeitungen abonniert hat. Wer mit anderen unkompliziert und öffentlich kommunizieren möchte und wer möglichst schnell über allerlei neue Nachrichten aus der ganzen Welt informiert sein will, ist bei Twitter richtig. Augenzeugen sind meist schneller als Nachrichtenagenturen: Ihre News werden durch sogenannte Retweets in Sekundenschnelle verbreitet. Für China und den arabischen Raum gelten Microblogging-Plattformen wie Twitter zu Recht als eine Erweiterung der Pressefreiheit. Zwar ermöglicht der Dienst eine nachträgliche Zensur durch Gerichte, auch Twitter selbst zensiert Einträge, die das Urheberrecht verletzen oder Kinderpornografie enthalten. Eine flächendeckende Kontrolle ist aufgrund der Masse an Tweets nicht möglich – das mussten auch die autokratischen Regime im arabischen Frühling einsehen. Als Twitterer sollte man nie vergessen, dass alle Daten auf den Servern einer amerikanischen Firma landen, wie bei Facebook und Google auch. Die meisten Kunden solcher Dienste haben Geschäftsbedingungen zugestimmt, die sie nie durchgelesen haben.



Tipps — Schreiben Sie Ihre Tweets in Schlagzeilenform, kurz und knackig, damit man Sie auch liest und Ihre Texte nicht untergehen im Gezwitscher. Seien Sie wie im richtigen Leben: interessant, freundlich, zuvorkommend, lustig, nicht nachtragend. Links können mit Diensten wie Bitly.com verkürzt werden, ansonsten gilt: Die 140 Zeichen müssen nicht in jedem Tweet ausgeschöpft werden, drei Wörter und ein Link sind manchmal wirkungsvoller. Folgen Sie auch Leuten, deren Meinung Sie nicht teilen. Und verwenden Sie so viel Zeit für einen Tweet wie für ein kleines Gedicht. Es ist eine Publikation, die Ihren Namen trägt. ○

«Die Emotionen kommen am Schluss»

Nach 21 Jahren verlässt Alexander Pereira das Opernhaus Zürich, die grösste und teuerste Kulturinstitution des Landes. Der Österreicher erzählt, wie sich die Zürcher von der Wiener Gesellschaft unterscheidet, weshalb es Oper braucht und vom Rummel um seine junge Freundin. *Von Rico Bandle und Roger Köppel*

Herr Pereira, können Sie sich an den Moment erinnern, als Sie die Zusage für die Stelle in Zürich erhielten?

Eines Tages bekam ich aus heiterem Himmel einen Anruf vom damaligen Zürcher Stadtpräsidenten Thomas Wagner. Er sei gerade in Wien, ob er mich in einer Stunde sehen könne. Wir trafen uns, er erklärte mir, eine Findungskommission suche einen neuen Intendanten in Zürich, sei sich aber nicht einig. «Ich hätte Sie gerne, das muss aber unter uns bleiben. Wenn jetzt Ihr Name in die Runde geworfen wird, werden Sie zerfleischt», sagte er. Einige Monate später rief er an und bestellte mich gleich für den nächsten Tag nach Zürich. Er präsentierte mich einer erschöpften Findungskommission. Ich redete zehn Minuten, dann war ich der neue Intendant.

Was war das entscheidende Argument?

Wahrscheinlich habe ich der Kommission die eierlegende Wollmilchsau vorgemacht. Die Mitglieder hatten sich zuvor über Monate gegenseitig aufgerieben, alle hatten einen anderen Favoriten, so dass sie erleichtert waren, als Wagner in einem geschickten Moment einen neuen, neutralen Kandidaten ins Spiel brachte.

Wie lange wollten Sie bleiben?

Mir wurde unterstellt, ich wolle Zürich als Durchgangsstation, um dann an ein grösseres Haus zu wechseln. Ich hatte das überhaupt nicht so gesehen. Dass es dann aber 21 Jahre wurden, damit hatte auch ich nie gerechnet.

Sie kamen 1991 von Wien nach Zürich. Wie haben Sie die Schweiz erlebt?

Es gibt den schweizerischen Minderwertigkeitskomplex gegenüber Kultur und Kulturinstitutionen. Jeder Zweite sagte mir: «Was machen Sie auf diesem Holzboden hier?» Ich verstand das überhaupt nicht. Das Opernhaus Zürich war schon vor meiner Zeit ein erstklassiges Haus, einige der bedeutendsten Kunstsammlungen der Welt sind in der Schweiz, darauf kann man doch stolz sein! In Österreich würde man ein grosses Geschrei darum machen. Dafür haben mich die Leute hier einfach machen lassen, das hat mich positiv berührt. Wien hat 1,5 Millionen Operndirektoren, auch in Salzburg erzählen mir die Taxifahrer, was ich machen soll. In Zürich ist das nicht so, da konnte ich etwas

ausprobieren, meine Vorstellung von Oper umsetzen.

Sie haben sehr rasch Zugang zur Zürcher Gesellschaft gefunden, die Sie mit viel Geld unterstützt hat. Wie sind Sie vorgegangen?

Am Anfang stand eine knallharte wirtschaftliche Analyse: Ich hatte festgestellt, dass, wenn wir nicht deutlich mehr Geld aufreiben, das Haus in eine Schiefelage gerät. Damals sassen im Opernhaus-Verwaltungsrat Joe Ackermann, Margot Bodmer, Peter Braumann, damals Chef von Mercedes. Ich sagte ihnen, dass wir aufhören müssten mit Sponsoren, die 50 000 bis 70 000 Franken bezahlen und meinen, dass sie das Opernhaus finanzieren. Die Ziele wurden höher gesteckt: Ich sagte, ich brauche für jede Produktion 350 000 Sponsoringfranken. Der Verwaltungsrat schickte mich dann zu den entscheidenden Leuten in Zürich, die ich für die Oper begeistern konnte. Braumann und Ackermann gingen mit gutem Vorbild voran: Braumann übernahm mit seiner Firma spontan eine Premiere, fünf Minuten später sagte Ackermann, damals bei der Schweize-

«Sie waren ratlos, was sie mit dem Wahnsinnigen machen sollten, der 15 Premieren pro Jahr macht.»

rischen Kreditanstalt, er übernehme auch eine. Das war der Durchbruch.

Die Zwingli-Stadt Zürich, die Hauptstadt der protestantischen Askese, und die barocke Welt der Oper, das passt doch irgendwie nicht zusammen. Umso erstaunlicher, was Sie zustande brachten.

Ich habe das überhaupt nicht so erlebt. Zürich ist ein Dorf und eine Weltstadt zugleich. Wenn Sie schauen, welche Topmanager von internationalen Unternehmen hier in Zürich sitzen, so ist das eine eindrucksvolle Liste. Die müssen sie anderswo erst einmal suchen. Und das in einer Stadt mit 380 000 Einwohnern! Das ergibt eine enorme Lebensqualität. Den Zwingli habe ich nie so gespürt.

Oper entstand in aristokratischen Gefilden, hat etwas Imperiales. Die Schweiz ist eine Republik der Sparsamkeit, die sich kaum Extravaganzen erlaubt. Wie konnte die Oper gedeihen?

Oper passt darum in die Schweiz, weil die Oper hier aus einer Bürgerinitiative heraus gegründet wurde. Das ist ein grosser Unter-

schied zu Wien oder Paris. Viele Leute hier haben Opernhaus-Aktien zu Hause. Wenn wir eine neue Probephöhne bauen, erhöhen wir das Aktienkapital und erhalten so fünf Millionen Franken von Unternehmen und Privatpersonen. Wo sonst gibt es das auf der Welt? Nirgends. Das ist wunderbar.

Zeichnen Sie ein Psychogramm des Schweizer Publikums.

Es ist nicht manipulierbar, das ist das Schönste. In anderen Städten gibt es Claqueure, die den Ton angeben, hier nicht. Was das Schweizer Publikum auch auszeichnet, ist, wie ruhig und aufmerksam es den Vorstellungen folgt, die Emotionen kommen erst am Schluss. Während der Vorstellungen ist es fast zu still, daran muss man sich gewöhnen.

Sie waren höchst erfolgreich mit dem, was Sie in Zürich aufgebaut haben, die grössten Namen der Branche waren regelmässig hier zu Gast. Trotzdem begleitete Sie die Presse eher argwöhnisch, Ihr Haus wurde zum Beispiel nie zum «Opernhaus des Jahres» gewählt. Hat Sie das getroffen?

Nein. Ich glaube, viele Kritiker haben nicht gewusst, was überhaupt mein Ziel war. Ich habe versucht, zu beweisen, dass man heute noch erfolgreich ein Repertoire- und Ensembletheater leiten kann, also ein Haus mit vielen festangestellten Künstlern, wo jeden Abend ein anderes Stück aus dem Repertoire gespielt wird. Alle haben gesagt, heute ginge das nicht mehr, man solle die Anzahl Vorstellungen reduzieren und das Repertoire abschaffen. Ich habe versucht, dem Markt zu beweisen, dass eine Oper mit einem Ensemble von sechzig festangestellten Sängern plus Gästen ökonomisch zu führen ist. Nur so ist auch Nachwuchsförderung möglich. Wenn ich sehe, was wir in den letzten Jahren dem Weltmarkt an Sängern geschenkt haben, dann darf ich darauf auch ein bisschen stolz sein.

Wie erklären Sie sich die Skepsis Ihnen gegenüber in der Fachwelt?

Es haben immer alle anerkannt, dass in Zürich erstklassig gesungen wird, das war unbestritten. Weil ich aber doppelt so viele Premieren ansetzte wie vergleichbare Häuser, wurde mir nachgesagt, hier werde gepfuscht. Das stimmt aber nicht. Wir haben hier genügend Probephöhen zur Verfügung, damit gleich lange und intensiv geprobt werden kann wie an allen andern Theater. Die Theaterdirektoren in anderen Städten



«Die Leute haben mich hier einfach machen lassen»: Opernhaus-Direktor Pereira.

wurden natürlich angegriffen: Wie ist das möglich, dass in Zürich viel mehr produziert wird? Die konnten sich nur herausreden, indem sie unsere Qualität in Frage stellten. Journalisten haben dies dann übernommen: Sie waren ratlos, was sie mit dem Wahnsinnigen machen sollten, der fünfzehn Premieren pro Jahr macht.

Skandalregisseure wie den verstorbenen Christoph Schlingensiefel oder Calixto Bieito, Lieblinge der Kritiker, hat man bei Ihnen nie gesehen.

Ich versuchte den Regisseuren zu sagen: Wenn du mit dem Stück etwas machst, was mit dem Stück nichts mehr zu tun hat, dann interessiert mich das nicht. Ich möchte, dass ein Regisseur die Geschichte erzählt, ob traditionell oder avantgardistisch, ist mir egal. Insgesamt habe ich darauf geschaut, dass sowohl die traditionellen als auch die avantgardistischen Opernbesucher genug zum Leben bekommen. Grossmutter und Enkel sollen sich bei uns wohl fühlen, wobei oft allerdings die Grossmutter avantgardistischer ist als der Enkel ...

Auf den Plakaten der deutschsprachigen Theater war der Name des Regisseurs lange Zeit grösser geschrieben als jener des Autors. Und auf der Bühne waren die Stücke oft nicht mehr wiederzuerkennen. War das eine Degenerationserscheinung?

Eindeutig. Das war eine Fehlentwicklung, und der Markt entwickelt sich nun wieder in die andere Richtung. Die Zeiten, in denen Schauspieler reihenweise auf der Bühne gepinkelt haben, sind glücklicherweise vorbei. Das haben jetzt alle gesehen, ebenso die Maschinenpistolen und Panzer. Viele Regisseure haben dies mittlerweile gemerkt. Ein einschneidendes Erlebnis war für mich ein Gespräch mit Ruth Berghaus. Vor achtzehn Jahren sass ich mit ihr in Wien im «Café Landtmann» und sagte ihr: «Ich kenne wenig Regisseure, die Personen so phänomenal führen können wie Sie, aber warum überfrachten Sie Ihre Inszenierungen dermassen, dass kein Mensch mehr mitkommt?» Dann passierte etwas, was ich nie vergessen kann: Die Ruth begann zu weinen, es ergossen sich Tränen aus Ihren Augen wie ein Sturzbach. Nach zehn Minuten, als sie sich wieder etwas beruhigt hatte, sagte sie: «Sie sind der Erste, der versucht, mich wieder aus meinem Elfenbeinturm herauszuholen.»

Ist das Niveau der Oper im Vergleich mit früher – vor sechzig Jahren – gestiegen oder gesunken?

Das Optische ist wichtiger geworden. Und das Angebot ist so gross wie noch nie. Ob die Sänger früher besser waren? Ich glaube nicht. Es kommt aber immer wieder mal

vor, dass in einem Fach, zum Beispiel jetzt gerade bei den tiefen Bässen, eine Zeitlang nur wenige Spitzensänger auf dem Markt sind.

Viele Leute erachten die Oper als eine völlig elitäre und snobistische Veranstaltung. Wie erklären Sie ihnen die Faszination für diese Kunstform?

Es gibt kein snobistisches Opernpublikum, ich zumindest habe das nicht erlebt. Der normale Besucher im Opernhaus Zürich ist der einfache Angestellte, der 80 000 Franken verdient. Siebzig Prozent unserer Zuschauer sind so.

Wie kommen Sie denn darauf?

Wir haben das immer wieder untersucht. Was man oft auch nicht weiss: 22 Prozent meiner Besucher sind unter 25 Jahre alt. Das liegt natürlich auch an den Kindervorstellungen, trotzdem ist dies bemerkenswert.

Weshalb brauchen wir die Oper?

Menschen erbringen Höchstleistungen: im Sozialen, im Sport, in der Wissenschaft oder in der Musik. Interessanterweise haben einige der grössten Komponisten der Welt ihre wichtigsten Werke für die Oper geschrieben, zum Beispiel Mozart, Verdi, Wagner oder Richard Strauss. Das sind aufwendige, gewaltige Kunstwerke. Und wir schmeissen ja nicht die «Mona Lisa» in den Mülleimer, nur weil uns die Versicherungsprämie zu hoch ist. Genau so ist es mit der Oper: Wir haben die Verpflichtung, diese grössten Meisterwerke zu erhalten, auch wenn es etwas kostet. Das heisst, dass man sie auf einem Niveau aufführt, in dem die Energie, die in diesem Werk liegt, auch freigelegt werden kann. Das gelingt zwar nicht immer, aber diesen Anspruch sollte man haben.

«Die Zeiten, in denen Schauspieler reihenweise auf der Bühne gepinkelt haben, sind vorbei.»

Das Opernhaus Zürich ist die mit Abstand teuerste Kulturinstitution des Landes. Haben Sie nicht manchmal ein schlechtes Gewissen, den Steuerzahler so viel zu kosten?

Nein. Niemand dankt es mir, wenn ich meine Kunstform schlecht repräsentiere. Dass die Oper die teuerste Kunstform ist, dafür kann ich nichts. Mir war aber wichtig: Wenn das Opernhaus mehr Geld erhält, so muss auch die übrige Kulturszene mehr Geld erhalten. Das wurde auch immer so gehandhabt.

Ihre Taktik lautete also: Damit die übrige Kulturszene nicht gegen das Opernhaus aufmuckt, versorgt man sie einfach auch mit mehr Geld?

Ich habe immer gesagt, dass es eine Solidarität zwischen allen Kulturinstitutionen geben muss.

Alexander Pereira

Der scheidende Intendant der Zürcher Oper wurde 1947 als Sohn eines Diplomaten in Wien geboren. Nach seiner Ausbildung in Marketing und Verkauf arbeitete er zwölf Jahre lang als Verkäufer bei Olivetti, daneben studierte er Gesang. Sein grosser Traum, eine Sängerkarriere, blieb ihm versagt, dafür wurde er zu einem der gefragtesten Intendanten in der Klassikszene. 1984 wurde er Generalsekretär der Wiener Konzerthausgesellschaft, 1991 wechselte er an das Opernhaus Zürich, wo er 21 Jahre lang blieb. Er erhöhte die Anzahl Premieren, trieb sowohl bei privaten Sponsoren als auch beim Staat viel Geld ein und holte eine Vielzahl hochkarätiger Sänger und Dirigenten nach Zürich. Das Budget des Opernhauses machte unter ihm einen Sprung nach oben und beträgt heute 135 Millionen Franken, 80 Millionen davon tragen die Steuerzahler. Pereira wechselt nun als Intendant zu den Salzburger Festspielen, einem der bedeutendsten Klassikfestivals der Welt. Pereira besitzt Rennpferde und gilt als herausragender Gastgeber, der Künstler, Freunde und Geschäftspartner gerne selber bekocht. (www)

Einundzwanzig Jahre lang sassen Sie fast jeden Abend in Ihrer Direktionsloge und haben die Vorstellung geschaut. Was war das Skurrilste, das Lustigste, was Sie gesehen haben?

Eine Geschichte, die ich unendliche liebe: Ich habe Hermann Prey noch mit siebzig den Papageno in der «Zauberflöte» singen lassen. In eine Vorstellung brachte er seine Enkelin mit, sie sass in der Loge zwei. Bei einer Szene sagt Pamina: «Warum sprichst du nicht mit mir?» Papageno schweigt. Dann kommt aus der Loge zwei eine vorwurfsvolle Kinderstimme: «Nana [Grossvater], warum sprichst du nicht mit ihr.» Das hat einen unglaublichen Lacherfolg gegeben.

Zu den einprägsamen Episoden Ihrer Zeit gehört auch, dass Sie wegen Ihrer vierzig Jahre jüngeren Freundin tagelang in den Schlagzeilen der Boulevardpresse standen. Wie haben Sie diese Zeit erlebt?

Das kam eher überraschend. Wir waren ja schon ein Jahr zusammen und x Mal miteinander in der Oper. Irgendwann hat jemand beschlossen, jetzt beuteln wir die beiden einmal durcheinander.

Was ist das für ein Gefühl, wenn man sich plötzlich auf den Titelseiten sieht?

In erster Linie möchte man den Menschen, den man liebt, beschützen. Mit solchen Situationen umzugehen, ist nicht ganz einfach. Aber ich glaube, wir sind ganz gut da

mit umgegangen und haben auch den Respekt der Leute gewonnen. Mittlerweile sind wir über fünf Jahre zusammen, unsere Beziehung kümmert niemanden mehr.

Hatten Sie keine Angst vor negativen Reaktionen aus der Zürcher Gesellschaft?

Nein, überhaupt nicht.

Sie sind ein klassischer Patron, sind der Erste, der kommt, und der Letzte, der geht, machen am liebsten alles selbst. Das Chaos auf Ihrem Schreibtisch ist legendär.

Sind Chaoten die besseren Chefs?

Ich glaube nicht, dass ich Management by Chaos mache. Dass mein Schreibtisch nicht aufgeräumt ist, hat mit meiner Merkfähigkeit zu tun: Ich weiss immer ganz genau, was wo liegt. Mein Hirn funktioniert Gott sei Dank noch sehr gut, deshalb brauche ich mich nicht zur Ordnung zu zwingen.

Sie haben den Ruf, der perfekte Verkäufer zu sein, ein charmanter Gastgeber, ein Impresario alter Schule. Wie würden Sie sich eigentlich selbst charakterisieren?

Ich bin ein Diener einer Sache, die ich unendlich liebe. Ein Mensch, der mit beiden Beinen auf dem Boden steht, der nicht das Gefühl hat, er müsse auf eine bessere Toilette sitzen als alle andern.

Sie sind erfolgreich, aber gibt es die Angst, am Ende doch irgendwie abzustürzen?

Man muss sich die Fähigkeit bewahren, alles zu riskieren, um alles zu gewinnen oder alles zu verlieren.

Wenn Sie zu viel riskieren, reissen Sie vielleicht alles hier in den Abgrund.

Oft sind die Menschen erst zu überzeugen, wenn sie merken, dass ihr Gegenüber alles aufs Spiel setzt. So merken die Leute: Das muss dem wirklich wichtig sein, denn wenn man ihm jetzt nein sagt, steht er völlig nackt da.

Gab es solche Situationen, in denen Sie schon fast nackt dastanden?

Viele. Mehrmals kam es vor, dass tausend Menschen im Saal sassen, und ein Sänger wollte nicht auftreten. Es gab Künstler, die musste ich aus der Toilette rausholen, die hatten solche Angst. Wichtig ist dann, ruhig zu bleiben, keinen Druck auszuüben. Ich sagte jeweils: «Mach dir keine Sorgen, wenn du nicht auftreten möchtest, schicke ich die tausend Leute nach Hause. Aber jetzt reden wir in Ruhe und analysieren das.» Dann ist es doch gegangen.

Wenn Sie nicht Operndirektor geworden wären, was hätten Sie werden wollen?

Sänger. Oder Dirigent. Es ist das grosse Drama meines Lebens, dass dies nicht geklappt hat.

Diese Woche räumen Sie Ihr Büro, wie schwer fällt Ihnen der Abschied?

Sehr schwer. Es ist eigentlich im Alltäglichen am schwersten. Überall macht man



«Wir sind ganz gut damit umgegangen»: mit Partnerin Daniela Weisser.

Sachen zum letzten Mal, jedes Mal tut es weh. Ich verlasse meine Opernhausfamilie.

Ist das Bild richtig: Nachdem Sie alle Achttausender bestiegen haben, ist Salzburg nun die erneute Besteigung des Mount Everest, aber ohne Sauerstoff?

Nein, das ist es nicht. Ich bin natürlich immer auch ein Kind meiner Heimat geblieben. Jetzt Dinge zu initiieren, die ich in letzter Zeit in meiner Heimat vermisst habe, das wäre schön. Ich bin überzeugt: Wenn sie mich machen lassen, kann ich dem Festival die Bedeutung geben, die die Welt von ihm erwartet.

«Es gab Künstler, die musste ich aus der Toilette rausholen, die hatten solche Angst.»

Was ist das Problem?

Österreich glaubt immer, dass es das Mekka der Kultur ist. Und diese Einstellung verführt, zu glauben, dass eh alles wunderbar ist. Wenn man aber in die Tiefe geht, dann muss man doch auch die Erlaubnis haben, seine eigene Heimat, auch wenn man sie noch so liebt, zu kritisieren.

Was kritisieren Sie?

Was Österreich der Welt schenken kann, ist die Kultur. Sie sollte wieder die angemessene Ausstrahlung bekommen. Dazu könnte ich in Salzburg etwas beitragen. Davon bin ich hundertprozentig überzeugt.

Ihnen geht es ums Geld. Sie werden in Salzburg hart kritisiert, weil Sie mit dem Rücktritt drohten, sollte das durch erzwungene Gehaltserhöhungen entstandene Loch im Budget nicht gestopft werden. In der

Schweiz waren Sie mit solchen Forderungen erfolgreich. Sind Schweizer Politiker freigiebiger als Österreicher?

Wenn es um Geld geht, kann man Zusammenhänge in der Schweiz besser erklären. Die Salzburger Festspiele werden durch fünf Ministerien und Behörden finanziert. Sie müssen alle Entscheidungen einstimmig treffen. Wenn sich eine Behörde querstellt, ist das ganze Gremium blockiert. Es braucht viel Überzeugungskraft. Daran arbeite ich.

Wie sehen Sie die Zukunft des Zürcher Opernhauses?

Schon bevor ich nach Zürich kam, war das Opernhaus ein Ort der Qualität, das wird es auch nach mir sein. Die öffentliche Hand sollte dem neuen Direktor helfen, damit er nicht in finanzielle Schwierigkeiten kommt. Nicht jeder hat dieselbe Affinität dazu, Sponsoringgeld aufzutreiben wie ich.

Kann es ein Opernhaus ohne Subventionen geben?

Nein. Ich bin täglich dem europäischen Subventionssystem dankbar, dass der Bürger treuhänderisch dem Staat sein Geld übergibt und der Staat versucht, es möglichst gerecht zu verteilen. Das hat Nachteile, aber den riesigen Vorteil einer Grundverlässlichkeit. Wenn Sie sehen, wie die amerikanischen Kulturinstitutionen in den letzten zehn Jahren durchgebeutelt worden sind, dann knie ich jeden Tag vor den Subventionsaltar und zünde eine Kerze an. Was aber nicht heisst, dass sich Private nicht noch mehr engagieren sollen.

Was empfehlen Sie Ihrem Nachfolger, Herrn Homoki?

Dass er sich auf die Opernhausfamilie, die Angestellten dieses Hauses, einlassen möge. ○

Passion Monica

Von Daniele Muscionico

Sie sagt: «Die grösste Wirkung erreicht eine Frau mit Schüchternheit, einem scheuen Blick und harmonischen Bewegungen.»

Schüchternheit, Scheu, Harmonie? Aus welchem dunklen Jahrhundert stammt dieses Zitat? Und nein, es ist noch nicht verjährt, und es gibt bis heute keine Dementis. Denn die Quelle muss es wissen! Die Dame im Bild kennt ihre Wirkung und spielt ihre Rolle als Männerfantase perfekt: Seit sie sich 1992 am Hals von Keanu Reeves zu schaffen machte – unter der Aufsicht von Francis Ford Coppola in «Bram Stoker's Dracula» –, ist sie ein Weltstar und gilt bis heute als einer der letzten ehrenwerten Gründe für Italien, stolz auf sich zu sein.

Ja, Bellucci, Monica Bellucci heisst diese zur Unkenntlichkeit romantisierte Leiche. Was lief schief beim Shooting dieses Bilds? Das Setting ist zwar ikonografisch italienisch, sprich katholisch und mag in einem entvölkerten Kirchenschiff inszeniert worden sein. (Oder vielleicht in einer psychiatrischen Klinik?) Doch weiss der Himmel, schlimmer ist: Alles, was diese Monica zur Bellucci macht, liegt unter Unmengen von Tüll und Taft begraben. Was für ein Irrtum, derart gerupft die eigene Beerdigung zu probieren! Oder probt *la bellissima* hier für eine Neuauflage ihres Films «Die Passion Christi»?

Es bleibt das Geheimnis der Fotografin Kate Barry, wieso sie die Bellucci so und nicht anders zeigen will. Jede Vermutung ist in den Wind gesprochen: Barry ist die älteste Tochter von Jane Birkin und besitzt genetischerweise die Glam-Immunität, die jedes Fragen nach Sinn und Unsinn verbietet. Man sieht ein, dass sie Monicas *unique selling proposition* als Sexy-Hexy entgegengearbeitet hat. Mit fragwürdigem Ergebnis.

Vorhang auf für «La Bellucci», die hier als Sommerleiche zwar wenig an sich hat, weil viel anhat – doch in anderer Hinsicht sogar zwischen zwei Buchdeckeln so attraktiv zu sein scheint, dass sie der Verlag Schirmer/Mosel bereits zum dritten Mal nachdrucken lässt. «Monica Bellucci», schlicht und ergreifend, heisst der Bildband, der Italiens Star in 150 Fotografien feiert. Es sind Ikonen wie Richard Avedon und Helmut Newton, Peter Lindbergh und Bruce Weber, Ellen von Unwerth – und Kate Barry. Monica Bellucci als Fotografin-Fantase: Das ist mal genial und mal banal, doch immer ein Kunstwerk am Kunstkörper.

Monica Bellucci. Mit einem Vorwort des Regisseurs Giuseppe Tornatore und einem Text von Monica Bellucci. Schirmer/Mosel. 240 S., 150 Abb. in Farbe und Duotone, Fr. 86.–



Was lief hier schief? Die italienische Schauspielerin Monica Bellucci, fotografiert von Kate Barry.



«Verrat ist eine Frage des Datums»

Der französische Meisterdiplomate Talleyrand, Souffleur für fünf Regime, war ein kaltblütiger Stratege und wandelbarer Visionär. Seine stärkste Waffe: der Charme. *Von Oliver vom Hove*



Beharrlicher Profiteur der Ämter und Zeiten: Staatsmann Talleyrand.

Er war ein Genie der Macht. Nie erlangte er sie absolut, sondern stets nur von Amtes wegen. Nicht nur das macht ihn zum Prototyp des modernen Politikers. Mit Zähigkeit und Nachgiebigkeit erzielte er Kompromisse. Er änderte seine Meinung, wechselte die Strategien, setzte auch Handlungen fort, an die er nicht glaubte. Und dennoch folgte er konstant seinem inneren Kompass, hielt an einem gezielt verfolgten Kurs fest.

Dass er stets nur dem Wohl des Vaterlandes sein Augenmerk schenke, behauptet jeder Politiker, zu allen Zeiten. So auch Talleyrand, der von sich sagte, immer nur Frankreich gedient zu haben. Das Erstaunliche ist: Es stimmt. Das Telos seiner Politik war Machterhaltung für sich und Friedenserhaltung für sein Land. Wo sich beides nicht in Überein-

Statt der ersehnten militärischen Karriere blieb ihm standesgemäss nur eine kirchliche Laufbahn offen.

stimmung bringen liess, verzichtete er in letzter Konsequenz auf den persönlichen Machterhalt.

Einen «ersten Diener und Antagonisten» der Machthaber hat ihn Metternich, mit Bezug auf Napoleon, genannt. Dieser langjährige Gegenspieler, der Talleyrand in seiner Zeit als Gesandter in Paris kennenlernte, kennzeichnete ihn 1808 in einem Brief an den österreichischen Staatskanzler Graf Stadion treffend: «Man muss bei M. de Talleyrand den moralischen vom politischen Menschen unterscheiden. Er könnte und würde nicht das sein, was er ist, wenn er moralisch wäre. Andererseits ist er ein ausgesprochen politisch denkender Mensch und als solcher ein Mann der Systeme. Das macht ihn gleichermassen nützlich oder gefährlich.»

Talleyrand diente fünf Herrschaften zwischen dem Ende des Ancien Régime und den Anfängen der Julirevolution von 1830 – und überlebte alle seine Widersacher. Das Frankreich seines Wirkungskreises durchmass in diesen fünf Jahrzehnten nach dem Sturz des Königtums dicht aufeinanderfolgend Revolution, Direktorium, das Konsulat Napoleons, dessen Kaiserkrönung und schliesslich die Wiederherstellung des Königtums. Bei allen fünf Umbrüchen hatte Talleyrand seine Hand im Spiel, verhalf den wechselnden Machthabern zur Herrschaft und beteiligte sich ebenso geschickt an deren Demontage.

Ein Staatsschiff so lange von der Kommandobrücke aus mitzusteuern, erfordert besondere nautische Fähigkeiten der Machtbeherrschung. In seinen wechselnden Amtszeiten als Aussenminister handelte Talleyrand sowohl mit dem Ernst des kaltblütigen Strategen wie mit der staatsmännischen Beharrlichkeit des wandelbaren Visionärs. Vor allem aber war er

geprägt durch die nonchalante Überlegenheit dessen, der durch den dunklen Tunnel der Zeitwirren, durch Exkommunikation, Abdankung, Machtverlust, Emigration, Deklassierung, hatte gehen müssen.

Verarmter Hochadel

Deklassiert war er von Kindesbeinen an, und das im Wortsinn: Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord, 1754 in Paris geborener Abkömmling eines Geschlechts aus uraltem, aber verarmtem Hochadel, hatte einen angeborenen Klumpfuß, den er selbst – erprobter Strategie seiner Legendenbildung – zeitlebens als Folge eines frühkindlichen Unfalls ausgab. Statt der ersehnten militärischen Karriere blieb ihm standesgemäss nur eine kirchliche Laufbahn offen: Mit 34 Jahren wurde er Bischof von Autun und wurde als klerikaler Abgeordneter in die neu einberufenen Generalstände entsandt. Dort wechselte er während der Revolution in den dritten Stand über und setzte eine Handlung, die man seinen ersten «Verrat» genannt hat: Auf dem Höhepunkt der Staatsverschuldung, als «alle gebräuchlichen Mittel erschöpft waren», schlug dieser Bischof von Autun in einer dramatischen Rede am 10. Oktober 1789 in der Nationalversammlung den staatlichen Einzug des Kirchenbesitzes als Tilgungsmasse vor. Die Kirche habe ihr Vermögen nur treuhändisch, zur Ausübung von Ämtern, jedoch nicht als persönliches Eigentum erhalten, lautete Talleyrands Begründung. Als er 1791 im Namen des Klerus den Eid auf die neue Verfassung ablegte, wurde er von Papst Pius VI. seiner Ämter enthoben und exkommuniziert.

Ein Jahr später, zu Beginn der Schreckensherrschaft, floh er mit Hilfe Dantons erst nach England, dann in die USA. Nach den ärgsten Wirren der Revolution 1796 zurückgekehrt, wurde er ein Jahr später vom Direktorium unter dem Vorsitzenden Barras zum «Bürger Aussenminister» ernannt.

Talleyrands Anfänge im Amt, unter dem unentschiedenen Kurs des Direktoriums, waren alles andere als glanzvoll: Sein Handlungsspielraum war der eines dienstbeflissenen, nicht einmal ausreichend informierten Befehlsempfängers. Kein Wunder, dass er schon bald Fäden zu einem in Oberitalien höchst erfolgreichen korsischen General spann, der am 9. November 1799 in einem handstreichartigen Putsch das Direktorium hinwegfegte: Der Machtmensch Talleyrand hatte mit untrüglicher Witterung das Erobererpotenzial des 28 Jahre jungen Napoleons Bonaparte wahrgenommen.

Der machte ihn, der im Sommer 1799 demissioniert hatte, sogleich wieder zum Aussenminister. Anfangs, nach den Friedensschlüssen von Lunéville und Amiens, sah Talleyrand seinen Wunsch nach Befriedung der Revolutionswirren und Wiederherstellung von Frankreichs Machtposition in

Europa grossteils verwirklicht. Doch mehr und mehr erkannte Talleyrand in Napoleon den permanenten Krieger, und dessen Selbsterhebung in den Kaiserrang erschreckte ihn zutiefst. Die Entfremdung zwischen dem Emporkömmling auf Frankreichs Thron und seinem Ersten Minister verstärkte sich angesichts der aggressiven Eroberungspolitik



«Misstrauen, Ungerechtigkeiten»: Napoleon.

Napoleons, dessen Zug zur Selbstdestruktion Talleyrand wohl als einer der Ersten erkannt hat. So erklärte er später in seinen Memoiren seinen Schwenk zu den Bourbonen: «Ich habe während meines Lebens mich nur dann an Verschwörungen beteiligt, wenn ich die Mehrheit der Franzosen mit mir verbündet wusste und ich gemeinsam mit ihr für das Wohl des Vaterlands handelte. Das Misstrauen und die Ungerechtigkeiten, mit denen mich Napoleon überzog, können an der Wahrheit dieses Sachverhalts nichts ändern. Ich wiederhole deshalb mit allem Nachdruck: Es gab nie einen ihm wirklich gefährlichen Verschwörer ausser ihm selbst.»

Meisterhafte Diplomatie

Talleyrand war spätestens dann von Napoleon abgerückt, als es diesem nicht mehr genügte, Herrscher der Franzosen zu sein. Der napoleonische Imperialismus entsprach nicht Talleyrands Konzept einer europäischen Friedensordnung. In diesem Sinn ist auch seine berühmte Replik zu verstehen, mit der er die vorwurfsvolle Frage des russischen Zaren Alexander I. auf dem Wiener Kongress quittierte: «Verrat, Sire, ist eine Frage des Datums.»

Auf dem Kongress 1814/15 offenbarte er noch einmal seine meisterhafte Diplomatie, indem er der Verlierermacht Frankreich substanzielle

Gebietsverluste ersparte und sich als massgeblicher Mitgestalter der europäischen Friedensordnung erwies. Sein Triumph war die Wiederherstellung von Frankreichs Grenzen von 1789. Dennoch war es kaum mehr als Nostalgie, die ihn über die Revolution hinweg in vergangene Zeiten zurückblicken liess: «Wer das Ancien Régime nicht gekannt hat, wird nie ermessen können, wie süss damals das Leben war.» Immerhin indes verdankte der Grandseigneur Talleyrand, der sich zeitlebens nach der Mode des Ancien Régime kleidete, der Kultur dieser Epoche den persönlichen Trumpf, mit dem er alle bestach: seinen Charme.

Er selbst häufte, als beharrlicher Profiteur der Ämter und Zeiten, ein beträchtliches Vermögen an – und unterschied sich in Raffgier und Bestechlichkeit kaum von gleich-

Er unterschied sich in Raffgier und Bestechlichkeit kaum von gleichrangigen Amtsträgern.

rangigen Amtsträgern nicht nur seiner Epoche. Diese ungehemmte persönliche Vorteilsnahme hat ihm den Ruf des skrupellosen Opportunisten und verschlagenen Ränkeschmieds im Souterrain der Macht eingetragen. «Talleyrand oder der Zynismus» hiess 1932 eine ebenso opulente wie romanhafte Lebensbeschreibung von Franz Blei. Johannes Willms stellt dagegen in nüchterner historischer Darstellung den Politiker und Meisterdiplomaten Talleyrand als virtuoseren Jongleur auf den harten Brettern der Realpolitik vor: weniger schillernd als vielmehr konturenscharf. In österreichischer Geschichte allerdings erweist sich der Biograf als wenig sattelfest: Joseph II. nicht zu kennen und dessen Regierungszeit samt Klösteraufhebung durchgehend dem «gütigen» Franz II. zuzuschreiben, erweist sich als unverzeihlicher Kenntnismangel.

Dass zudem ein renommierter Verlag wie C. H. Beck ein insgesamt so schludrig redigiertes, von abenteuerlicher Zeichensetzung entstelltes Buch auf die Leserschaft loslässt, verwundert noch mehr. So erweist sich ein überaus lesenswertes Buch als nur mit Ärger lesbar.

Johannes Willms: Talleyrand. Virtuose der Macht 1754–1838. C.-H.-Beck-Verlag, 384 S., 24 Abb. Fr. 41.90

Top 10

Knorr's Liste

1	Moonrise Kingdom	★★★★★
	Regie: Wes Anderson	
2	Les adieux à la reine	★★★★☆
	Regie: Benoît Jacquot	
3	L'art d'aimer	★★★★☆
	Regie: Emmanuel Mouret	
4	Men in Black 3	★★★★☆
	Regie: Barry Sonnenfeld	
5	The Amazing Spider-Man	★★★☆☆
	Regie: Marc Webb	
6	A Few Best Men	★★★☆☆
	Regie: Stephan Elliott	
7	Snow White and the Huntsman	★★★☆☆
	Regie: Rupert Sanders	
8	The Dictator	★★★☆☆
	Regie: Larry Charles	
9	Dark Shadows	★★★☆☆
	Regie: Tim Burton	
10	21 Jump Street	★★★☆☆
	Regie: Phil Lord / Chris Miller	

Kinozuschauer

1 (-)	The Amazing Spider-Man	18 114
	Regie: Marc Webb	
2 (1)	Snow White and the Huntsman	3964
	Regie: Rupert Sanders	
3 (2)	Street Dance 2 (3-D)	3644
	Regie: Max Giwa	
4 (3)	A Few Best Men	2461
	Regie: Stephan Elliott	
5 (5)	21 Jump Street	2335
	Regie: Phil Lord / Chris Miller	
6 (4)	Men in Black 3	2167
	Regie: Barry Sonnenfeld	
7 (8)	Barbara	2049
	Regie: Christian Petzold	
8 (6)	Safe	1941
	Regie: Boaz Yakin	
9 (7)	The Dictator	1772
	Regie: Larry Charles	
10 (-)	Hanni & Nanni 2	1666
	Regie: Julia von Heinz	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Für immer Liebe (Sony)
2 (-)	Man on a Ledge (Ascot Elite)
3 (-)	Die Reise zur geheimnisvollen Insel (Warner)
4 (-)	Bones – Season 6 (Fox)
5 (1)	Verblendung (Sony)
6 (3)	Mission: Impossible 4 (Rainbow)
7 (2)	Das gibt Ärger (Fox)
8 (4)	Eine dunkle Begierde (Universal)
9 (-)	Die Kunst zu gewinnen (Sony)
10 (-)	Extrem laut und unglaublich nah (Warner)

Quelle: Media Control



«Ich will zum Friseur»: Börsenspekulant Packer (Robert Pattinson) in «Cosmopolis».

Kino

Asymmetrische Prostata

David Cronenberg adaptierte Don DeLillos vielgepriesenen Roman «Cosmopolis». Sein Film ist gespreizter Nonsens.

Von Wolfram Knorr

Das Unheil ist schon in der ersten Einstellung auszumachen. Da steht ein junger Mann im dunklen Zwirn, mit weissem Hemd und Sonnenbrille auf den Stufen der Börse und nuschelt seinem Sicherheitschef zu: «Ich will zum Friseur.» Der *man in black*, der so bockig zum Figaro will, aber nicht kann, weil die Strassen verstopft sind – der Präsident ist unterwegs, Demonstranten krawallen –, soll ein milliardenschwerer und skrupelloser Finanzhai sein. In Tat und Wahrheit steht da, schmale Schultern, schlechtsitzender Anzug, ein maulender Hänfling, ein schnöseliger Bub, der den Macker mimt. Man mag's nicht glauben, mit dieser Vogelscheuche auf den Stufen der Börse beginnt David Cronenbergs jüngster Film, «Cosmopolis», nach Don DeLillos gleichnamigem Roman. Als der 2004 erschien, galt er als visionär; der Autor habe die weltweite Finanzkrise erahnt. Quälend ist die Lektüre trotzdem; hymnische Kritiken hin oder her.

So gesehen hat Cronenberg die Vorlage adäquat umgesetzt. Welcher Teufel aber hat ihn geritten, als er die Rolle des skrupellosen, sozialgestörten, gewissenlosen 28-jährigen Spekulanten Eric Packer mit dem Teenager-Idol Robert Pattinson besetzte? Klar, er ist ein Hollywood-geprüfter Vampir, und die Wall Street ist bekanntlich voll von Blutsaugern. Schon recht; aber wollte Cronenberg («eXis-

tenZ», «Eastern Promises») mit dieser Besetzung auch das «Twilight»-Publikum keilen? Es wird nach zwanzig Minuten in Scharen wieder davonlaufen – und im Übrigen muss man nicht zur «Twilight»-Klientel gehören, um entnervt zu fliehen.

Packer will also zum Friseur, kann aber nicht, Manhattan ist verstopft. Er lebt fast ausschliesslich in seiner Stretchlimousine. Mal besucht ihn eine Prostituierte, mal kommt seine Frau, mal seufzt er mit einem Jungspund, lässt sich vom Arzt rektal untersuchen und labert ansonsten somnambul daher – es herrscht ein reger Besuch in der Limo, aber die bewegt sich ja nur im Schneckentempo. Irgendwann kommt Packer bei seinem *hairdresser* an, will sich erschiessen, ballert aber lieber seinen Sicherheitschef aufs Pflaster.

Warum? Weil der Wall-Street-Vampir, von der Gier durch und durch zerstört (boah!), aus tausend Kilo innerer Leere besteht. Man sehnt sich nach Christian Bale als kaputtem Investmentbanker Patrick Bateman aus «American Psycho» (2000); der hatte Substanz. Aber Robert Pattinson, mit einem Gesicht, glatt und rechteckig wie eine Badezimmerkachel, ist leider auch so flach wie eine solche. Redet er, wirkt er, als treibe er auf einem versifften Fluss der Worte dahin, die aus ihm rausblubbern, so wie man sie ihm eingeflösst hat; verstanden

hat er sie sowieso nicht. Meistens allerdings sitzt er in seiner Limo rum, als sei er gegen die Scheibe gespuckt worden und rutsche nun langsam an ihr herunter. Selten war eine Rolle so irre fehlbesetzt.

Bester Dialog: «Ich hab eine asymmetrische Prostata.» – «Ich auch. Das ganze Leben ist asymmetrisch.» Bis zu dieser herrlichen Erkenntnis muss man allerdings sechs gefühlte Stunden warten. ★☆☆☆☆

Weitere Filmstarts

Ice Age: Continental Drift — Der Liebling aller Fans, das Säbelzahneichhörnchen Scrat, das seit eh und je der heissgeliebten Eichel nachkarriert, löst in der neuen Folge vier Kontinentalverschiebungen aus. Von Sequel zu Sequel müssen die Gags eben immer astronomischer werden. Ganze Landmassen brechen ab, Eisberge auch, und die irre Fauna, von Säbelzähntiger Diego über Faultier Sid bis zu Manni, dem Mammut, ist ständig auf der Flucht. Es gibt kaum noch festen Boden unter ihren Patscherchen. Es geht zu wie in der Euro-Zone. Wenig Witze, ständiges Gerenne; hübsche Animation, skurrile Einfälle. Weshalb «Ice Age» in den USA ein Kassenhit ist (und hier sicher auch werden wird), bleibt nicht nachvollziehbar. Ein Familienfilm in 3-D. ★★☆☆☆



Immer astronomischer: «Ice Age».

Fragen Sie Knorr

Fantasy und kein Ende. Jetzt greift man sogar zu den Märchen der Brüder Grimm. Geht das nicht zu weit?

W. S., *Muttenz*



Nein, wieso? Die grimmschen Märchen sind Überlieferungen, wurden zwar sprachlich geglättet und verknüpft, aber inhaltlich bieten sie ein enormes Potenzial an fantas-tischem Horror aller Art. Warum also nicht, wenn die Plots dem Ideal jedes Hollywood-Produzenten entsprechen? Schön knapp

Elles — Anne (Juliette Binoche), Hausfrau, Mutter und Journalistin, recherchiert für *Elles* über Studentinnen, die sich ihren Lebensunterhalt mit Prostitution verdienen. Sex mit Freiern, jeglichen Alters, finden die charmannten Damen alles andere als verwerflich, und Anne befällt, je mehr sie erfährt, eine klammheimliche Sehnsucht, aus ihrem geord-



Recherchiert zum Thema Sex: Juliette Binoche.

neten bürgerlichen Leben auszubrechen. Manche Beobachtungen sind gelungen, andere unfreiwillig komisch. Dass der Film der gebürtigen Polin Malgorzata Szumowska einigermassen überzeugt, liegt einzig und alleine an Juliette Binoche als verhinderter Belle de jour. ★★☆☆☆

L'amour dure trois ans — Marc (Gaspard Proust), scharfzüngiger Kritiker und Klatschkolumnist, wird im dritten Ehejahr von seiner Frau verlassen, ist tief gekränkt und schreibt ein Hassbuch auf die Liebe. Kaum ist dieses veröffentlicht, tritt die bezaubernde Alice (Louise Bourgoin) in sein Leben, und die Komplikationen beginnen. Nach einem Roman des französischen Bestsellerautors Frédéric Beigbeder, der auch gleich die Regie übernahm. Ein paar hübsche Gags und Bonmots, aber über weite Strecken auch ziemlich öde und reichlich belanglos. Ob nun das verfluchte siebte oder dritte Jahr – es kommt, wie's kommt. ★★☆☆☆

und knackig. Ausserdem lässt sich mit Grimm auch noch ein kultureller Anspruch verkaufen. Seltsam höchstens, dass nur Amis die Stoffe ausbeuten und nicht die Europäer. Schon 1937 erkannte Disney den Ideenreichtum «Schneewittchens», was die Nazis rasend machte. Propagandaminister Goebbels packte der blanke Neid (weshalb er den Film verbot). In Arbeit sind übrigens «Rumpelstilzchen» und andere, alles made in Hollywood.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Eine Hymne für den grossen Alten

Von Peter Rüedi

Solang sich noch einer an einen Verstorbenen erinnert, ist er nicht tot. Auf den Jazz angewandt: Wer noch imitiert wird, lebt. So gesehen ist Miles Davis gute zwanzig Jahre nach seinem Tod von geradezu erdrückender Lebendigkeit. Seine Epigonen sind sonder Zahl. Trompeter dagegen, die bei dem Mann anknüpfen, der einmal auch das Vorbild des jungen Miles war, sind rar. Aus einem einfachen Grund. Die flamboyante Improvisationskunst von Dizzy Gillespie ist technisch so anspruchsvoll, dass sich jeder Nachfolger als Kopist blamiert – allenfalls in der Lage, die Schnellfingerkünste nachzuahmen, niemals aber Dizzys Verve, Power, Humor. Mutatis mutandis gilt das für den ganzen Musikstil, den Gillespie einst mitkreierte, den Bebop. Keith Jarrett hat schon recht: Von den Erfindungen des Bebop wird nach wie vor gerade mal ein Zehntel wahrgenommen.

Nach dieser Präambel ist eine schmetternde Fanfare auf die Ausnahme auszubringen. Sie heisst Arturo Sandoval. Der 1949 geborene Kubaner, Mitbegründer der Cubana-Bop-Formation Irakere, 1990 während einer Tournee aus Kuba abgesprungen und seit 1998 amerikanischer Staatsbürger, war Dizzys Protégé und Conexión Latina, Mitglied auch in dessen United Nation Orchestra, der letzten Power-Band des Altmeisters. Von den vielen Hommagen, welche die Nachgeborenen auf die Gründerväter anstimmen, unterscheidet sich Sandovals «Dear Diz» durch den unmusealen Ansatz. Zwar werden hier, mit Ausnahme einer schönen originalen Ballade zum Schluss («Every Day I Think of You»), lauter alte Gillespie-Schlachtrösser geritten (von «Be Bop» bis, versteht sich, «A Night in Tunesia»); aber für fast alle gilt, was Sandoval über Gordon Goodwins Arrangement von «Salt Peanuts» schreibt: «Gordon dekonstruiert und rekonstruiert dann Dizzys Rekonstruktion von «I've Got Rhythm» – auf eine Weise, die dem alten Song neues Leben einhaucht.» *Right*. Am Projekt ist viel Prominenz beteiligt. Gary Burton, Joey DeFrancesco, Eddie Daniels, Bob Mintzer et cetera. Und dann und wann ein Streichquartett. Der Alte wird's mit Vergnügen hören, auf *cloud nine*.



Arturo Sandoval: Dear Diz. Concord Jazz CJA-33020-02

Zu viele Köche verderben den Brei

Zürich hat jetzt auch ein Food-Festival. Doch wo blieb der Stadtrat?
 Von Hildegard Schwaninger



Interessante Tischnachbarn: Gala-Abend des ersten Zürcher Food-Festivals «Il Tavolo».

Die Ambitionen waren gross, das Resultat noch etwas mager. Jetzt hat Zürich, nachdem es ein Filmfestival hat, auch ein Food-Festival. Es heisst «Il Tavolo». Eine Woche traten Starköche in der Stadt auf, die Menschen in Zürich hätten, nach den Vorstellungen der Veranstalter (fünf Erstklasshotels), näher zusammenrücken sollen. Die Visionen waren grandios: Am Limmatquai, am Utoquai sollten lange Tische stehen, wo die Leute nebeneinander speisen. Wie an Stammtischen auf dem Land. Nun, das mit den langen Tischen wurde von der Stadtverwaltung nicht erlaubt, und so beschränkten sich die Starköche aufs Kochen in Restaurants. Was, wie man hört, zum Teil köstliche Resultate erbrachte.

Der Galaabend im Innenhof des Landesmuseums sollte das grandiose Finale des Food-Festivals sein. Wenn etwas grandios war, dann der Eintrittspreis. 325 Franken pro Person (Getränke inklusive, aber wer will schon so viel trinken?) mag auf potenzielle Besucher abschreckend gewirkt haben. Für den Preis kann man zu Rico Zandonella in die «Kunststuben» nach Küsnacht gehen, dort isst man garantiert besser. So sassen am Schluss viele Eingeladene (laut «Il Tavolo»-Präsident Jörg Arnold hatte etwa die Hälfte der Gäste bezahlt) an den langen Tischen, die veranstaltenden Hoteliers («Baur au Lac», «Dolder Grand», «Widder», «Park Hyatt», «Storchen») hatten

kurzerhand ihre nahen und fernen Bekannten zusammengetrommelt. Schliesslich waren 480 Gäste da. Unter ihnen Migros-Boss Herbert Bolliger, Zürich-Tourismus-Manager und Ex-Stadtpäsident Elmar Ledergerber (voll im Trend in roten Hosen), die Goldschmiedin Beatrice Rossi, Uhrenspezialist René Beyer (Beyer Chronometrie). Das Interesse der Stadtregierung hielt sich in Grenzen, an keiner der Veranstaltungen zeigte sich, obwohl eingeladen, auch nur ein Mitglied der



Lange Tafel: Innenhof des Landesmuseums.

Exekutive. Dafür schickte Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann ein Glückwunschtelegramm.

Der Abschlussabend war überreich an Aktionismus. Kaum hatte man mit seinem Tisch-

nachbarn ein Gespräch begonnen, funkte die als Moderatorin engagierte Anna Maier (sie kann nichts dafür, es war ihr Job) dazwischen und kündigte an, was nächstens auf der Bühne geschah und dem man zuhören musste. Das Unterhaltungsprogramm war – nun ja, vom Kochen verstehen die Wirte mehr als von Show. Die Tischnachbarn wären interessanter gewesen: Michel Rey, Direktor des «Baur au Lac» (tritt Ende Jahres nach fast dreissig Jahren zurück, sein Nachfolger ist bestimmt, Rey lässt sich den Namen nicht entlocken, nur so viel: Es ist ein Mann, alleinstehend, und so wird Viviane Rey, die Frau von Michel Rey, ihre bisherige Mitarbeit im Hotel als 50-Prozent-Stelle weiterführen), Kochkünstler Edgard Bovier vom «Lausanne Palace», der Gastkoch im «Baur au Lac» war, mit seiner Frau Rebecca, Gastronom Wolf Wagschal, der immer unglaublich aufregende Pläne hat (kam ohne seine Verlobte Monica Babilon, die mit ihrem Duo Sugar & Spice in Deutschland auftrat), die Unternehmerin Susanne Schroff, die mit ihrer Stiftung Sanni Foundation Kinder in Indien unterstützt. Man sah die Crème der Gastronomen und Herdmagier, von Jacky Donatz vom «Sonnenberg» bis zu Nico Maeder, der mit «Bäregasse» und «Atelier» eine success story der Zürcher Gastronomie schreibt. Mittendrin flatterte Doris Fiala (betreute den Anlass PR-mässig) im grünen Musselkleid und verbreitete zwinkernd den



«Geglückt»: Anna Maier, Jörg Arnold.

unerschütterlichen Optimismus der erfolgreichen PR-Frau. Es sei alles «super», sagte sie, aber nächstes Jahr muss es besser werden.

Hoteliers, heisst es, kennen weder Sorgen noch schlechtes Wetter, und so war auch Jörg Arnolds Fazit positiv: «Fürs erste Mal ist es geglückt.» Wo die Galanacht 2013 stattfindet, darüber machte sich Michel Rey bereits Gedanken. Der Hof des Landesmuseums kommt nicht in Frage, dort wird dann umgebaut. Warum nicht auf dem Bürkliplatz am See? Wäre, falls das Wetter mitspielt, optimal.

Im Internet

www.schwaningerpost.ch

Mehr zum Thema: Seite 64



Meine Moral

Unser Kolumnist urteilt streng über alte Storys sowie eine neue Entwicklung. Und regt sich auf über Zürichs jüngstes Parkhaus.
Von Mark van Huissing

Vergangene Woche war ich in Ibiza (und diese Woche bin ich in Zürich, von wo ich zeitnah berichte). In Ibiza war ich an einem privaten Essen, bei dem auch Carlos Martorell Gast war. Er ist Public-Relations-Unternehmer und der *go-to guy*, wenn man etwas über die neuere Geschichte der Insel erfahren möchte (weil er für Klub- und Restaurantöffnungen Reklame machte). Das ist in Ordnung, doch ich muss schreiben, dass es mir auf die Nerven fällt, wenn Sitznachbarn einen Abend lang Begebenheiten aus den sechziger und siebziger Jahren erzählen (zum Beispiel die unbeglaubliche Story, wie sich Mick Jagger alleine am Imbissstand irgendeines Strands der Insel ein belegtes Brot kaufte – verrückt, nicht?). Danach folgt die Aussage, früher sei alles besser gewesen, die Leute cooler und überhaupt ... alles authentisch, nicht bloss wegen der Kohle. Und zum Schluss die Behauptung: Die Jungen von heute seien arm im Geist, könnten keine gute Zeit mehr haben, sich einander bloss in Social Media annähern et cetera.

Well, well, well. Zu den sechziger und siebziger Jahren hat MvH nichts zu sagen, zum Glück. Doch in seinen Augen ging es 1982 in Klubs um das Gleiche, um das es 2012 geht: Mädchen kennenzulernen, Drogen zu nehmen/Alkohol zu trinken, Geschäfte zu machen (falls man Klubbetreiber ist), zu tanzen (falls man eine Frau ist). Was sich geändert hat, ist der Sound, wie Unternehmer im Unterhaltungsgeschäft Kunden ansprechen. Werbung für Diskotheken sieht heute aus, wie vor einigen Jahren Reklameplakate für Sexfilme oder

Rotlicht-Angebote aussahen: David Guettas Party im «Pacha» heisst «F*** Me I'm Famous», eine andere «Pornographic» (von Cristian Varela im «Eden»); es gibt fünf Meter grosse «Pornographic»-Kleber auf Bussen der städtischen Verkehrsbetriebe). Selbst Verantwortliche von Restaurants meinen, sie müssen dabei mitmachen: Im «Lio» ziehen sich während der «Be Crazy»-Show zwei Stunden lang Tänzerinnen aus (wenn sie sich nicht ausziehen können, weil sie Luftnummern zeigen, haben sie Unterwäsche und Strümpfe an); im «Downtown Ibiza» von Giuseppe Cipriani, dessen Betriebe mir eigentlich gefallen, findet «Teatro Bellini» statt – ein wenig wie Cirque du Soleil (für Arme), bloss ohne Kleidung. Ihr Kolumnist weiss nicht, wer das sehen will, während des Essens. Und gibt einem anderen Sitznachbarn, den er einmal hatte und der ebenfalls nur Geschichten aus den sechziger, siebziger Jahren erzählte, recht: «*Everything is sex, sex, sex heute*» (es war Helmut Berger).

Retour in Zürich, ging ich an den Liederabend von José Carreras (Lorenzo Bavaj am Piano; Werke von Bellini, Rossini, Piazzolla und anderen) im Opernhaus (ich war Gast von Chopard). Der Tenor war ein wenig erkältet, so sah es aus (das war kein falsches Sprachbild – man sah, wie er ein Taschentuch öfter unter die Nase hielt), man hörte es in seiner Stimme aber nicht. Der Gesang und die Lieder gefielen MvH, urteilen kann er darüber nicht, man muss wissen als Kolumnist, wozu man nicht fähig ist. Alexander Pereira, der, meinte ich, weg ist, trat auf die Bühne, als Karl-Friedrich Scheufele, der eingeladen hatte, auf die José-Carreras-Leukämie-Stiftung aufmerksam machte (plus darauf, dass seine Familie und Firma 250 000 Franken spendeten) und sagte – eigentlich nichts (irgendwie scheint es für ihn schwierig, nicht mit aufzutreten). Dann ging er wieder in seine ehemalige Loge, in der Daniela Weisser und Marc Rich waren (nicht zusammen).

Vor sechs Wochen oder so öffnete das Parkhaus «Opéra» (das hätte die gute Nachricht aus Zürich sein können). Falls es einen Event gab (Moderation: Cécile Bähler, Gaststar: Liza Andrea Kuster [Ex-Miss-Earth], Musik: Mahara McKay, Medienmitteilung: Blofeld Communication, Sponsor: Heineken), habe ich ihn verpasst. Und die meisten anderen Autofahrer wissen auch noch nicht davon – es befanden sich fast keine Wagen in der Garage. Die Verantwortlichen haben auch etwas verpasst, einen Verbindungsgang vom Park- in das Opernhaus zu bauen nämlich. Darum muss man jetzt den Platz überqueren; möglicherweise finden Frauen in Abendkleidern im Winter beziehungsweise wenn es regnet, das die zweitbeste Lösung. Der Preis für das Parken während einer Vorstellung (plus Kurzbesuch im Restaurant) von 19.00 bis 23.30 Uhr, nebenbei, ist 22 Franken. Teuer, dafür schlecht.

Gesellschaft

Krude Fantasien

Von Beatrice Schlag — Homo oder Hetero, kein Thema mehr? Machen wir uns nichts vor.

Der deutsche Nationalspieler Philipp Lahm veröffentlichte im letzten Jahr seine Autobiografie. Sie war zum Gähnen brav, bis auf eins: seine energische Bekräftigung, allen Gerüchten zum



Trotz nicht schwul zu sein. Aber Lahm schrieb auch: «Ich würde keinem schwulen Profifussballer raten, sich zu outen.» Der britische Profi Justin Fashanu beging nach seinem Outing Selbstmord, weil er die zornigen Reaktionen von Publikum und Kollegen nicht verkraftete.

Fussballer dürfen, wie die meisten Team-sportler, nicht schwul sein. Tennisspielerinnen und Leichtathleten schon, seit Billie Jean King, Martina Navratilova und Carl Lewis den Weg ebneten. Letzterer hat sich dazu zwar nie öffentlich geäußert. Aber seine Pirelli-Werbung, auf der er mit knallroten High Heels in Startposition zu sehen war, schien Aussage genug. Warum darf sich das kein Teamspieler leisten? Haben wir so kranke Zwangsvorstellungen davon, was beim gemeinsamen Duschen geschehen könnte?

Auch homosexuelle Filmschauspieler fürchten sich zu Recht davor, sich zu outen. Lieber hunderttausend Gerüchte über Tom Cruise, George Clooney oder John Travolta als die Gewissheit, dass es nur ein lustloser Fake ist, wenn sie vor der Kamera eine Frau küssen. Als bestehe nicht ihr ganzer Beruf darin, andere zu spielen, als sie privat sind. Aber so denkt man als Zuschauer nicht.

Bei Sängern hingegen ist Homosexualität so wenig ein Thema wie im Fernsehen. Homosexuelle Showleute sind selbstverständlich, von Ellen DeGeneres bis Kurt Aeschbacher. Warum aber erregte es Aufsehen, als «Tageschau»-Sprecher Mario Grossniklaus vor vier Monaten von einem Schwulenmagazin geoutet wurde? Über die Tatsache, dass ein Politiker schwul ist, hält sich kein Mensch mehr auf.

Kürzlich outete sich Reporter Anderson Cooper von CNN. Er habe sein Privatleben immer privat halten wollen, sagte Amerikas berühmtester TV-Journalist. «Aber mir wurde klar, dass das lange Schweigen manchen den Eindruck vermittelte, ich versuche, etwas zu verheimlichen, dessen ich mich schäme. Das tut weh, weil es einfach nicht wahr ist.»

Erste Hilfe für die Küche

Von Jürg Zbinden

1 — Bunt und innovativ – so präsentieren sich die Fruit Knives aus dem Hause Kuhn Rikon. Den Fruchtmessern sieht man an, welchem Zweck sie dienen. Das ist nicht nur innovativ, es macht zudem auch Spass, sie zu verwenden. Obendrein sind sie polyvalent: Das Avocado-messer ist ideal zum Aufschneiden und Entsteinen reifer Avocados. Sogar das Fruchtfleisch löst es perfekt von der Schale. Das Erdbeermesser enthält nebst einer superscharfen japanischen Edelmesserklinge auch ein kleines Tool, das dem sauberen Entfernen des Stiels dient. Das Sortiment der Fruit Knives umfasst im Übrigen auch noch weitere, nicht minder originell anzusehende und kinderleicht zu gebrauchende Modelle – ein Melonenmesser sowie ein mit Halloween-Masken verziertes Kürbismesser. www.kuhn-rikon.ch.

2 — Kochbücher gibt es wie Sand am Meer. Würde man nur schon diejenigen sämtlicher Fernsehköche stapeln, man stünde vor einem unüberschaubaren Berg. Regina Wartmann kocht –leider! – (noch?) nicht im öffentlichen Fernsehen, sondern im privaten Rahmen. Jetzt lässt sie interessierte Amateure teilhaben an ihrem grossen Wissen aus Küchentheorie und -praxis. Ihr «Cucina Regina» ist ein veritabler Schinken: 160 Rezepte, 150 Fotoaufnahmen und fulminante Illustrationen aus der Hand ihres Lebenspartners, des Künstlers Max Zuber, machen Lust aufs Selberkochen. Tipps und Tricks in Form von Fussnoten tragen zum Gelingen bei. Erhältlich ist das 360 Seiten umfassende Buch mit Rotschnitt zum gerechtfertigten Preis von Fr. 180.– unter www.cucinaregina.ch. – PS: Wer befürchtet, sich beim Nachkochen die Hände zu verbrennen, kann für Fr. 30.– die passenden blütenweissen Kochhandschuhe mit rotem Buchschriftzug erstehen.

3 — Die WMF Württembergische Metallwarenfabrik AG ist die deutsche Herstellerin von Haushalts-, Gastronomie- und Hotellerie-waren. Dem Konzern gehören zehn Markengesellschaften an. Die hochwertige Besteckserie «Vela» zeichnet ein zeitloses Design aus. Es passt mit seinen weichen Formen in verschiedene Stilwelten und verfügt über Griffe in praktischer Breite. Ausserdem ist das 30-teilige Besteckset aus Edelstahl mit einem Preis von Fr. 279.– bestechend günstig. Bezugsinfo: www.wmf.ch.



1



2



3

Auf der Folterbank

Von *Andreas Thiel* — Gefangen im Kellergewölbe der Gemeinschaftswährung. Ein mittelalterliches Possenspiel.

Mario Monti: Nehmen Sie den Kaffee mit ein oder zwei Peitschenhieben?

François Hollande: Mit zwei bitte, wir sind ja nicht zum Vergnügen hier.

Mariano Rajoy: Wann kommt denn die Inquisition?

Mario Monti: Angela Merkel? Sie wird gleich hier sein.

François Hollande: Und wird sie ihre Peitsche wieder mit dabei haben?

Mario Monti: Bestimmt wird sie das. Sie hat uns doch noch nie enttäuscht.

Mariano Rajoy: Ja, sie peitscht sehr korrekt. Die meisten Gefangenen mögen sie.

François Hollande: Sie peitscht sehr zuverlässig und bleibt dabei meistens höflich.

Mariano Rajoy: Und sie hat sich auch noch nie so richtig verpeitscht.

Mario Monti: Hören Sie, es klopft gegen die Zellentür.

Mariano Rajoy: Das ist bestimmt wieder der neue Folterknecht.

François Hollande: Antonis Samaras? Hoffentlich foltert er uns nicht wieder mit seinen Änderungsanträgen.

Mario Monti: Oder mit neuen Nachverhandlungen.

Mariano Rajoy: Und wenn uns dann nur nicht wieder Äbtissin Lagarde während der Folter auch noch lange Predigten hält.

François Hollande: Da fällt mir ein, man hat mir ganz vergessen zu sagen, warum ich hinrichtet werden soll.

Mariano Rajoy: Sie haben die Irrlehre der staatlichen Regulierung verbreitet.

François Hollande: Ich habe doch nur gesagt, dass man nicht nur die Kühe, sondern auch die Kuhhändler melken sollte.

Mario Monti: Dessen beschuldigt man Sie?

François Hollande: Einzig und allein dessen.

Mario Monti: Das ist Ihre einzige Verfehlung?

François Hollande: Naja, Völlerei, Wollust, usw., usw.

Mariano Rajoy: Hoffentlich bringt man uns bald zum Schafott. Das Essen in der Gefängnisküche ist ungeniessbar, seit dort nach deutschen Rezepten gekocht wird.

Mario Monti: Ja, seit die Küche mit der Folterkammer fusioniert hat, ist das Essen zur Strafe geworden.

Mariano Rajoy: Nur noch wenige Gefangene überleben die Gefangenschaft bis hin zu ihrer Hinrichtung.

Mario Monti: Naheliegender wäre es gewe-

sen, die Küche mit dem Schafott zu fusionieren.

François Hollande: Oder das Schafott mit dem Fundbüro.

Mario Monti: Hat der Henker Obama sein Beil immer noch nicht gefunden?

François Hollande: Nein, man sagt auch, er hätte es nicht verloren, sondern verspekuliert.

Mario Monti: Ich wäre froh, wenn ich wenigstens diese Sträflingskleidung endlich loswerden würde.

Mariano Rajoy: Ja, seit die Gefängniswäscherei mit der Börse fusioniert hat, kommen die Hemden immer kleiner zurück, als man sie hingebraht hat.

François Hollande: Das erinnert mich an mein Wertschriftendepot.

Mario Monti: Aber wie will man uns hinrichten ohne Beil?

Mariano Rajoy: Man wird uns aus dem, was wir gesagt haben, einen Strick drehen.

Mario Monti: Man will uns an unseren eigenen Worten aufhängen?

François Hollande: Dann sollten wir vielleicht besser fliehen.

Mario Monti: Flicht nur, wenn ihr wollt. Ich werde euch nicht begleiten.

Mariano Rajoy: Nein?

Mario Monti: Mein Entschluss steht fest. Ich bleibe hier.

François Hollande: Warum?

Mario Monti: Wegen des geringeren Aufwandes.

François Hollande: Er hat recht. Wenn schon sterben, dann aufrecht.

Mariano Rajoy: Na, dann lassen wir mal den Kopf nicht hängen.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist. Zurzeit tritt er mit seinem Bühnenprogramm «Politsatire 3» in der Schweiz auf.

Hauch des Südens

Von *Peter Rüedi*



Châteauneuf, mon amour! Ich liebe ja die noblen Noten der Pinots oder Nebbioli aus den moderaten, pastellfarbenen, nebelverschleierten Landschaften des Burgunds, des Piemonts, des Burgenlands; meiner heimatlichen Ostschweiz. Ich mag es auch, wenn mir ein Wein Rätsel aufgibt, sich ziert, die Interpretation herausfordert (und manchmal auch allerlei Projektionen).

Aber mit Herz und Bauch und Gefühl zieht's mich nun mal südwärts. Zum Beispiel die Rhone runter in die Côtes du Rhône, zum Châteauneuf-du-Pape. In die Opulenz des Barocks, sozusagen. Der geballten süssen wuchtigen Verführung dieser Weine konnte ich schon nicht widerstehen, als mir nur die niederen Weihen zugänglich waren, die Liracs, Tavel, Ventoux, und kleinere Châteauneufs. Die hatten (und haben noch) diesen heissen langen Atem, etwas schlicht Überwältigendes.

Inzwischen ist viel passiert in der Zone. Mehr und mehr lösten filigranere Athleten die Mike Tysons unter den Côtes du Rhône ab, die auf Sieg durch K. o. aus waren. Was freilich nur hiess: Die Weine wurden komplexer, auf mehreren Ebenen lesbar, wie gute Literatur. Auf der ersten behielten sie immer eine Unfraglichkeit und Evidenz. (Apropos Barock: Der meint ja nicht nur Fülle, sondern, in den Grundrissen der Architektur oder in der Musik von Bach, auch Struktur und Klarheit).

Ein Musterbeispiel für diese Quadratur des Kreises sind die Weine von Alain Jaume & Fils, die von der in der Nähe von Orange gelegenen Domaine Grand Veneur kommen. Die Vielfalt der Gewächse ist staunenswert. Hier sei nicht die Ikone ihrer Châteauneufs empfohlen («Vieilles Vignes» 2009, Fr. 95.–), nicht einmal die mittlere Preislage («Les Origines», Fr. 56.–), sondern der Wein, der sich schlicht Châteauneuf-du-Pape rouge nennt. Es ist die Version aus dem extrem heissen, trockenen Jahr 2009. Wie es da gelang, bei 15,5 % Alkohol, so viel Finesse in diesen dunkelfruchtigen, kirschtigen, würzigen, tabakigen Wein zu zaubern, ist eine Art kalkuliertes Wunder. So viel Eleganz! Grosse Klasse. Und fast geschenkt, zu diesem Preis.

Domaine Grand Veneur (Alain Jaume & Fils): Châteauneuf-du-Pape 2009. 15,5 %. Vinoversum. Fr. 36.– www.vinoversum.ch

Hummer gegen Hummer

Die Spitzenköche Tanja Grandits und Heiko Nieder über ihr erstes Kochduell, das als Freundschaftsspiel endete. *Von David Schnapp*



«Er hat mich <Zicke> genannt»: Grandits und Nieder in der Küche von «The Restaurant».

Bei Ihrem Kochduell bekam jeder Gast pro Gang von jedem Koch ein Gericht, das auf einer Grundzutat wie Hummer, Tomate, Rind oder Himbeere beruhte. Wie kam es zu diesem Wettkampf?

Heiko Nieder: Die Idee entstand im Rahmen des Festivals «Il Tavolo». Tanja war unsere Gastköchin im «Dolder», und als Gast und als Frau hat sie die Grundprodukte vorgegeben und ein Menü geschrieben, an das ich mich dann angepasst habe, damit nicht zweimal das Gleiche serviert wird. Dann haben wir noch ein paarmal telefoniert und waren uns schnell einig über den Ablauf.

Hatten Sie Zeit während des Service, die Gerichte gegenseitig zu probieren?

Tanja Grandits: Ja, wir haben jeweils ganz schnell die Teller ausgetauscht und davon gegessen. Das Feedback des anderen war ganz wichtig.

Was ist Ihnen aufgefallen, kann Heiko Nieder etwas, was Sie nicht können?

Grandits: (Lacht) Bestimmt, ganz viel! Es war alles sehr lecker, was er gekocht hat.

Was ist Ihnen bei Frau Grandits aufgefallen, Herr Nieder?

Nieder: Tanja arbeitet so viel mit tollen Gewürzen, das sind besondere Kombina-

tionen und Farben. Seit ich das erste Mal bei Tanja gegessen habe, weiss ich, was weibliche Küche ist. Das wusste ich vorher nicht.

Das klingt nach fast unglaublich viel Harmonie.

Grandits: Na ja, gestern kriegten wir uns kurz in die Haare wegen der Teller. Heiko hatte mir nur Teller mit aufgedruckten roten Blüten hingestellt, da bin ich kurz ausgeflippt. Ich wollte doch nicht überall Blumen drauf! Da hat er mich «Zicke» genannt.

Nieder: Na ja, wir mussten für Madame ja ungefähr 120 000 Teller bereitstellen, das war auch nicht ganz einfach. Aber wir konnten uns dann gütlich einigen.

Grandits: Wir können zwar beide zickig werden, aber der Grundton blieb dennoch freundschaftlich.

Am Ende war es gar kein richtiges Duell.

Nieder: Nein, nein, es war ein Miteinander, ein Freundschaftsspiel und eine grosse Spassveranstaltung.

Food-Festivals wie das «Il Tavolo» ziehen ein grosses Publikum an. Wie ist das für die Köche?

Grandits: Das scheint bei den Gästen sehr beliebt zu sein. Aber es ist auch für einen Koch wichtig, dass er rausgeht, sieht, wie andere arbeiten. Ich war Anfang Jahr am

Gourmet-Festival in St. Moritz, dann im Frühjahr in Salzburg im «Hangar-7» und jetzt in Zürich. Das sind sehr gute Erfahrungen, die man bei solchen Anlässen macht.

Was bedeutet das für Ihr eigenes Restaurant «Stucki» in Basel, wenn Sie abwesend sind?

Grandits: Ich habe mittlerweile elf Leute, drei davon habe ich nach Zürich mitgenommen. Mit den meisten arbeite ich schon vier oder fünf Jahre zusammen und weiss, dass ich mich auf die tausendprozentig verlassen kann. Ausserdem ist mein Mann im Service, damit habe ich eine grosse Sicherheit, dass alles funktioniert, wenn ich nicht da bin.

Nieder: Einladungen zu solchen Festivals kriege ich genug, aber ich nehme sie nur selten an. Es gibt Anlässe wie das «Festival der Meisterköche», das «Davidoff Saveurs» in Gstaad oder der «Hangar-7», da geht man hin, weil es eine Ehre ist. Oder aber ein Freund fragt mich an, ob ich mal einen Abend bei ihm im Restaurant koche – aber auch das mache ich nur sehr ausgewählt.

Es fällt auf, dass viele Gerichte mit Fisch oder Fleisch süsse Komponenten dabei haben. Ist das ein Trend der Spitzengastronomie oder eine zufällige Beobachtung?

Nieder: Das fällt mir bei unserer aktuellen Karte auch auf, aber ein Trend ist es trotzdem nicht. Jetzt ist einfach Sommer, es gibt Früchte. Im Winter ist das Angebot viel kleiner. Nicht umsonst schreibt die Natur vor, dass wir damit arbeiten sollen.

Grandits: Süss sollte es nicht sein, die Frucht ist dazu da, einen Geschmack abzurunden.



Nieders (l.) und Grandits' Gericht mit Rindfleisch.

Das Kochduell in «The Restaurant» des «Dolder Grand» fand im Rahmen des ersten Zürcher Food-Festivals «Il Tavolo» statt. www.iltavolo.ch

Heiko Nieder ist Chefkoch von «The Restaurant», das mit 2 Michelin-Sternen und 17 Gault-Millau-Punkten ausgezeichnet wurde.

Tanja Grandits führt mit ihrem Mann das Restaurant «Stucki» in Basel, das mit einem Michelin-Stern und 17 Gault-Millau-Punkten ausgezeichnet wurde.

Die Fragen stellte **David Schnapp**.



Auto

Und plötzlich diese Ruhe

Man spart etwas Benzin. Aber vor allem macht ein Audi Q5 Hybrid aus dem Fahrer einen besseren Menschen. *Von David Schnapp*

Wenn die Türe des Audi-SUV Q5 mit diesem satten Geräusch, das die Oberklasse des Automobilbaus auszeichnet, zufällt, herrscht: Ruhe. Man hört: nichts. Selbst wenn man den Wagen startet, hört man nichts. Denn der Motor springt jetzt noch nicht an, sondern erst, wenn es wirklich sein muss.

Liebe auf den ersten Blick war es mit dem Audi Q5 Hybrid Quattro allerdings nicht. Das Auto ist gefällig gezeichnet, aber wenig emotional. Auch das Interieur ist technisch-kühl, als wolle es seinem Fahrer klarmachen: «Hier kommt deutsche Ingenieurskunst höchster

Qualität.» Je länger ich in dem Auto sass, desto lieber wurden mir seine Vorzüge. Erstens, wie gesagt, diese Ruhe. Auf der Autobahn hört man nur ein fernes Rauschen und höchstens noch das Gebläse der Klimaanlage. Die Welt draussen fliegt lautlos vorbei, und der Motor wurde mit Dämmmaterial, so gut es ging, stillgelegt.

Zweitens ist die aufwendige Kombination aus Elektro- und 4-Zylinder-Benzinmotor perfekt gemacht. Je nach Situation fährt das Auto rein elektrisch, nur mit Benziner oder mit beiden Antrieben, die zusammen 245 PS loslassen. Dabei ist kaum zu spüren, ob der Benziner gerade läuft oder ob das Auto elektrisch fährt. Springt der Motor an, vibriert der Wagen kaum wahrnehmbar, und nur ein feines Brummen kündigt den neuen Aggregatzustand an.

Drittens lernt man das Interieur auf langen Fahrten schätzen, wenn man nicht abgelenkt werden möchte von technischen Spielereien. Die Verarbeitung ist hervorragend, und was man mit den Fingern auch berührt, fühlt sich gut an. Das Navigations- und Musiksystem ist leicht bedienbar und so logisch, wie es eine Fülle von Funktionen eben sein kann.

Ob Vollhybrid-Autos wirklich ökologischer sind als reine Benzin- oder Diesel-Modelle, ist umstritten. Audi gibt für den Q5 Hybrid einen um 1,6 Liter tieferen Verbrauch an als für das Modell nur mit dem 2,0-Liter-TFSI-Motor (6,9 statt 8,5 Liter). In der Praxis lag der Hybrid bei 8,4 Litern auf 100 Kilometer, was ein guter Wert ist für ein 2-Tonnen-Fahrzeug mit Allradantrieb, aber kein Wunder. Kritiker sagen, die Herstellung der Batterie für Hybrid-Fahrzeuge benötige so viel Energie, dass der Verbrauchsvorteil beim Fahren kaum ins Gewicht falle.

Der Regenwald und ich

Darum geht es auch nicht. So lange ich im Q5 Hybrid sass, hielt ich mich an Geschwindigkeitsvorschriften, ging schon Hunderte Meter vor einem Fussgängerstreifen vom Gas (Energie-rückgewinnung!) und hatte immer das Instrument im Auge, das einem anzeigt, wie viel Prozent der Leistung man gerade abrufen. Bis dreissig Prozent ist sehr gut, bis sechzig Prozent noch ok, aber darüber kommt man dann gefühlt in eine Kategorie mit Leuten, die den Regenwald abholzen. Das will man vermeiden.

Fazit: Auch wenn die Gesamt-Ökobilanz von Autos mit alternativen Antrieben wie dem Audi Q5 Hybrid Quattro vielleicht nicht perfekt ist, bleibt der sanfte erzieherische Druck, den sie auf ihren Fahrer ausüben, wohl von unschätzbarem Wert.

Audi Q5 Hybrid Quattro

Leistung: 245 PS, Hubraum: 2000 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 225 km/h
Preis: Fr. 74 800.–



Erhöhte Ansprüche

Die Hochzeitsplanerin Janine Schmidt, 45, und der Marketingleiter Jörg Palmersheim, 48, heiraten im Juli. Fehler bei der Planung werden ihnen kaum unterlaufen.

Janine: Ist die Familienplanung abgeschlossen, liegt die existenzsichernde Phase hinter einem, kann man auch andere Ansprüche formulieren: Weltgewandt und offen sollte er sein, klug und stilsicher. Wichtig war, dass er mich und meine Kinder respektiert, einen aufrechten Gang hat, gepflegt ist und nicht nur Rösti und Bratwurst mag. Ich wollte einen sportlichen, modischen Mann, der Konflikte auf Augenhöhe austrägt und mich auf Händen trägt: also jemanden, den es vermutlich gar nicht gibt. Dann lernte ich Jörg kennen, und nach einem Monat kündigten wir beide unsere Wohnungen und suchten uns eine gemeinsame Bleibe.

Jörg: Es war verrückt, derart verliebt zu sein, so glücklich und bereits zu ahnen, dass es für immer sein könnte. Es war eine unvergessliche Zeit. Auch weil wir beide beziehungs erfahren sind, ahnten wir, welche Stolpersteine der Alltag bergen kann. Wenn aus der Verliebtheit jedoch eine grosse Begeisterung für den andern wird, kann man auf diesem guten Gefühl sicher aufbauen. Mit der Zeit entdeckt man natürlich Unterschiede – dass der andere nicht exakt genau gleich ist wie man selbst und dass er das auch nicht sein muss. Zärtlichkeit, Nähe, aber auch die Auseinandersetzung miteinander pflegen wir heute bewusst, weil wir beide wissen, dass die Liebe nicht ohne Aufwand dableibt.

Janine: Meine beiden Kinder und Jörgs Söhne müssen gespürt haben, dass unsere Liebe richtig und wichtig ist. Wir haben die Karten offen auf den Tisch gelegt, ihnen Zeit gelassen, aber auch klargemacht, und zwar ohne Worte, dass diese Beziehung etwas Unumstössliches ist. In der Anfangsphase kam dann plötzlich noch Jörgs dritter Sohn dazu. Von dessen Existenz wusste er sechzehn Jahre lang nichts. Für mich war damals ausschlaggebend, wie er mit der Situation umgeht, ob er Verantwortung übernehmen wird, ob er Stärke und Festigkeit zeigt. Er verhielt sich wunderbar.

Jörg: Mein dritter Junge ist heute bereits zwanzig Jahre alt, wir pflegen einen guten Kontakt zu ihm und sind froh, dass es ihn gibt. Im Mai vor einem Jahr machte ich Janine den



«Er verhielt sich wunderbar»: Liebespaar Palmersheim-Schmidt.

Antrag. Als Wedding-Planerin ist sie natürlich ein Profi und auch eine Perfektionistin, trotzdem haben wir alles gemeinsam organisiert.

Janine: Der häufigste Fehler, den Brautpaare bei der Hochzeitsplanung machen? Sie entmündigen die Gäste, stellen zu viele starre Regeln auf und kommunizieren den Ablauf des Anlasses zu wenig genau. Ich bin beispielsweise kein Fan von Tischordnungen, und nur weil eine 15-Jährige die einzige Frau der Runde ist, die Italienisch spricht, muss sie auch nicht zwangsläufig neben den 85-jährigen Urgrossvater aus Italien gesetzt werden. Ich lerne jedes Mal etwas dazu und weiss eines mit Sicherheit: Die Hochzeitsorganisation in professionelle Hände zu legen, spart unter dem Strich nicht nur Nerven, sondern auch Geld.

Jörg: Da zu unserer Hochzeit Gäste aus verschiedenen Ländern anreisen, haben wir von Anfang an klar kommuniziert, was sie erwartet: eine Party zu später Stunde mit Berner Bier

und kleinen Köstlichkeiten. Das gemeinsame Feiern soll im Mittelpunkt stehen.

Janine: Das Budget läuft leicht aus dem Ruder. Wenn ich Brautpaaren ein paar Spartipps geben müsste, wären es folgende: das Augenmerk auf die kleinen Ausgaben lenken und die damit verbundenen Schleifchen, Namensschilder und *Bhaltis* ersatzlos streichen. Anstelle einer Live-Big-Band einen guten DJ buchen. Man kann in der Gastronomie durchaus offen darlegen: Wir haben für den Apéro ein Budget von fünfzig Franken pro Person, oder: Das Essen soll nicht mehr als siebzig Franken kosten. Ist der gewünschte Cocktailempfang oder der Dreigänger für dieses Geld möglich? Wenn es dann heisst: Nein, nur Mineralwasser und Erdnüsse liegen drin, plus ein Teller Spaghetti, liegt es am Brautpaar, das Angebot anzunehmen oder eben eher nicht.

Hochzeitsplanung:
www.weddingconsulting.ch/www.trauzeugen.ch
Protokoll: Franziska K. Müller

Männer, die Maschinen fliegen, sollten auch welche tragen.



IWC
SCHAFFHAUSEN
SINCE 1868

Flieg nicht zu hoch!



Fliegeruhr Doppelchronograph. Ref. 3778: Uhr oder Maschine? 46 mm Edelstahlgehäuse, mechanisches Doppelchronographenwerk mit Schleppzeiger für Zwischenzeitmessung und ein Innengehäuse aus Weicheisen als Schutz gegen Magnetfelder machen aus dieser Uhr ein unverwundliches und zugleich hochpräzises Meisterwerk der Schaffhausener Uhrenmanufaktur. Nur zum Fliegen braucht sie noch einen Piloten. **IWC. Engineered for men.**

Mechanisches Chronographenwerk | Automatischer Aufzug | Gangreserve nach Vollaufzug 44 Stunden | Datums- und Wochentagsanzeige | Kleine Sekunde mit Stoppvorrichtung | Stoppfunktion Stunde, Minute und Sekunde | Schleppzeiger für Zwischenzeitmessung (Bild) | Weicheisen-Innengehäuse zur Magnetfeldabschirmung | Verschraubte Krone | Saphirglas, gewölbt, beidseitig entspiegelt | Wasserdicht 6 bar | Edelstahl

